

# Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

9. Woche für die Zeit vom 23. Februar bis 1. März 1906.

Posen, den 6. März 1906.

## B e r i c h t

über die am 15. Februar d. Js. von 1/2 1 Uhr ab im Paz'schen Saale in Posen—Wilda abgehaltene Versammlung des Strazvereins.

Es hatten sich etwa 200 Personen eingefunden, darunter der Vorsitzende des Strazvereins v. Koscielski, die Mitglieder des Hauptvorstandes v. Dziembowski, v. Rzepecki, Dr. von Mieczkowski, Dr. v. Miegolewski und Dr. Gantkowski. Die im Saale anwesenden Frauenspersonen ließ ich vor Beginn der Versammlung hinausweisen. Der Starost für den Stadtteil Wilda Dobrowolski eröffnete die Versammlung um 1/2 1 Uhr. In wenigen einleitenden Sätzen behauptete er, die Polen hätten sich gegen den vordringenden Germanismus zu wehren. Sie wichen aber vor den scheußlichen Gelüsten, sie hier vom heimischen Boden zu verdrängen, nicht zurück. Auf legalem, verfassungsmäßigem Boden organisierten sie ihre Abwehraktion. Die polenfeindliche Strömung werde sich nicht ändern, sondern sie werde im Gegenteil immer schärfer werden.

Zum Leiter der Verhandlungen wurde berufen Druckereiverwalter Nowicki, zum Schriftführer Zalachowski, zu Beisitzern Milewski und Marcinkowski. Nowicki hob hervor, daß das politische Leben im Stadtteil Wilda in letzter Zeit in erfreulicher Weise im Aufschwung begriffen sei. Dann erteilte er das Wort dem Abgeordneten Rechtsanwalt v. Dziembowski. Dieser erklärte, er habe sich zur Aufgabe gestellt, einige der Vorwürfe zu widerlegen, die gegen den Strazverein erhoben würden. Mancher halte den Verein für schädlich, weil derselbe bei der Regierung in dem Ruf eines gefährlichen Vereins stehe und weil infolgedessen die Haltung der Regierung den Polen gegenüber sich noch verschärfen werde. Das sei falsch. Wer da meine, die von der Regierung den Polen gegenüber befolgte Praxis werde durch die Haltung der Polen bestimmt, der irre. Die Polen könnten sich verhalten wie sie wollten, stets werde man ihnen feindlich begegnen, eben aus dem Grunde, weil sie Polen seien und bleiben wollten. In der preussischen Politik gelte keine Empfindsamkeit, keine Rücksichtnahme, kein Gefühl — hier habe nur der Kultus der Macht Geltung. Nur Kraft und Machtentfaltung imponierten den Deutschen. Darum hätten die Polen, solange sie nicht in ein gemeinsames großes Lager organisiert waren, auch der Regierung keine Achtung eingeflößt, da sie keine politische Macht repräsentierten. Die Regierung werde vor dem Polentum erst dann die Stirn neigen, wenn es in Stärke von 1/4 Million Köpfen in einem Verein organisiert sein und die Mittel dieses Vereins im politischen Abwehrkampf in die Waagschale werfen werde. Man fürchte regierungsseitig den Strazverein, die Polen dagegen seien auf ihn stolz, umso mehr, als er durchaus auf legalem Boden stehe. Wollte die Regierung die Tätigkeit des Vereins stören, so würde sie illegal handeln. Allerdings würden ja von seiten nachgeordneter Behörden allerhand Versuche unternommen, um die Versammlungen des Vereins unmöglich zu machen. In Tuchel z. B. habe man aus großer

Besorgnis um die Gesundheit der Versammelten den Saal, weil er ungeheizt war, für ungeeignet erklärt. In einer anderen Gemeinde habe der Landrat gedroht, er werde ihr die staatliche Subvention entziehen lassen, falls man dort einen Strazverein gründen werde. Zu solchen Drohungen habe kein Beamter ein Recht, Redner meine aber, daß ein derartiges Unmöglichmachen von Versammlungen dem Strazverein umso mehr Anhänger zuführe und den nationalen Geist erst recht hebe. Viele machten Rücksichten und Befürchtungen verschiedener Art gegen den Strazverein geltend. Nun, leider gebe es ja auch unter den Polen Elemente, welche bereit seien, um Gunst und um Gehaltszulagen willen die Religion, die Nationalität, ja, sogar den Jahrhunderte alten Familiennamen zu wechseln. Aber auf solche Elemente verzichteten die Polen gern, die schenkten sie den Deutschen bereitwilligst. Gar mancher Pole meine angesichts der künstlichen Vermehrung des Deutschtums, es würden polnischerseits alle Gegenmittel nichts helfen, — aber Gott sorge schon dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wüchsen. Werde doch deutscherseits zugegeben, daß die Ansiedlungskommission trotz ihres zwanzigjährigen Bestehens Erfolge in der Förderung der Zahl der Deutschen nicht zu verzeichnen habe. Die Städte in der Provinz nähmen immer mehr polnischen Charakter an, und nur in zweien oder dreien sei das Wachstum des Deutschtums in den letzten fünf Jahren stärker gewesen als das des Polentums. Der polnische Geschäftsmann verdränge den deutschen allmählich, aber sicher, und das erfülle mit Zuversicht für die Zukunft.

Kaufmann v. Rzepecki sprach über die Ziele des Strazvereins. Zehn Jahre lang hätten die Polen der Tätigkeit des Ostmarkenvereins zugehört, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Zwar habe man manchmal an Gegenwehr gedacht, sie jedoch unterlassen in der Erwartung, daß jener Verein eingehen werde. Allerdings habe er es in den 10 Jahren seines Bestehens erst auf 40 000 Mitglieder gebracht, die sich auf ganz Deutschland verteilten, und nur mittelst künstlicher Agitation werde er am Leben erhalten. Die redlicheren Elemente unter den Deutschen verurteilten die Ziele und die Tätigkeit dieses Vereins. Die Mehrzahl seiner Mitglieder setze sich aus Beamten, Lehrern, Geistlichen usw. zusammen, aus Elementen, die auf klingenden Lohn für die Betätigung ihres patriotischen Empfindens spekulierten. So zähle die Posener Ortsgruppe unter ihren 1200 Mitgliedern nicht weniger als 850 Beamte. Ähnlich sei das Zahlenverhältnis wohl fast überall. Die Beamten glaubten sich eben verpflichtet, dem Verein anzugehören, da die Vorgesetzten dies wünschten. Trotzdem der Verein nur künstlich erhalten werde, sei sein Einfluß immerhin groß. Er luche deutsche Ärzte, Anwälte, Geschäftsleute usw. im Osten anzusiedeln als Konkurrenten für deren polnische Berufsgenossen. Seitens der Polen werde kein Druck dahin ausgeübt, jemanden zu zwingen, dem Strazverein beizutreten. Man warne sogar Leute, die sich in irgendwelcher abhängigen



Stellung befänden, vor dem Beitritt. Der Strazverein könne sich, da er erst seit Halbjahrsfrist bestehe, natürlich noch keiner großen Erfolge rühmen; immerhin seien die bisher erreichten achtunggebietend. Über 9000 Mitglieder seien bereits polizeilich gemeldet und gegen 5000 weitere Mitgliedschaftskandidaten seien vornotiert. Auf 11000 Mk. belaufe sich bisher die Einnahme. Manche Kreise, wie z. B. Kosten und Posen W. seien vorzüglich organisiert und der Verein zähle in jedem derselben gegen 2000 Mitglieder. Redner erging sich nunmehr in der aus bisherigen Berichten satfam bekannten Weise über die Tätigkeit, welche die 4 Sektionen des Vereins zu entfalten hätten. Neues bot er nach dieser Richtung hin nicht. Er hob namentlich hervor, daß der Verein zu privaten Zwecken Unterstützungen in barem Gelde nicht hergebe, da dies Mißgunst und Neid erregen und in die Reihen der Polen Demoralisierung tragen würde, gerade so wie die seitens des Ostmarkenvereins einzelnen deutschen Gewerbetreibenden gewährten Beihilfen nur demoralisierend wirkten. Die IV. (juristische) Sektion des Strazvereins habe bereits gegen 600 Sachen der verschiedensten Art (in Standesamts-, Vereins-, Konsens-Angelegenheiten, Klagen über behördliche Schikanen usw.) bearbeitet, und 200 derselben seien schon endgültig erledigt. Etwa ein Duzend polnischer Rechtsanwälte in der Provinz stellten ihre Dienste nach dieser Richtung hin uneigennützig nur gegen Erstattung der baren Auslagen dem Verein zur Verfügung. Redner sprach weiter über die Form der Organisation des Vereins. Die Bezeichnung „Starost“ habe bei manchem Anstoß erregt, man habe ihn aber gewählt, weil er der nationalen Tradition entlehnt sei. Die mit dieser Würde Betrauten hätten die Interessen des Polentums nach jeder Richtung hin wahrzunehmen, insbesondere im Bedarfsfalle den Mitgliedern mit Rat und Tat beizustehen, ihnen Erwerbsgelegenheit zu verschaffen, den Übergang von polnischem Besitz in deutsche Hände zu verhindern usw. Die von den Starosten ernannten Kommissare hätten die gleiche Tätigkeit in dem ihnen zugewiesenen engen Kreise auszuüben, die Beiträge von den Mitgliedern einzuziehen und von allem, was in ihrem Bezirk vorgehe, den Starosten auf dem Laufenden zu erhalten. Für den Ortsteil Wilda seien 30 Kommissare bestellt. Ihre Namen würden hier wie überall vor der Polizei geheim gehalten, und letztere habe kein gesetzliches Recht, hierüber Auskunft zu verlangen. Die Arbeitslast des Vereins sei vor der Hand eine ungeheure; es werde aber mit einer derartigen Beharrlichkeit gearbeitet, daß die Zahl von  $\frac{1}{4}$  Million Vereinsmitgliedern in einigen Jahren erreicht sein werde. Mit der Organisation von Schlesien habe man begonnen, und da die Behörden dort Schwierigkeiten gemacht hätten, habe man die Gastfreundschaft der Brüder in Galizien in Anspruch genommen. Unter dem Emigrantentum im Westen wirkten Vertrauensmänner. Der Hauptvorstand des Strazvereins habe sich an den Vorstand des Polenbundes in Westfalen-Rheinland mit der Frage gewendet, wie letzterer hinsichtlich des Zusammenschlusses beider Organisationen denke. Seit Wochen warte man vergebens auf Antwort. Aus den öffentlichen Blättern habe man ersehen, daß der Polenbund den engherzigen Standpunkt einnehme, der Strazverein solle sich auf die Tätigkeit diesseits der Elbe beschränken. Man nehme diese sonderbare Haltung den Landsleuten im Westen nicht übel. Wisse man doch, daß dabei Neid und Gewinnsucht einzelner Elemente ihre Rolle spielten und daß diese Elemente jeden, der sich in ihre vermeintliche Interessensphäre eindränge, schief ansähen. Der Strazverein werde ruhig seinen Weg gehen, durch Vertrauensmänner im Westen Mitglieder für sich werben und im übrigen abwarten, bis man seine Hilfe selbst anrufe. — Was

den Stadtteil Wilda anbetreffe, so dürfe man sich nicht darüber wundern, daß seine Reputation in politischer Hinsicht bisher eine so schlechte gewesen sei. Das deutsche Element habe hier seit jeher das Übergewicht gehabt, so daß jeder Versuch, die Stadtverordnetenmandate der dritten Klasse vollständig für die Polen zu gewinnen, bisher scheitern mußte. Ausschlaggebend sei hier eben die ungeheure Masse des Beamtentums. Das habe bewirkt, daß die Polen den Mut hätten sinken lassen, doch sei dies unrecht. Die Zahl der wahlberechtigten Polen sei hier mindestens ebenso groß wie die Zahl der stimmberechtigten Deutschen, — aber sehr viele Polen fehlten in den Wählerlisten, da sie den Steuer-Minimalsatz, der zur Teilnahme an der Wahl berechtige, nicht aufbrächten. Wer in die Wählerlisten aufgenommen werden wolle, der müsse etwa 7,20 Mk. an Steuern entrichten. Wem also daran gelegen sei, sein Stimmrecht auszuüben, — und das müsse jeder bewußte Pole, — der solle, wenn in Zukunft sein Steuerzettel auf einen Betrag von weniger als 7,20 Mk. laute, sich zu dem Magistrat begeben und erklären, daß er diesen zur Ausübung des Wahlrechts berechtigenden Satz zahlen wolle. Weigere man sich beim Magistrat, diesem Wünsche Folge zu geben, so solle man sich beschwerdeführend an den Oberbürgermeister wenden oder die Sache einem der polnischen Stadtverordneten unterbreiten. Wenn so systematisch vorgegangen werde, so sei der Sieg des Wilda'er Polentums in der III. Klasse bestimmt in absehbarer Zeit zu erwarten. Auch in den Provinzstädten sei das Polentum in stetem Vordringen begriffen. Unter 27 Städten, welche neulich die Zeitungen aufzählten, sei nur in zweien das Wachstum des Deutschtums erheblicher gewesen als das des Polentums. Besonders arg gehe das jüdische Element zurück, da es von 2 Seiten bedrückt werde, vom Hakatismus durch die Einrichtung von Genossenschaften und Kaufhäusern und von den Polen. (Redner führte einige Zahlen über das Zurückgehen des Judentums an.) In nicht zu ferner Zeit werde dies Element wohl völlig aus der Provinz „ausgeräuchert“ sein. So blicke das Polentum hoffnungsvoll in die Zukunft, und es werde die Zeit kommen, wo Posen eine polnische Stadt sein werde, wie das goldene Prag eine Tschechenstadt geworden sei. Dann würden auch die Straßenschilder polnisch lauten. (Lebhafter Beifall.)

Herr v. Koscielski, der ursprünglich nicht beabsichtigt hatte, zu sprechen, sah sich veranlaßt, die Ausführungen der beiden Vorredner zu ergänzen. Der Strazverein werde seines Erachtens trotz  $\frac{1}{4}$  Million Mitgliedern keine Macht bilden, wenn diese Mitglieder und das gesamte Polentum nicht auch innerlich warm und eng zusammenhielten wie ein Mann im Leben und Streben. Wenn dieser Moment eingetreten sein werde, dann werde die Viertelmillion einer Million gleichzuachten sein. Der Gegner fürchte diese Solidariät, diese innige Gemeinschaft der Polen, — er suche sie zu sprengen, er sei bestrebt, ein Steinchen aus dem Bau des Polentums und des Vereins auszubrechen. Aber sofort würden die Polen mit Kelle und Mörtel dabei sein, um an die Stelle des ausgebrochenen einen neuen Stein zu setzen, damit ein mächtiger fester Bau entstehe. Alle Stände der polnischen Gemeinschaft seien durch das gemeinsame Geschick betroffen, keiner dürfe darum seinen eigenen Weg gehen, sondern alle müßten zusammenhalten wie die Farben des Regenbogens in einem harmonischen Ganzen. Dann werde dieser Regenbogen der Vorbote eines glücklichen Morgens sein.

Es trat nunmehr eine viertelstündige Pause ein, während deren 41 Personen sich als Mitglieder meldeten. Mit Einschluß derselben stellt der Stadtteil Wilda im ganzen gegen 430 Mitglieder.



Der folgende Redner, Arzt Dr. Gantkowski, ging von jener alten Sage aus, wonach für einen mächtigen, aber kranken König als Heilmittel das Hemd eines wahrhaft Glücklichen gesucht wurde. Nach langem vergeblichen Mühen habe man einen solchen Glücklichen in der Person eines armen Köhlers gefunden, der jedoch dem König gleichfalls nicht helfen konnte, da er — kein Hemd hatte. Das Glück sei nur ein relativer Begriff. Jeder Einzelne strebe nach diesem relativen Glück, so auch jedes Volk. Verhältnismäßig glücklich seien die politisch freien Nationen, da sie ihre Kulturgüter, ihre Traditionen, alles, woran ihr Herz hänge, ungehindert hegen und fortentwickeln könnten. Die Polen seien seit mehr als 100 Jahren unfrei; und wenn sie auch alle Güter der Welt besäßen, so würden sie doch gleich jenem kranken König sehnsuchtsvoll nach dem ausblicken, was heimisch, was ihnen ureigen, was polnisch sei. Zu diesen nationalen Gütern gehöre die Kultur. Auch die Polen besäßen ihre eigene Kultur. Einer der Mitbegründer des Strazvereins, der Rechtsamwalt v. Chrzanowski, habe in der konstituierenden Versammlung einen Vergleich gezogen zwischen dieser polnischen Kultur und jener künstlichen, die man den Polen mit aller Gewalt ausdrängen wolle. Wie sehe diese fremde Kultur aus?! Hier prachtvolle Museen, Paläste, Theater und Kunstbauten, in denen Kulturschätze aufgehäuft würden, — während dort dem armen polnischen Arbeiter versagt werde, eine Lehmhütte auf seinem eigenen, mit blutigem Schweiß erworbenen Stück Land zu errichten. Hier führe man die polnischen Kinder zu pomphaften patriotischen Festen, um ihnen Achtung vor fremder Autorität und Größe einzusößen, — und an einer andern Stelle züchtige man sie, weil sie nicht verstünden, sich deutsch auszudrücken. Das sei nicht polnische, das sei preussische Kultur. Die Polen wollten ihre eigene Kultur pflegen, trotzdem sie bereits mehr als ein Jahrhundert in Knechtschaft lebten. Zeichen dieser polnischen Kultur seien die polnische Sprache mit ihrer eigenartigen Schönheit, diese Sprache, die vor einigen Jahren Sientkiewicz bei der Einweihung des Slowacki-Denkmal im Schlosspark zu Miloslaw mit so begeisterten Worten als ein Produkt aus biegsamem reinen Gold und festem Erz geschildert habe, diese Sprache, die an Klangschönheit der griechischen gleichzustellen sei. Ein Jammer sei es, zu hören, wie viele Polen diese herrliche Sprache verunglimpften und wie wenig danach gestrebt werde, sie immer vollkommener auszubilden. Ein ferneres Zeichen der Kultur sei die Literatur, der Spiegel dessen, was in der Volksseele vorgehe und deren Fortentwicklung von dem politischen Geschick einer Nation unabhängig sei. Die Herrlichkeit der polnischen Literatur sei bekannt, — mit hoher Achtung sprächen die Weisen anderer Völker von ihr; — ebenso könne die polnische Nation stolz sein auf ihre Künstler, ihre Maler und Bildhauer, Musiker usw. Fremde Monarchen lüden sogar polnische Künstler ein, um die Taten ihrer Vorfahren durch deren Hand verherrlichen zu lassen. Auf diese polnische Kultur dringe die preussische Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln ein, um sie auszurotten, um besonders zu verhindern, daß sie im Geiste der polnischen Jugend Wurzel fasse. In erster Linie sei es auf die polnische Sprache, die Hauptstütze dieser Kultur, abgesehen. Sie werde aus den Schulen verdrängt, und wie Papageien lernten dafür die polnischen Kinder eine ihnen fremde Sprache radubrechen. Nicht werde das Errichten von polnischen Denkmälern mit polnischen Inschriften geduldet, die Zeugnis ablegen könnten von einstiger polnischer Größe, von polnischer Geistesarbeit. Der Kampf gegen die polnische Kultur tobe auf der ganzen Linie, daher sei es Pflicht der Polen, ihre bedrohte Kultur

zu verteidigen, und diese Aufgabe habe auch der Strazverein zu der seinigen gemacht. Seine kulturelle Sektion werde die polnische Sprache, polnisches Denken, polnisches Fühlen in alle Hütten tragen; sie werde dafür sorgen, daß das polnische Kind aus guten Büchern und Bildern die Geschichte seiner Nation unverfälscht kennen lerne. Aber die Kräfte des Vereins allein reichten für diese Aufgabe nicht hin, jeder einzelne Pole, insbesondere das polnische Haus müßten es sich angelegen sein lassen, polnische Kultur zu verbreiten. Aber wie sehr lasse man es daran fehlen! Welcher polnische Vater habe seinen Sohn vor das Posener Rathaus geführt und ihm gesagt, daß dies schöne Gebäude in polnischen Zeiten von polnischen Königen gebaut, daß der Adler an seiner Spitze der weiße polnische Adler sei? Welcher Vater habe sein Kind in das polnische Museum geführt, wo die alten Schätze und Andenken aus polnischen Zeiten von der Herrlichkeit der polnischen Kultur predigten? Welche Mutter habe sich die Mühe genommen, ihre Tochter in der Ausstellung polnischer Maler darauf hinzuweisen, was polnische Kunstfertigkeit zustande bringe?! Heut müßte jeder polnische Vater und jede Mutter in der Familie der Lehrer sein; sie müßten aber auch im öffentlichen Leben mit gutem Beispiel vorangehen, ihre nationale Gesinnung überall offen bekunden, ihre polnische Muttersprache überall ohne Scham und Scheu gebrauchen, auf der Straße, im Bahnwagen, an jedem Orte. Die Fremden müßten sehen, daß Polen eine polnische Stadt sei. Jüngst hätten in Krakau zwei Angehörige der Intelligenz Bauernmädchen geheiratet.

Ein neuerzeitiger polnischer Dichter, Wyspianski, führe in seinem Schauspiel „Wesele“ diese Vereinigung der höheren polnischen Stände mit den niederen vor. In diesem Schauspiel frage die junge Braut einen ihrem Ehrentage beivohnenden alten Seher, wo denn Polen sei. Seine Antwort habe gelautet: Im Herzen! Ebenso solle die Antwort lauten, welche der polnische Vater seinem Kinde betreffs Polens geben solle, und hinzufügen sollte er: „Verleugnest du dein Vaterland, so bist du das elendeste Geschöpf.“ (Lebhafter Beifall.) Es folgte eine freie Aussprache. Thomas Wlekinski forderte auf, dem Strazverein recht zahlreich beizutreten; er brandmarkte die polnischen Landschacherer, rühmte Herrn v. Rosciolski's Verdienst um die Gründung des Strazvereins, mahnte die Anwesenden, mäßig und sparsam zu leben, fleißig an der Aufklärung durch das Lesen polnischer Blätter zu arbeiten und den Grundsatz „der Landsmann zum Landsmann“ in die Tat umzusetzen.

Ein zweiter Redner, Milewski, führte aus, die satanischen Kreuzritter hätten Polen in früheren Jahrhunderten befehdet, die Kreuzritter der Neuzeit suchten die polnische Nation gleichfalls zu unterdrücken; aber letztere leistete kräftigen Widerstand und sie lasse sich ihre Kultur nicht entreißen. Dann schimpfte Redner gleichfalls über die Landschacherer, welche den fruchtbaren, Milch und Honig bietenden polnischen Boden den Feinden verkauften. Stände es in des Redners Macht, dann ließe er einen Galgen aufrichten und diese Judasse daran aufhängen. Schlimmer als die Hereros seien diese Leute, denn jene Heiden kämpften bis zum letzten Blutstropfen um ihre Sandwüsten, die polnischen Schacherer aber gäben leichtsinnig ihren goldenen Boden weg, den die Väter mit ihrem Blute verteidigt und mit ihrem Schweiße gedüngt hätten. Zum Schluß forderte Milewski ebenfalls dazu auf, den Grundsatz „der Landsmann zum Landsmann“ zu befolgen.

Jakob spottete darüber, daß der Satatismus bei seinen Werbeversuchen und Agitationsreden so wenig Zuhörer und Anhänger finde; dann wies er auf die



angebliche Minderwertigkeit des Ansiedlermaterials hin, das die Ansiedelungskommission mit großen Kosten ins Land ziehe. Redner habe einen Zug solcher Leute gesehen, der in früher Morgenstunde vom Bahnhof aus nach Solacz transportiert worden sei, um dort erst etwas kultiviert zu werden. Verwundert sei das Publikum stehen geblieben, als es diese sonderbaren, zum Teil zerlumpten, mit Pantoffeln bekleideten Leute gesehen habe. Natürlich habe man zuerst geglaubt, galizische Sachsengänger vor sich zu haben, bis man sich überzeugte, daß es Ansiedler seien, die den Polen Kultur beibringen sollten.

Gust klagte, daß in der heutigen Versammlung das jüngere Element so spärlich vertreten sei, und daß in polnischen Familien so vielfach deutsche Zeitungen gelesen würden. Auch forderte er die polnische Geschäfts- und Arbeiterwelt auf, die katholischen Feiertage besser als bisher zu heiligen.

Witkowski brachte das letzte Rundschreiben des Erzbischofs, betreffend die Zugehörigkeit von Geistlichen zum Strazverein, zur Sprache. Redner sei Volksparteiler und ein guter Pole und Katholik! Es schmerze ihn, sich über jene erzbischöfliche Verfügung öffentlich auslassen zu müssen, aber sein nationales Empfinden gebiete ihm, zu sagen, daß diese Verfügung einen sehr schlechten Eindruck gemacht habe. Übel sei es auch seitens des Vorstands des Strazvereins gewesen, daß er dem Rundschreiben gegenüber nicht energig Stellung genommen, sondern durch seine schwache Erklärung die versöhnungsparteiliche Politik des Erzbischofs geradezu unterstützt habe, jene Politik, die das Polentum nicht brauche.

Es blieb dem noch anwesenden Mitglied des Hauptvorstandes des Strazvereins v. Rzepecki — die übrigen Vorstandsmitglieder hatten sich inzwischen entfernt — nichts übrig, als zu dieser Interpellation Stellung zu nehmen. v. Rzepecki sagte, er erkläre offen, daß auch ihm das erzbischöfliche Rundschreiben mißfallen habe, und daß ihn die vom Hauptvorstande erlassene Erklärung nicht befriedige. Man müsse die Verhältnisse in Betracht ziehen. Unter den 860 Geistlichen der Erzdiözese seien 530 Inhaber von Propsteien, der Rest Vikare, Kleriker usw. Unter den 860 Geistlichen befänden sich gegen 200 deutschkatholische. Etwa 300 Propsteien würden von der Regierung oder von deutschen Patronen besetzt, nur etwa 200 seien solche polnischen Patronats. Daraus gehe hervor, welchen ungeheuren Einfluß die Regierung auf die Besetzung der Pfarrstellen besitze.

Dem Redner gefalle, wie gesagt, das erzbischöfliche Rundschreiben nicht! Am allerwenigsten aber gefalle es der Geistlichkeit selbst. Feststellen müsse Redner, daß der Erzbischof den Geistlichen nur verboten habe, Ämter in dem Strazverein anzunehmen und in seinen Sitzungen als Redner aufzutreten. Davon, daß die Geistlichen dem Strazverein nicht als Mitglieder angehören dürften, stehe in dem Erlasse nichts. Von den 10 geistlichen Starosten hätten bisher nur 4 dieses Amt niedergelegt, und zwar die Geistlichen Spychalski-Rosko, Bogdanski-Miloslaw, Hemmerling-Goray und Raczmarek-Wirsz. Auch keiner der zahlreichen Geistlichen, welche das Amt von Kommissaren des Strazvereins bekleideten, habe sich bisher veranlaßt gesehen, es niederzulegen. Sie hierzu zu zwingen habe nach Ansicht des Redners der Erzbischof nicht das Recht. Im Schoße des Hauptvorstandes sei lange überlegt worden, welche Stellung man dem Schritte des Erzbischofs gegenüber einnehmen solle. Man beabsichtige ursprünglich, bei dem Oberhirten durch eine Deputation vorstellig zu werden; doch habe man davon Abstand

genommen, als bezweifelt wurde, daß der Erzbischof diese Deputation empfangen werde. In vier Sitzungen habe man daraufhin über die zu erlassende öffentliche Erklärung beraten. Drei Entwürfe einer solchen Erklärung hätten vorgelegen, und zwar seien diese von den Herren Gegielski, Dr. Mieczkowski und v. Koscielski verfaßt worden. Allseitigen Beifall habe keiner dieser Entwürfe gefunden, aber man sei zu der Einsicht gekommen, daß die zu erlassende Erklärung nicht scharf lauten und insbesondere den Erzbischof nicht verletzen dürfe, da es sonst innerhalb des Strazvereins selbst zum Konflikt, zur Spaltung kommen könnte. Sei doch von gewisser Seite her geradezu damit gedroht worden. Was habe man angesichts dessen tun sollen? Sei es denn rätlich gewesen, es zur Freude der Gegner wegen dieses durch sie in den Verein geworfenen Zankapfels zu einem Konflikt, zum Zersprengen des Vereins kommen zu lassen? So habe man sich schließlich dahin geeinigt, die von Herrn v. Koscielski entworfene Erklärung zu veröffentlichen. Sie befriedige den Redner zwar nicht, er weise jedoch darauf hin, daß man manches herauslesen könne, so besonders aus dem Absatz, der von dem Ersticken edler Anwendungen spreche. Wer halte die edlen Triebe des nationalen Bewußtseins nieder? Der Eine deute den Passus dahin, daß er sich auf die Regierung beziehe, der andere glaube, der Erzbischof sei gemeint. Redner sei gleichfalls der Ansicht, daß der Erzbischof mit seinem Verbot die Verteidigung der nationalen Rechte verhindere, und daß jener Passus der Erklärung sich auf den Erzbischof beziehe. Mancher habe sich dahin geäußert, daß es Pflicht der Geistlichen gewesen wäre, dem Erzbischof offen entgegenzutreten. Wer wolle es aber der Geistlichkeit in ihrer abhängigen Lage verargen, wenn sie nicht den Mut finde, etwa in einer gemeinsamen Versammlung gegen den Erzbischof aufzutreten und damit eine Reihe von Verfolgungen durch die Regierung herauf zu beschwören? Das versichere Redner, daß der Strazverein auf keinen Fall sich in den Dienst der Politik einer oder der anderen Partei stellen werde. Die Tätigkeit des Strazvereins und die Parteipolitik würden streng auseinandergehalten werden. Bei den künftigen Wahlen werde es auch im polnischen Lager Parteien geben wie bisher — Parteien müßten sein, solle das politische Leben nicht versumpfen. Aber der Strazverein werde sich in die Parteipolitik nicht hineinmischen. In dem Moment, in welchem ein Versuch dieser Art gemacht würde, würden die politischen Freunde des Redners sofort aus dem Vorstande scheiden.

Der Interpellant und die Versammelten erklärten, sie seien nach dem Gehörten mit dem vom Hauptvorstand eingenommenen Standpunkt zufrieden und sie billigten die erlassene Erklärung.

Der Starost Dobrowolski dankte den Versammlungsteilnehmern für ihr Erscheinen und für ihr musterhaftes Verhalten, und er versicherte, daß man alles daransetzen werde, um in Wilda das nationale Leben rege pulsieren zu machen und die Stadterordnetenmandate in der 3. Klasse zu erobern. Man hoffe es bis zum nächsten Jahre auf 1200 Stimmen zu bringen. Aussicht hierfür sei umsomehr vorhanden, als Redner in Beamtenkreisen habe sagen hören, man denke aus diesem Stadtteil fortzuziehen, da die Verbindung mit den übrigen Stadtteilen eine so mangelhafte sei.

Schluß der ohne Zwischenfall verlaufenen Versammlung nach dreistündiger Dauer um 1/4 Uhr.

Güntner,  
Kgl. Polizeisekretär.



Posen, den 27. Februar 1906.

# Bericht

## über den Verlauf der am Sonntag den 25. Februar 1906 in Grin abgehaltenen polnischen Wählerversammlung.

In dem Saale des Gastwirts Majewski hatten sich etwa 500 Personen eingefunden. Von der Geistlichkeit waren erschienen: Geistlicher Rat Soltysinski-Schubin, Propst Gutsche-Panigrodz und Vikar Marchlewski-Grin; ferner: Arzt Dr. Sell-Grin, Gutsbesitzer Titus v. Malczewski-Mlodogin, v. Brzeski-Krotoizyn, von Mierztowski-Stebnik und Kawczynski-Elisenhof.

Um 2 Uhr nachmittags eröffnete Propsteipächter Bromski-Grin — Mitglied des Wahlkomitees — die Versammlung, indem er auf die Liebe der Polen zur Mutter Gottes Maria hinwies. In der Brust eines jeden polnischen Katholiken sei diese Liebe eingepflanzt, diese tröste die Polen in Zeiten des Schmerzes und der Bedrängnis und gebe ihnen Zuversicht auf den Sieg. Die heutige Versammlung sei einberufen worden, um die Wähler an ihre nationalen Rechte und Güter zu erinnern. Jede Nation habe das Recht, die ihr von Gott gegebenen Kleinodien zu verteidigen; es seien dies die Sprache, der Glaube und die Liebe zum Vaterlande. Die Polen selbst könnten keine Gesetze erlassen, aber sie schickten ihre Abgeordneten dorthin, wo die Gesetze beraten und beschlossen würden und diese Abgeordneten berieten dann dort über die künftige Existenz der Nation. Die höchste Wahlbehörde habe für jeden Kreis ein Wahlkomitee bestellt. Vorsitzender des Schubiner Wahlkomitees sei von Brzeski. Diesem gebühre für das Zustandekommen der Versammlung besonderer Dank. Zum Vorsitzenden der Versammlung schlage er den Geistlichen Rat Soltysinski-Schubin vor. Soltysinski übernimmt darauf den Vorsitz. Er dankt für die Wahl und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Wähler des Kreises Schubin zu der Versammlung so zahlreich erschienen seien. Daraus könne man ersehen, daß sie sich für die nationalen Angelegenheiten warm interessierten. Soltysinski bittet die Anwesenden alsdann Ruhe und Ordnung zu bewahren und verliest hierauf die Tagesordnung. Zum Schriftführer wird gewählt: Michael Szulczewski-Schwaliszewo, zu Beisitzern: Gutsbesitzer Szymczak aus Rzemieniewic, Wirt Bientara-Mychielewo, Tischlermeister Schmidt-Grin und Wirt Polczynski-Palmirowo.

Hierauf erteilt der Vorsitzende dem Gutsbesitzer von Brzeski das Wort. Dieser führte folgendes aus:

Im Jahre 1904 sei von dem Kreis-Wahlkomitee beschlossen worden, 4 Versammlungen alljährlich im Kreise Schubin abzuhalten, und zwar in Schubin, Grin,

Labischin und Bartschin. Diese hätten im Jahre 1905 bereits stattgefunden, und zwar hätten in ihnen gesprochen: Abgeordneter Dr. Krzyminski, Propst Soltysinski, Propst Strzajkowski und Propst Gutsche. Allen diesen Rednern gebühre der Dank des polnischen Volkes für ihre Bemühungen. Den Inhalt der Reden wiederzugeben sei schwer. Man könne sie aber kurz in die 4 Lösungsworte zusammenfassen:

1. Liebe zu Gott,
2. Liebe zu der hl. Erde,
3. Liebe, Eintracht und Einmütigkeit,
4. Sparsamkeit und Arbeit, sowie Opferwilligkeit für nationale Zwecke.

über die einzelnen Punkte wolle er nachstehend kurz sprechen:

1. Liebe zu Gott:

Der größte Teil der Leute denke während des Lebens nicht an den Tod, er lebe so, als ob das Leben ewig währen sollte, ohne sich irgendwelche Rechenschaft zu geben. Die Folge davon sei das Vorkommen des größten Materialismus in gegenwärtiger Zeit, eines heidnischen Geistes wie im Mittelalter. Diese Erscheinung sei umso trauriger, als gerade die polnische Nation seit Urzeiten stets eine der frommsten gewesen sei. Die Vorfahren seien mit dem Kreuz voran gegen ihre Feinde gezogen, mit dem Rufe „Jesus, Maria und Josef“ hätten sie sich auf diese gestützt. Mit ihrer Brust hätten sie ganz Europa vor dem Ansturm der Tartaren gerettet. Wie lebten nun aber die Nachkommen dieser großen Nation? Erstaltet sei die Liebe zu Gott, immer mehr schwinde die Liebe zu dem, was den Vorfahren teuer und heilig gewesen sei. Viele Polen gingen gar nicht mehr in die Kirche, andere kritisierten sogar die Worte des Priesters in der Schenke! Und doch könnten die Polen nur solange auf ein Erbarmen Gottes rechnen, solange sie am Kreuze festhielten. Wehe der Nation, wenn sie diese Standarte einst verlassen sollte! Daher sei es Pflicht der Eltern, an die Erziehung ihrer Kinder zu denken; denn wie die Jugend, so sei die Zukunft der Nation! Die Eltern sollten die Kinder polnisch beten lehren, aber nicht nur dies, sie sollten ihnen auch polnische Elementarbücher kaufen, sie die polnischen Kirchenlieder singen lehren, wie „Mutter verlaß uns nicht“ usw., denn solange diese Mutter, die Königin der Krone Polens, die Polen nicht verlassen würde, würden sie zu existieren nicht aufhören.

2. Die Liebe zur Erde:

Gott habe der Nation ihre Sprache, Sitten, Gebräuche, aber auch Landbesitz gegeben! Sollten die



Polen diese Gaben zu lieben aufhören, diese Erde verschachern, dann wehe ihnen! Viele ihrer Vorfahren hätten allerdings alles verloren, vernichtet, verspielt und vergeudet, sie hätten Hunderte von polnischen Familien mit sich ins Unglück gestürzt; diese treffe nun der Fluch der ganzen Nation. Wieviel 1000 Morgen polnischen Landes gingen doch alljährlich in die Hände „der Fremden“ über. Mit Scham müßten sie eingestehen, daß selbst Polinnen nicht davor zurückscheuten, ihr Land zu verschachern. Kotowiczko und Mielschin, den uralten Sitz der Familie Morawskis, hätten Polinnen vernichtet. **„Mögen sie dieserhalb verflucht sein!“** Diese Schacherseuche befallte auch schon die polnischen Bauern, und das sei das schlimmste. Selbst in den Städten verkaufe mancher schon sein Gärtchen. Was aber werde aus den Polen werden, wenn sie ihr Land veräußerten? Ihr Untergang sei dann besiegelt! Wenn jemand auch Eigentümer eines Stückes Landes sei, so dürfe er sich dessen nicht entäußern, denn er sei nur dessen vorübergehender Besitzer; gehöre doch der Grund und Boden der Gesamtheit! Deshalb müsse jeder mit allen Kräften an seiner Scholle festhalten.

### 3. Liebe, Eintracht und Einmütigkeit:

Oft könne man hören, wenn zwei Polen zusammenkämen, so sei das schon zuviel, denn sie verträgen sich nicht miteinander. Weshalb geschehe das? Weil Zanksucht und Streitsucht in jedem Polen stecke. Man brauche sich nur einmal die Gerichtsräume anzusehen, welche von polnischen Bauern und Arbeitern nur so wimmelten, die prozessierten. Diese Prozeßsucht finde sich in allen Ständen der polnischen Nation, sie verschlinge viel Geld und Zeit und vernichte oft ganze Familien. Daher warne er dringend vor unnötigem Prozessieren.

### 4. Sparsamkeit und Arbeit, sowie Opferwilligkeit für nationale Zwecke:

Was die Sparsamkeit anbetreffe, so müsse zugestanden werden, daß auf diesem Gebiete innerhalb der polnischen Nation schon viel erreicht worden sei. Es bewiesen das die vielen Volks- und Sparbanken; aber das polnische Volk müsse noch sparsamer werden. Er empfehle, bei Taufen und sonstigen Familienfestlichkeiten keine Geschenke zu machen, sondern Sparkassenbücher zu schenken. Was die Arbeit anbetreffe, so müsse diese verständig sein, sie müsse Nutzen bringen. Die polnischen Industrie-, Arbeiter-, Handwerker- und Bauernvereine u. seien gleichsam Schulen, in denen die Polen arbeiten lernen sollten.

Die Opferwilligkeit für nationale Zwecke sei noch zu wenig ausgebildet. Das polnische Volk verstehe die Bedeutung der Spenden für Unterrichts-, Wahl- u. Zwecke noch zu wenig. Erst wenn jemand, wenn auch nur wenige Groschen, für solche Zwecke spende, fühle er sich als Glied der Gesamtheit. — Bei den Reichstagswahlen hätten die Polen im Schubiner Wahlkreise ein erfreuliches Resultat erzielt. Der polnische Abgeordnete sei mit über 1000 Stimmen Mehrheit gewählt worden. Anders bei den Landtagswahlen. Den Polen fehlten noch immer reichere Gewerbetreibende, Kaufleute und Handwerker, und deshalb unterlägen sie angesichts des Dreiklassen-Wahlsystems. Ihre Pflicht sei es daher, den polnischen Mittelstand zu heben, damit auch in der Gemeindevertretung mehr Polen säßen. Dieses Ziel lasse sich jedoch nur dann erreichen, wenn sie ihre eigenen Kaufleute, Gewerbetreibenden und Handwerker in jeder Hinsicht unterstützten.

Redner schloß seinen Vortrag mit einer eindringlichen Mahnung, die vorgenannten Gebote stets zu befolgen. Wenn sich alle nach diesen Grundsätzen richten würden, **werde Gott vielleicht seine strafende Hand einst von den Polen abwenden und sich über sie erbarmen, denn Gott sei nicht eilig, aber gerecht.**

Der Vorsitzende Geistlicher Rat Soltysinski dankt alsdann dem Vordredner und ertattet an Stelle des nicht erschienenen Schatzmeisters des Kreis-Wahlkomitees, des Propstes Strzajkowski aus Labischin den Kassenbericht.

Der Kassenbestand aus dem Jahre 1904 habe 104,05 Mk. betragen. Hinzugekommen durch Sammlungen seien im Jahre 1905. . . . 119,00 „

Zusammen . . 223,25 Mk.

An die Hauptkasse nach Posen abgeschickt seien 100 Mk. Nach Abzug anderer Ausgaben verbleiben in der Kasse 98,81 Mk. Barbestand.

Von dem Kreise Schubin verlange das Zentral-Wahlkomitee fortan größere Opfer. Es sollten von ihm nunmehr jährlich 200 Mk. an die Hauptkasse abgegeben werden. Diese Mittel könnten nur durch freiwillige Beiträge zusammengebracht werden. Erst derjenige könne sich als Glied der Gesamtheit fühlen, welcher einen Beitrag für nationale Zwecke spende. Die polnische Nation könne sich nach niemandem umsehen. Früher habe sie auf Hilfe von Seiten anderer Nationen gehofft, jetzt aber sei sie auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. In anderen Kreisen existierten Wahlvereine. Das Wahlkomitee für den Kreis Schubin habe indessen beschlossen, einen solchen Verein nicht zu begründen, sondern die erforderlichen Beiträge in den jährlich stattfindenden vier Kreiswählerversammlungen durch Tellerjammungen zusammenzubringen. Er bitte die Anwesenden daher beim Verlassen des Saales ihre Beiträge zu entrichten.

Hierauf erhielt der Redakteur Chociszewski von Posen das Wort: Er erscheine in der Versammlung auf Einladung des Kreis-Wahlkomitees als Delegierter des Zentral-Wahlkomitees. Von dem Kreiskomitee sei er gebeten worden, über den neugegründeten Straz-Verein die Anwesenden zu belehren. Wenn die Polen auch schon genug andere Vereine, wie die Industrie-, Sokol-, Arbeiter- und landwirtschaftlichen Vereine besäßen, welche alle deren Nationalität verteidigten, so erforderten es doch die gegenwärtigen Zeiten, daß sie sich zur Abwehr der ihnen drohenden Gefahren in einen großen Verein zusammenschließen. Überall werde auf die Polen gehetzt, ihre Nationalität, ihr Glauben werde angefeindet und untergraben, deshalb müßten sie zu ihrer Verteidigung in Reih und Glied treten. Alle wüßten wohl davon, daß die Germanisation von allen Seiten auf die Polen eindringe. Diese Erscheinung datiere schon seit Jahrhunderten. Dem Ansturm der Germanisation seien die slawischen Stämme im Westen, an der Elbe, in dem heutigen Brandenburg und Schlesien zum Opfer gefallen. Möglich sei das nur gewesen, weil keine Widerstandskraft in den Slaven vorhanden gewesen sei und es an Eintracht, Solidarität gefehlt habe. Angesichts dessen, was die Polen die Vergangenheit lehre, wollten sie sich nun mit allen Kräften gegen die Germanisation wehren. Sie könnten das jedoch nur mit geistigen Mitteln erreichen auf Grund der preussischen Verfassung und der königlichen Zusicherungen. Auf die polnische Nation dringe neben allen regierungsseitigen Bedrückungen noch der Hafatismus ein, welcher bezwecke, sie überall zu bekämpfen. Wo die Regierung den Polen nichts schade, tue es der HRT-Verein. Dieser bilde gleichsam eine Nebenregierung, welche der Regierung die



verschiedensten Projekte zur Vernichtung der Polen vorlege. Er sei über ganz Deutschland verbreitet und agitiere überall gegen alles, was polnisch sei. Nach der von dem HND-Berein herausgegebenen Statistik habe er nicht ohne Erfolg gearbeitet, und zwar nicht nur geistig, sondern auch materiell. Angesichts einer solchen Tätigkeit dürften die Polen nicht gleichgültig sein, sie müßten vielmehr an die Organisation einer Gegenmacht denken. Aus diesem Gedanken heraus sei der Straz-Berein entstanden. Während aber der HND-Berein ein Kampfverein sei, wolle die „Straz“ niemanden angreifen, sondern nur die nationalen Güter verteidigen. Sie strecke ihre Hand nach fremdem Gut nicht aus.

Redner bespricht hierauf die bekannte Organisation des Straz-Bereins, dessen einzelne Sektionen, die Tätigkeit der Starosten und Kommissare. Straz-Versammlungen würden fortan überall abgehalten werden. Der Verein könne viel ausrichten, jedoch bedürfe er dazu möglichst vieler Mitglieder. Der Jahresbeitrag betrage nur 1 Mk. Einen so geringen Beitrag könne Jeder auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Der Straz-Berein wolle die Tätigkeit der anderen polnischen Vereine nicht hindern, im Gegenteil, je mehr er sich entwickeln würde, umso mehr könnte er diesen Vereinen zu Hilfe kommen. **Er werde später auch von sich aus Redner in die verschiedenen Versammlungen der polnischen Vereine entsenden. Zu diesem Zwecke werde binnen kurzem von dem Hauptvorstande der „Straz“ in Posen ein Kursus zwecks Ausbildung von Rednern eingerichtet werden.** Diese sollten alsdann die Tendenzen der „Straz“ möglichst verbreiten und die polnische Vereinstätigkeit im allgemeinen fördern, denn heute schlafe manch' polnischer Verein, weil er über keine geeigneten Redner verfüge. Der Straz-Berein zähle zu den polnischen Vereinen, deshalb werde er von den Feinden auch am meisten angegriffen. Starost für den Kreis Schubin sei von Malczewski. An diesen könne sich jedes Mitglied in Auskunftssachen wenden. Redner fordert hierauf zum zahlreichen Beitritt zu dem Straz-Berein auf. Jeder Pole müsse diesem Verein angehören und seine Nationalität auf jedem Schritt auch betätigen. Schon von Jugend auf müsse den Kindern der polnische Geist eingepflanzt werden, denn diese seien von Geburt bis zum Grabe Verfolgungen aller Art ausgesetzt. Schon bei der Anmeldung zum Standesamtsregister verdrehten die Beamten die Vornamen; anstatt Piotr werde Peter, anstatt Franciszek werde Franz eingetragen usw. Auch die Frauennamen welche auf „ska“ endigten, würden verdreht und mit „ski“ eingetragen. In der Schule werde nicht polnisch gelehrt. Die Eltern müßten ihre Kinder daher polnisch schreiben und lesen lehren, ihnen polnische Elementar- und Geschichtsbücher in die Hand geben, denn erst dann lernten die Polen ihre Vergangenheit kennen und ihre Nation lieben; sie lernten damit auch, wie sie ihr bedrohtes Vaterland retten könnten. Ebenso müßten die Kinder die polnischen Nationallieder und die polnischen Kirchenlieder lernen, denn die Schule lehre sie das alles nicht. Die Anwesenden möchten das Gehörte stets beherzigen, es in ihre Familie übertragen. Wenn sie so arbeiten und sich gegenseitig unterstützen würden, werde aller deutsche Boykott nichts ausrichten. Gönnten doch die Deutschen den Polen nichts mehr; selbst die polnischen Arbeiter würden schon boykottiert, indem man ihnen durch Einführung ausländischer Arbeiter Konkurrenz mache. Und alles das nur des-

halb, weil sie Polen seien, polnisch sprächen. Das sei ihr ganzes Verbrechen! Wer polnisch spreche, sei der Ausrottung verfallen. Im Landtage sei jetzt sogar erklärt worden, die Polen seien schlimmer als die Sozialdemokraten, und doch wollten sie nur ihre nationalen Rechte verteidigen. Angesichts aller dieser Gefahren müßten sie sich zusammenschließen, alle Kräfte sammeln, sich gegenseitig unterstützen, immer mehr Grundbesitz aufkaufen, dann würden die Feinde sie nicht ausrotten können.

Der Starost Gutsbesitzer von Malczewski aus Modocin forderte hierauf die Anwesenden zum zahlreichen Beitritt zum Straz-Berein auf und verteilte unter sie Beitrittserklärungen.

Alsdann erhielt Redakteur Moskiewicz vom Przyjaciół Ludu in Posen das Wort:

Die Bedrückungen der Polen bewiesen am besten das Bedürfnis, einen Abwehrverein zu begründen. Weshalb würden die Polen nun so bedrückt? Gebe es unter der polnischen Nation doch keine Königs-mörder, wie Nobeling einer gewesen ist; die älteren Polen hätten dem Könige von Preußen treu gedient, ja für ihn sogar ihr Blut vergossen. Dafür würden sie nun schlimmer behandelt wie die Sozialdemokraten! Angesichts dieser traurigen Lage und weil die Schule die Kinder wie Papageien unterrichte, müßten die polnischen Eltern diese religiös und polnisch erziehen, damit sie später die teuersten nationalen Schätze im Herzen bewahren. Ebenso müsse jeder Pole an seiner Scholle festhalten, sonst würden ihn seine Kinder, wenn sie einst in der Fremde umherzuirren gezwungen wären, verfluchen. Notwendig sei es für jeden Polen, dem Straz-Berein beizutreten; dieser bezwecke, die heiligen Rechte der Polen zu verteidigen. Er sei ein Abwehrverein. Er wäre nie entstanden, wenn der HND-Berein nicht begründet worden wäre. Redner fordert alsdann in längeren Ausführungen die Anwesenden auf, nur bei ihren Landsleuten zu kaufen, insbesondere zu vermeiden, bei Juden zu kaufen, denn auch diese betrachteten sich für „Stützen des Vaterlandes“, sie seien ebenso verbissene Feinde der polnischen Nationalität und des Glaubens wie die Deutschen. Jeder daher zu dem Seinigen! Noch ständen die Polen ja unter Gottes Fürsorge. Wenn sie sich alle unter der Standarte der polnischen Königin Maria vereinigen würden, werde diese sie nicht verlassen.

Am Schluß ergriff der Vorsitzende, Geistlicher Rat Soltyński, noch einmal das Wort:

Wahrscheinlich würden die Versammelten erst wieder nach einem Jahre zusammenkommen. Er hoffe, daß dann noch einmal soviel Teilnehmer zu der Versammlung erscheinen würden. Die ihnen heute erteilten Lehren sollten alle Anwesenden beherzigen, sie weitertragen und insbesondere in ihren Familien verbreiten. Die polnischen Mütter sollten ihre Kinder polnisch beten lernen, denn Gott könne man sich nur in der Muttersprache nähern. Gott werde dann der heiligen polnischen Sache helfen! — Redner dankt hierauf dem Vorsitzenden des Kreis-Wahlkomitees von Brzeski, für seine Gabe und seine Bemühungen und schließt alsdann die Versammlung um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags.

Dem Straz-Berein traten über 100 Mitglieder bei.

Augustini, Polizeiaffessor.







## Mitglieder des „Strazvereins“.

### Veränderungen.

Es sind in der Mitgliederliste gestrichen:

Wolski, Walery, Kaufmann, Mogilno.

Frydrychowicz, Jan, em. Lehrer, Posen, Fischerei 23.

Fengler, Julian, Schornsteinfegermeister, Pleschen.

Janusz, Aleksander, Gutsbesitzer, Bolechatow, Russisch-Polen.

Loga, Bronislaw, Rittergutsbesitzer, Sadlno bei Sompolno, Königreich Polen.

Schmidt, Antoni, Kaufmann, Gonsawa bei Znin.

Ramisch, Wladislaus, Dachdecker, Mogilno





1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

REPORT OF THE

COMMISSIONERS

OF THE LAND OFFICE

FOR THE YEAR 1897

ALBANY, N. Y.

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898

1898



## Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 42 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 22. Februar 1906:

### Die Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte.

Aus dem Bericht für 1905 geben wir nachstehendes wieder:

Die von unserer Genossenschaft bei der Geschäftsführung beobachtete Umsicht und Vorsicht mit den daraus folgenden günstigen Resultaten bringen uns seitens unserer Volksgesamtheit ein Vertrauen ein, das mit jedem Jahre immer mehr im Wachsen begriffen ist. Im verflossenen Jahre 1905, für welches wir den vorliegenden Bericht erstatten, hat es sich in vieler Hinsicht gezeigt. Die auf Anteile eingestellte Summe hat sich im Verhältnis zum Vorjahre um 137 153 Mk. gehoben und ist auf die ansehnliche Höhe von 698 258 Mk. gestiegen.

Die Mitglieder, die insgesamt 3252 Anteile besitzen, hatten der Genossenschaft mit ihrem Vermögen für 1 626 000 Mk. Diese Tatsache zieht verschiedene andre günstige Folgen nach sich. So hat die Summe der uns anvertrauten Depositen die Höhe von 3 Mill. Mark bereits überschritten, die überwiegend mit jährlicher und halbjährlicher Kündigung deponiert sind. Unsere Geldvorräte haben sich auch infolge des Umstandes gehoben, daß unsere Hypotheken bereitwillige Abnehmer finden, und daß unsere Schuldner sehr oft schon vor dem kontraktlichen Termin ihren Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft gerecht werden. Aus diesem Titel sind in unsere Kasse 1 231 000 Mk. gestossen.

Die gewonnenen Kapitalien haben wir zum Ankauf von Immobilien, zur Finanzierung uns übertragener Parzellierungen, zur Gewährung von Geldbeihilfen an unsere Kunden zwecks Güterankaufs und endlich zur Regelung von Hypotheken verwendet.

Von unsern Immobilien, die zusammen einen Wert von 1 786 788,95 Mk. repräsentierten, verkauften wir im Laufe des Jahres 7 teils größere teils kleinere Güter für zusammen 986 338,95 Mk. Der verbliebene Rest repräsentiert nach dem Einkaufspreise einen Wert von 800 450 Mk. Im Jahre 1905 parzellierten bzw. verkauften wir im ganzen 7 380 Morgen an 99 Reflektanten, und seit Gründung der Genossenschaft 55 274 Morgen an 1 182 Familien.

Um den Käufern die Möglichkeit zu bieten, den uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, lassen wir ihnen hinlänglich Zeit, ihre finanziellen Kräfte zu stärken, und daher verlangen wir die Abzahlung des ihnen gewährten Darlehns erst nach einer längeren Reihe von Jahren.

Alle Geschäfte unserer Genossenschaft prüft der Aufsichtsrat sorgfältig. Im verflossenen Jahre hatte er im Plenum und in den Kommissionen insgesamt 40 Sitzungen, und außerdem widmete er der Besichtigung der Güter und der Kontrolle ihrer Verwaltung viel Zeit. Von seiten des Verbands der Erwerbsgenossenschaften fand eine Revision unsres Instituts am 10. und 11. Januar 1906 statt. Die Geschäftsbücher, die Inventur und Bilanz für 1905 prüfte der Aufsichtsrat durch seine Organe in 11 Sitzungen.

Auch das müssen wir noch hervorheben, daß die vom Vorstand und vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Änderungen der §§ 5, 8, 9, 16 und 30 der Satzungen unserer Genossenschaft von der außerordentlichen Generalversammlung am 18. Dezember bestätigt worden sind. Auf Grund dessen wurde u. a. ein Emeriturfonds für die Mitglieder des Vorstands und für die Beamten der Genossenschaft festgesetzt.

Der überschuß aus der i. J. 1905 vollzogenen Parzellierung, aus Provisionen, Zinsen und Pacht brachte nach Abzug der Geschäftskosten und der Kosten für die Güterverwaltung 177 327,— Mk.

Von dieser Summe überwiesen wir:

- |                                            |                     |
|--------------------------------------------|---------------------|
| a) Zum Fonds der zweifelhaften Forderungen | 5 000 Mk.           |
| b) für evtl. Verluste an Immobilien        | 32 000 „ 37 000,— „ |

sodaß zur Verteilung verblieben 140 327,— Mk.

Dieser Gewinn bot uns die Möglichkeit, der Generalversammlung vorzuschlagen, den Mitgliedern für die eingezahlten Anteile 8 Prozent Dividende zu gewähren und dem Reservefonds sowie der Spezialreserve 27 384,65 Mk., dem Emeriturfonds aber 26 782,34 Mk. zuzuschreiben. Wenn die Generalversammlung unsern Vorschlag annimmt, dann werden die Reservefonds der Genossenschaft auf 373 587,94 Mk. anwachsen und der Emeriturfonds wird 54 641,24 Mk. betragen.

Der Vorstand.

Adam Wolinski. Josef Kuzaj. Wladyslaus Raczmarek.  
Bilanz vom 31. Dezember 1905:

Aktiva.

|                            |                        |
|----------------------------|------------------------|
| Kassa-Konto                | 37 432,91 Mk.          |
| Effekten-Konto             | 18 102,75 „            |
| Bank-Konto                 | 224 358,— „            |
| Hypotheken im Portefeuille | 2 886 322,70 „         |
| Lombardierte Hypotheken    | 54 500,— „             |
| Mobilien                   | 2 960,25 „             |
| Immobilien                 | 800 450,— „            |
| Schuldner                  | 1 759 770,78 „         |
|                            | <hr/> 5 783 897,39 Mk. |

Passiva.

|                                                  |                        |
|--------------------------------------------------|------------------------|
| Anteile-Konto                                    | 698 258,08 Mk.         |
| Konto Depositen gegen jährliche Kündigung        | 1 783 929,13 „         |
| Konto Depositen gegen halbjährliche Kündigung    | 1 039 239,43 „         |
| Konto Depositen gegen vierteljährliche Kündigung | 104 874,95 „           |
| Konto Depositen gegen sofortige Kündigung        | 82 647,76 „            |
| Konto Kautionen                                  | 3 602,75 „             |
| Konto Dividende                                  | 3 808,95 „             |
| Konto antizipierte Zinsen                        | 3 544,70 „             |
| Hypothekenobligo                                 | 127 534,— „            |
| Reservefonds                                     | 223 932,— „            |
| Spezialreserve                                   | 107 430,89 „           |
| Emeriturfonds                                    | 27 858,90 „            |
| Fonds zweifelhafter Forderungen                  | 14 840,40 „            |
| Akzeptekonto                                     | 59 500,— „             |
| Gläubigerkonto                                   | 1 362 568,45 „         |
| Reingewinn                                       | 140 327,— „            |
|                                                  | <hr/> 5 783 897,39 Mk. |

Aus Nr. 34 des Lech (Gnesen)  
vom 13. Februar 1906:

### Auch die Ratgeber sind schuld.

Ein gewisser Propst schreibt uns:

„Ihr habt den Boß zum Gärtner gemacht“ — sagte vor zehn Jahren der Führer der Sakatisten, von Tiedemann, bei der Ernennung des Pfarrers von Stabłowski zum Erzbischof. Herr von Tiedemann war damals der Meinung, daß der Erzbischof als Pole und Primas von Polen auf die Gemüter und Herzen seiner polnischen Diözesanen hinsichtlich der preussischen Regierung feindlich einwirken und auf diese Weise ihre antipolnische Politik abschwächen und zunichte machen



würde. Die Befürchtungen jenes Hafatisten haben sich jedoch nicht bewahrheitet. Der Erzbischof hat die antipolnischen Bestrebungen der Regierung nicht nur nicht abgeschwächt und zunichte gemacht, sondern er hat sie noch unterstützt. Die Regierung des Erzbischofs wurde und wird noch bis auf den heutigen Tag im Geiste der größten Treue und Unterwürfigkeit hinsichtlich des preußischen Staates geführt, und deshalb hat auch der Erzbischof das antipolnische und antikatholische System, welches die preußische Regierung uns gegenüber anwendet, weder abgeschwächt noch zunichte gemacht, sondern er hat vielmehr dieses System durch seine fortwährenden Zugeständnisse gegenüber der Regierung noch bedeutend gestärkt und verschärft, und das besonders durch das letzte in Sachen der „Straz“ an die Geistlichen gerichtete Rundschreiben.

Mit diesem Rundschreiben hat der Erzbischof der preußischen Regierung die Tür zur Germanisierung und Protestantisierung unserer polnischen Landesteile geöffnet. **Die Regierung, welche durch den Erzbischof ihren gefährlichsten Feind, die Geistlichkeit,** aus der „Straz“ entfernt hat, wird die Geistlichen auch in Bälde von anderen nationalen Posten entfernen, nicht nur aus den Wahlkomitees oder aus dem Verein für Unterrichtshilfe, wie Pfarrer Zgrzyt im Drendownik dattat, sondern auch aus allen anderen polnisch-katholischen Vereinen, und dann wird unser Volk, das kann man wohl sagen, die einzige Stütze und Verteidigung für die Erhaltung seiner heiligsten Güter verlieren. Der Erzbischof hat somit durch sein letztes Rundschreiben der preußischen Regierung ein Mittel in die Hand gegeben, durch welches unsere nationale Existenz vernichtet wird. Diese traurige Tatsache wird dereinst in der Lebensgeschichte des Erzbischofs das dunkelste Blatt darstellen.

Wir können in dieser Sache die Schuld jedoch nicht allein auf den Erzbischof abwälzen. Der Erzhirte erließ jenes unglückselige Rundschreiben nach stattgefundener Beratung des Ordinariats. Also auch auf seine Ratgeber fällt die schwere Schuld angesichts Gottes und der ganzen Gesamtheit. Es ist nicht möglich, daß diese Ratgeber damals so kurzfristig gewesen sein konnten, daß sie die furchtbaren Folgen des Rundschreibens, welche sich jetzt unter der Geistlichkeit und unter dem Volke zeigen und welche sich in noch drohenderer Form zeigen werden, nicht voraus gesehen haben sollten. Vielleicht waren auch nicht alle Ratgeber für das Erlassen eines solchen Rundschreibens, besonders die älteren, in jener Hinsicht achtbaren und verdienten Männer, und wenn der Erzbischof ihren verständigen Rat nicht angenommen hat, dann hätten sie sofort ihre Entlassung nehmen müssen, um sich die Vorwürfe und Verantwortung zu ersparen, welche auch sie recht und billig treffen.

Wir Pfarrer dagegen werden wohl viele andere Mittel und Wege finden, mit Hilfe deren wir das Verbot des Erzbischofs, welches die „Straz“ betrifft, in Sachen der Kirche und des Volkes unschädlich machen werden. Fiat! Fiat! Möge es so geschehen!

Aus Nr. 42 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 22. Februar 1906:

### Zwei Rundschreiben.

In Sachen des Rundschreibens des Strazvereins welches die polnischen Blätter gestern veröffentlicht haben, schreibt der Dziennik Berlinski, daß dies ein Kompromiß-Werk sein werde, das Blatt erklärt aber nicht deutlich, zwischen wem das Kompromiß abgeschlossen wurde, ob zwischen dem Vorstande des Strazvereins und dem

Erzbischof? Weiter teilt derselbe Dziennik Berlinski mit, daß das Rundschreiben des Strazvereins\*) von dem Hauptvorstande, in der veröffentlichten Form einstimmig angenommen worden sei.

Wenn die Sache so liegt, so wäre diese Einmütigkeit fürwahr rührend — da doch der Hauptvorstand des Strazvereins es gewußt haben mußte, daß jenes Rundschreiben in der Gesellschaft auf Kritik stoßen werde. Diese Einmütigkeit beweist, daß in dem Hauptvorstand des Strazvereins Leute sitzen, die nicht die Mehrheit der Gesellschaft repräsentieren — ist denn so etwas in Ordnung?

In dem uns eingesandten Abdruck des Rundschreibens des Strazvereins befand sich in Klammern eine Zuschrift der Redaktion, die wir allerdings ausgelassen haben, da diese besagt, daß es eine Betörung der öffentlichen Meinung sei, wenn man verbreite, daß der Erzbischof den Geistlichen verboten habe, dem „Strazverein“ anzugehören, da er einzig verlangt habe, die Geistlichen sollen keine Ämter annehmen und in den Versammlungen keine Reden halten.

Diese Zuschrift hielten wir eben für eine Betörung der öffentlichen Meinung, denn was hat es denn für eine Bedeutung, dem Strazverein anzugehören und nicht das Recht zu besitzen, die allerwichtigste Aufgabe eines Mitglieds auszuführen? Also die Geistlichen dürfen dem Strazverein angehören, doch sie haben zu schweigen wie Steine, und zwar dann, wo es gilt Vorträge zu halten, wo es in den Versammlungen an Rednern mangelt und die Trägheit der weltlichen Intelligenz, die mit dem Stückchen Brot zu rechnen hat, eine große ist.

Es soll den Geistlichen auch nicht erlaubt sein, Ämter zu verwalten. Zwar soll es kein großer Schade sein, daß die Geistlichen keine Starosten sein werden — daher etwas aus der Statistik.

9 von den 48 Kreisen im Großherzogtum haben gar keine Starosten. Organisiert sind nur 39 Kreise. Laut der letzten Aufstellung der Organisationssektion waren 10 Geistliche Starosten, also der vierte Teil, und zwar hauptsächlich in solchen Kreisen, in welchen es an weltlichen Personen mangelte. Fügen wir zu den 9 unbefetzten Starostenämtern noch 10 geistliche Starosten hinzu, die infolge des erzbischöflichen Rundschreibens diese Ämter verlassen werden, so erhalten wir das traurige Resultat, daß es in 19 Kreisen des Großherzogtums an Starosten fehlen und die Organisation hinken wird. Auf 48 Kreise — 19!

Das Mitglied des Vorstandes des Strazvereins, der Abgeordnete Herr von Dziembowski hat in der Charlottenburger Versammlung die Hoffnung ausgesprochen, daß bei einer guten Agitation im Laufe dieses Jahres die Zahl der Mitglieder des Strazvereins sich bis 50 000 heben werde! Sehr schön! Wenn es auch wirklich so sein sollte, so handelt es sich noch um eine große Frage, und zwar darum, wo wohnen jene Mitglieder — ob dort wo unsere Kräfte groß sind, ob an den Grenzen und in bedrohten Ortschaften, wo der Geist sich abschwächt, wo die nationale Sache erschreckend zurückgeht? Diese Frage ist nicht so unbedeutend wie es scheinen möchte. Der Strazverein hat nämlich zu retten was bedroht ist!

Und was soll man davon sagen, was aus Anlaß der Entfernung der Geistlichen von den Ämtern und des Verbotes, in den Versammlungen zu reden, das Volk denken wird, was Kleinnützte darüber urteilen werden, welche inmitten schwerer Verhältnisse um ihre bedrohte Nationalität schwer zu kämpfen haben, in den Grenzgegenden, wo der Andrang des Deutsch-

\*) Siehe über die Entstehung dieses Rundschreibens Seite 330 dieser Nummer.



tums unerhörte Gestalt und Umfang annimmt? Soll dies alles eine Kleinigkeit sein, soll dem allen gegenüber der Strazverein nicht empfindlich sein?

Eigentlich muß also jene Einmütigkeit und jenes Kompromissehnmieden im Schoße des Hauptvorstandes des Strazvereins angesichts des erzbischöflichen Rundschreibens berühren.

Aus Nr. 41 des Wielkopolanin (Posen)

vom 21. Februar 1906:

### **Drohung.**

Wir erhielten nachstehenden Brief, den wir zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Lieber Wielkopolanin! Ich habe dich schon seit vielen Jahren abonniert und dich manchmal mit Erfolg empfohlen. Aber in letzter Zeit gefälltst du mir nicht. Der Druck hat sich verschlechtert, und dazu hast du, obgleich du die Verhältnisse der hiesigen Parochie nicht kennst, in Nummer 35 ganz unnötigerweise meine Person angegriffen. Dafür nehme ich vom 1. April ab für immer von dir Abschied. Leb wohl! Daraus geht auch hervor, wie nötig die Agitation für den Przewodnik Katolicki ist. Ich hoffe, daß ich dich aus meiner Parochie völlig ausrotten werde. Es wird dir, lieber Wielkopolanin, nicht gelingen, in der hiesigen Parochie das Unkraut der Zwietracht zu jäen.

Es drückt dir die Bruderhand dein einstiger Freund  
Pfarrer Stanislaus Klement.

Illgen, den 18. Februar 1906.

Obiges geben wir als Warnung für unsere Abonnenten wieder. Die Bemerkung betreffend die Verschlechterung des Druckes ist ganz unbegründet. Wir drucken nämlich mit Lettern, die wir am 1. Januar d. Js. bezogen haben. Im übrigen macht obige Drohung auf uns keinen Eindruck.

\* \* \*

Hierzu schreibt der Wielkopolanin in Nr. 42

vom 22. Februar 1906:

### **Weshalb droht uns Propst Klement?**

Nun, wir hatten in Nr. 35 unseres Blattes unter „Mitteilungen aus Nah und Fern“ nachstehende Nachricht gebracht: Graustadt. In Illgen war auf dem katolischen Volksunterhaltungsabend der Ortspfarrer anwesend. Solche Abende sind überwiegend protestantisch. Soweit jene Nachricht. Wegen dieser Bemerkung war Propst Klement beleidigt und er drohte, er werde uns ausrotten, wo er könne, dagegen für den Przewodnik Katolicki agitieren. Das möge der Herr Propst tun, das ist seine Privatsache. Wir haben bisher uns vor keiner gegen uns gerichteten Agitation gefürchtet, und solche Drohungen, wie die des Propstes Klement, werden uns nicht davon abhalten, die Wahrheit zu schreiben.

Wahr ist es aber, daß diese genannten Volksunterhaltungsabende von den preußischen Behörden als eines der Mittel angesehen werden, in unseren seit ewigen Zeiten polnischen Landesteilen deutsche Kultur zu verbreiten.

Die preußische Regierung will bei uns deutsche Kultur ausbreiten. Darauf antworten wir, daß dies ganz überflüssig ist, denn wir haben unsere uralte polnische Kultur, die an Kraft und an Länge ihres Bestehens die preußisch-deutsche Kultur überragt. Unsere Kultur hat sich historisches Recht erworben, und sie hat uns allen das Mal aufgedrückt, das uns von den Deutschen unterscheidet. Wir erfüllen unsere Pflichten gegenüber dem Staate, aber der Eigenart, die uns

unsere heimische Kultur gibt, wollen wir ebenfalls Treue bewahren. Diese unsere Kultur hat sich durch ihre Herrlichkeit und durch den Segen ihrer Tätigkeit eine hervorragende Stellung unter den anderen europäischen Kulturvölkern errungen, und darum werden wir sie verteidigen bis zum letzten Atemzuge. Diese Kultur hat unsern Glauben Samogitien und Litauen erobert, — diese Kultur hat das Kreuz und die Aufklärung in die preußischen Lande getragen, — diese Kultur war die Fackel, welche die Finsternis des slawischen Ostens erleuchtete.

Unserer Kultur können wir uns rühmen, und wir haben keinen Anlaß, eine andere anzunehmen.

Wir können mithin der Tätigkeit dieser germanischen Volksunterhaltungsabende keine Anerkennung spenden, und wir können ferner nicht anerkennen, daß ein Propst, der in seiner Parochie polnische Schächten hat, an diesen Abenden teilnehme, umsomehr, als er weiß, welches deren Bestrebungen sind. Außerdem sollte er wissen, daß jene Volksunterhaltungsabende stark von protestantischem Geist durchweht sind. Propst Klement mag sich über uns ärgern, er mag in seiner Parochie über uns wettern, — wir werden dessen ungeachtet unsere Leser und Freunde vor diesen Volksunterhaltungsabenden warnen und aufklären, welche Zwecke sie im Auge haben.

Aus Nr. 40 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 20. Februar 1906:

### **Die Simultanschule in Masłowo, Kreis Schrimm.**

Anfangs existierten in Masłowo zwei Schulen, eine katholische und eine evangelische. Vor 30 Jahren hat die Regierung, ungeachtet des Protestes seitens des katholischen Schulvorstandes, diese beiden in eine Simultanschule mit zwei Lehrerstellen, für einen katholischen und einen evangelischen Lehrer, vereint. Der damalige Schulvorstand hat alle Mittel und Wege erschöpft, um dem vorzubeugen: er protestierte bei der Regierung, dann bei dem Regierungs-Präsidenten, schließlich sandte er eine Petition an den Minister ein, doch alles vergeblich; er hat das erwünschte Resultat nicht erzielt, als dies dem unvergeßlichen Abgeordneten Kantak vorgelegt wurde. Die einmal umgewandelte und behördlich als simultan erklärte Schule hat ihren Charakter bis heutigentags beibehalten und sie führt den Namen einer „paritätischen“. Es genügt, auf die letzten sechs Jahre zurückzublicken, um sich zu überzeugen, daß sie diese Benennung a paritate mit demselben Rechte führt, wie lucus a non lucendo. Es besuchen gegenwärtig die Schule 150 katholische und 10 evangelische Kinder (einschließlich der Kinder des Lehrers). Die erste nutzbringendere Stelle ist natürlich durch einen evangelischen Lehrer besetzt; er hat etwa vier Morgen Land, einen schönen Gemüsegarten, einen Obstgarten und obendrein die Postagentur. Der katholische Lehrer steht unter Kontrolle seines Kollegen auf dem zweiten Plane; ihm gehört ein Garten, der nicht ganz einen Morgen Lehmboden umfaßt. Wenn wir dies berücksichtigen, so darf es niemanden Wunder nehmen, daß die Stelle des ersten Lehrers immer besetzt ist, dagegen ist der katholische Lehrer ein Zugvogel, der den Platz nicht warm macht. Seit dem 1. Oktober 1899 bis 5. Januar 1901 war die Stelle des katholischen Lehrers unbesetzt.

Eine zweimalige Petition an die Regierung blieb ohne Erfolg; erst auf ein an das Ministerium gerichtetes Gesuch ist ein Lehrer erschienen, er blieb aber nur vom 5. Januar 1901 bis 1. Mai 1902. Nach seinem Abgange ging auch der evangelische Lehrer fort und



beide Stellen waren also unbefetzt. Man durfte annehmen, daß, ex causa paritatis, die vorteilhaftere Stelle nun ein Katholik erhalten werde. Auch der Schulvorstand, durch traurige Erfahrungen belehrt, zog den sicheren Weg vor und sandte ein Schreiben an die Regierung, in welchem er im Namen der Gerechtigkeit den Antrag stellte, diesmal die erste Stelle durch einen Katholiken zu besetzen. Nun, und welche Folge hatte die Petition? More antiquo nahm die erste Stelle ein evangelischer, die zweite ein katholischer Lehrer ein. Augencheinlich fühlte sich der Schulvorstand durch eine solche Handlungsweise unangenehm berührt, doch er tröstete sich damit, daß er nur 4 Monate lang auf einen Lehrer zu warten nötig hatte. Diese Freude hat aber nur kurz gedauert, denn der letzte katholische Lehrer hat nur vom 1. Oktober 1902 bis 1. Oktober 1904 seines Amtes gewaltet. Seit dieser Zeit sind beinahe anderthalb Jahre verfloßen und von einem katholischen Lehrer ist nichts zu sehen.

Es ist selbstredend, daß, da der Vorsitzende des Schulvorstandes, der Kreisschulinспекtor, evangelisch ist, auch ein evangelischer Lehrer zur Aufsicht berufen worden ist. Ebenfalls dürfte es die katholischen Kinder weder wundern noch reizen, daß in dem Schulzimmer das Kreuz angebracht ist, welches die Evangelischen bei Beerdigungen verwenden.

Gegenüber einer so offenbaren Vernachlässigung der Katholiken und Begünstigung der Evangelischen müßte man annehmen, daß die Evangelischen eine gute Fürsorge genießen? Doch die Regierung ist anderer Ansicht, denn sie sagt sich: die Simultanschulen sind gut für die Katholiken und insbesondere für die Polen, aber nicht für evangelische Deutsche. So sind denn auch im Laufe der letzten sechs Jahre die evangelischen Kinder aus Nowiec aus der Maslower Schule ausgeschlossen (die katholischen sind selbstredend behalten worden) und die Väter von der Schulsteuer für die Maslower Schule befreit worden, und es wurde in Nowiec eine neue evangelische Schule gegründet. Ähnlich wurde mit den evangelischen Kindern aus Trembinet verfahren, die der evangelischen Schule in Dolzig zugeteilt worden sind. Indessen zahlen die katholischen Polen immer größere Steuern, doch darin ist nichts wunderbares, da dies ihre Pflicht ist.

Das ist das traurige Bild nur einer Simultanschule; diese haben sich aber in letzter Zeit im Großherzogtum unjählich vermehrt. Ich habe die bedauernswerte Geschichte unserer Schule geschildert in der Hoffnung, daß sich so manchem die Augen öffnen werden, und es muß doch jedermann gestehen, daß die Simultanschulen nur eine Erfindung zur Protestantisierung unserer katholischen Kinder sind.

Pfarrer Nowicki.

Aus Nr. 34 des Lech (Gnesen)

vom 13. Februar 1906:

Zydowo, im Februar 1906.

Es wird immer schlimmer mit unseren Kindern in der Schule. In der vorigen Woche begann in der hiesigen Schule der erste Lehrer, Herr Kaczmarowski, ein Pole, in der II. Klasse mit den Kindern deutsch zu beten, was bis jetzt nicht dagewesen ist. Wir Eltern haben uns deswegen bei ihm beklagt und ihn gefragt, wer solches angeordnet habe. Bis jetzt sind wir ohne Antwort. Am Freitag sollten die Kinder dies Gebet schon können. Manche haben es infolge des Verbots ihrer Eltern nicht gelernt, und dafür strafte sie Herr Kaczmarowski. Weil sich die Eltern weigern, deutsche Gebetbücher zu

kaufen, schreibt der Lehrer das ganze Gebet deutsch auf die Tafel, und die Kinder müssen es abschreiben.

Was sagt die geistliche Behörde dazu, die sich doch um die Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache zu bekümmern hat?

Aus Nr. 58 des Komar (Posen)

vom Januar 1906:

### Eine edle Denunziation.

Man teilt uns aus Amerika mit, daß dort die Yankee's nun anfangen sollen, ihre Kinder mit der preußischen Schule zu schrecken.

Warte — droht die Mutter — wenn du nicht artig bist, so schicke ich dich nach Breschen. — Und es kam vor, daß das Kind schon auf die Erwähnung der preußischen Kultur aus lauter Furcht das Zittern bekam. Ähnlich soll es in England, Italien, der Schweiz und in Frankreich sein. Es genügt zu rufen: „ein preußischer Lehrer kommt!“ und es wirkt besser als jede andere Drohung.

Das darf man nicht gestatten! Wie? man soll mit dem Preußen wie mit einem Teufel Kinder schrecken? Das ist schon zuviel! Man muß unbedingt die Welt zum Lieben zwingen.

Aus Nr. 23 des Przyjaciół Ludu (Posen)

vom 22. Februar 1906:

### Aus der Parochie Wiri.

Vergebens warte ich darauf, daß jemand die Verhältnisse unserer Parochie beschreibt. Das verflossene Jahr 1905 war für unsere Parochie ein sehr unangenehmes und voll Bitterkeit, denn unsere Parochie hat sogar drei Landschacherer aufzuweisen gehabt. Der erste war Herr Josefek, der an die Landbank 400 Morgen verschachtete. Der zweite Landschacherer ist Redzierski aus Wirti, der sein Gut ebenfalls in deutsche Hände verschachtete, welches dann die Landbank erhalten wird. Der dritte Landschacherer ist Herr St. Dolata aus Zabikowo. Dieser letztere ist ein Taler-Patriot, welcher in der Strazversammlung in Wilda aus vollem Halse geschrien hat, er werde, und wenn seine Kinder in Erdböhlen wohnen müßten, sein Land nicht verschachern, indessen hat er nach 14 Tagen 50 Morgen Land in jüdische Hände verschachert, die dann an die Landbank übergehen werden. Derselbe Herr Dolata, der vor zwei Jahren in Luban einen Sokol-Verein gründen wollte, ist also heute Landschacherer geworden, ungeachtet dessen, daß er auf seinem Kopfe eine „rogatka“ (viereckige Mütze) trug, und heute ist Herr D. noch immer Mitglied des „Kolo Spiwackie“ (Gesangvereins) in Zabikowo. Ich wundere mich sehr, daß der Vorstand des „Kolo Spiwackie“ diesen Menschen aus seiner Mitte nicht hinauswirft. Ein solcher Mensch dürfte keinen Platz in einem Verein haben, er ist aber sogar Mitglied des „Straz-Vereins“. Alle wundern sich sehr darüber, daß man einen solchen Landschacherer in seiner Mitte leidet, denn unsere Blätter erlassen Mahnrufe, daß man solche Verräter und Landschacherer meiden solle, indessen wird er aber behandelt, als wenn er etwas Gutes getan hätte. Nicht genug, daß Herr Josefek seine Wirtschaft verschachert hat und auf deren Boden Häuser für deutsche Kolonisten wie Pilze nach dem Regen emporschießen, da kommt Herr Josefek noch Herr Dolata zu Hilfe, denn auch er hat dazu beigetragen, daß auf seinem Lande Häuser für Kolonisten



gebaut werden. Wem hat er Unrecht zugefügt? Erstens der Kirche und zweitens uns Arbeitern, denn wenn erst deutsche Kolonisten hier zusammenkriechen, werden wir gezwungen sein, nach dem Westen zu ziehen. Herr Dolata hat es nicht nötig gehabt, sein Land zu verschachern, denn die polnische Bank wollte ihm zu Hilfe kommen, sie wollte ihm 20.000 Mark zur Abzahlung seiner Schulden leihen, doch wollte sich die Bank mit 5000 Mk. sichern, damit Herr D nicht in deutsche Hände verkaufe, indessen hat dieser die Hilfe ausgeschlagen, und er wurde zum Verräter und Landverschacherer. Er ist sogar noch stolz darauf, denn wenn jemand aus seiner Umgebung aufmerksam machte, daß die Zeitungen darüber schreiben werden, so sagte er, daß er sich nichts daraus machen werde. Soviel für heute, später werde ich mehr mitteilen.

Der Landschacherer D. besitzt noch 30 Morgen Land und prahlt damit, daß ihm die Ansiedelungskommission bereits einen hohen Preis dafür geboten habe, und er macht gar kein Geheimnis daraus, daß er gewillt sei, den Rest des väterlichen Erbgutes in feindliche Hände zu verschachern.

Immer ein Pole.

Aus Nr. 43 der Gazeta Polska (Kosten)  
vom 23. Februar 1906.

Kosten, 22. Februar 1906.

Der loyale Teil der polnischen Kaufleute und Industriellen in Kosten wird wiederum schöne Gelegenheiten haben, seine „treuen Untertanenschaftsgefühle“ für das Herrscherhaus zu bekunden. Am nächsten Dienstag begeht das Kaiserpaar das Fest der silbernen Hochzeit, welche das „urdeutsche“ Kosten durch einen Umzug festlich begehen wird. Dieser Umzug setzt sich vom Schützenplatze aus um 7 Uhr abends in Bewegung. Lange wird die Parade nicht dauern, denn um 8 Uhr findet schon wieder ein anderer Jubel in „Gesellschaftshäusern“ statt. Im amtlichen Kreisblatte fordert der Herr Landrat im Namen des Festkomitees zur Dekorierung der Häuser mit Fahnen und zur Illumination auf.

Wir sind sehr neugierig, wer sich von den Polen diesmal dem Wunsche des Herrn Landrats und dem des deutschen Komitees, an dessen Spitze der Herr Landrat steht, anpassen wird!

Aus Nr. 48 der Gazeta Polska (Kosten)  
vom 1. März 1906:

Zu der in Kosten aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars veranstalteten Illumination bemerkt die Gazeta Polska:

Daß die Deutschen und Juden gestern illuminiert haben, wie man das von loyalen und treuen Untertanen erwartet, ließ uns weder warm noch kalt; warum aber diesen auch manche Polen, sei es aus Dankbarkeit für die preussischen „Wohltaten“, sei es aus anderen Gründen, dem Beispiele der deutschen Patrioten gefolgt sind, dafür können wir keine treffende Antwort finden. Im allgemeinen aber ist, was wir mit Freude hervorheben, die Zahl der illuminierten Polen im Vergleich zur Kaisergeburtstagsfeier erheblich zurückgegangen! Kratau ist nicht an einem Tage erbaut, auch Kosten kann nicht mit einem Male in die Reihen der freien Städte treten, welche von Polen zweifacher Gesinnung bewohnt werden. Nachstehend veröffentlichen

wir die Namen aller derjenigen polnischen Firmen, welche den getreuen Deutschen nicht nachstehen konnten bzw. wollten.

Es haben im Zentrum der Stadt bzw. am Markte illuminiert die Herren: Ratajczak, Schuhmachermeister; Sieminski, Restaurateur; Jurkiewicz, St. Nowicki, Fleischermeister; Hofmanski, Korbmacher; M. Wittig, Drogist; G. Laurentowski, Mehlmändler; Prusinski, Hotelier;

in der Posener Straße: Herr Wrybowski, Drogist;

in der Madaystraße die Herren: Anton Terzyk, Fleischermeister; Lurc, Hotelier;

in der Breslauerstraße: die Herrschaft Szymbrowski in der Privatwohnung und die Herren Wdowicki und Jeroszkiewicz, Fleischer; Jarczewski und Kostanski, Kolonialwarenhändler; Tomaszewski (Kleiner Bazar) und das Hotel „Wiktoria“;

am Schützenplatze: Herr L. Rubacki, Kolonialwarenhändler und das Schützenhaus.

Wer von den Polen in dieser Liste ausgelassen sein sollte, den wollen wir gerne veröffentlichen, wir bitten um Mitteilung; wir wollen den Vor- und Familiennamen auf Wunsch durch Fettdruck hervorheben. Absichtlich haben wir keine illuminierte polnische Firma ausgelassen, denn wir machen von der Regel keine Ausnahme. Unserseits geben wir zu, daß neben den Firmen, welche sich die Illumination dreist hätten sparen können, auch solche figurieren, die mit Rücksicht auf Konsense und verschiedene Lieferungen für deutsche Anstalten zur Illumination gewissermaßen gezwungen waren.

Aus Nr. 38 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)  
vom 17. Februar 1906:

Aus Tremessen wird uns mitgeteilt, daß der Vorsitzende des dortigen Landwehrvereins, Herr Richter H., die Vorsitzenden sämtlicher deutschen und polnischen Vereine mit Ausnahme des Sokolvereins angefragt habe, ob die betreffenden Vereine an einer aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars zu veranstaltenden Festlichkeit sich beteiligen würden. Von polnischer Seite haben zwei Vereine in sehr loyaler Weise ihre Teilnahme zugesagt.

Wir wollen niemandem das Vergnügen stören, aber hier erscheint es uns mindestens wunderbar. Denn wie kann man einige frohe Stunden verleben im Kreise derer, die uns auf jedem Schritt bekämpfen? Man darf auch nicht vergessen, daß wir heute von allen Deutschen und Juden gehaßt werden, indem sie immer wieder neue Ausnahmegesetze gegen uns schmieden, als wären wir Verbrecher.

Für unsere polnischen Vereine gibt es also keinen Platz inmitten feiernder Deutscher, es sei denn, daß sie auf ihre nationale Ehre und Würde verzichten, und wenn sie sich den Wünschen der Hakatisten fügen, dann haben sie kein Recht mehr, sich zum Polentum zu bekennen.

Wenn sich bei uns die Verhältnisse so gestaltet haben, daß wir bei derartigen Festlichkeiten mit den Deutschen nicht zusammen sein können, so ist daran lediglich der preussische Hakatismus schuld, der diese Kluft zwischen den beiden Nationalitäten geschaffen hat.

Es gibt noch einen Grund dafür, weshalb wir uns in solchen Fällen mit den Deutschen nicht vergnügen können. Die Vergangenheit hat uns zu der Überzeugung gebracht, daß dergleichen Feste für so manchen von uns eine schwere Prüfung bedeutet haben und daß so mancher es schon bedauert hat, sie besucht



zu haben. Wir Polen als die preußischen Bürger II. Klasse haben gar keine Ursache, uns in Preußen zu freuen, und wenn wir uns unter uns vergnügen, dann geschieht es nur deshalb, damit der eine den Geist des anderen aufrichtet, denn es geht auf der großpolnischen Erde, wo wir unter preußischen Ausnahme-gesetzen leben müssen, gar traurig zu.

Wir raten daher unseren Lesern, der nationalen Würde und der durch die preußische Verfolgung verletzten Gefühle eingedenk zu sein, solchen Festlichkeiten fern zu bleiben und sich vor den Satiristen nicht zu erniedrigen, denn auch der Feind hat für die Unglücklichen Achtung, für die Nichtswürdigen aber Verachtung.

Aus Nr. 8 der Praca (Posen)

vom 25. Februar 1906:

Mit Bezug auf das Jubiläum im Kaiserhause schreibt die Praca:

Wir Polen werden und dürfen an diesen Feierlichkeiten keinen Anteil nehmen, um so weniger, als zur Zeit aus der Versammlung des „Kronrats“, an der unter Vorsitz des Königs alle Minister teilnahmen, zu uns drohende Nachrichten über neue Mittel und Wege einer antipolnischen Politik durchdringen. Es handelte sich diesmal im „Kronrat“ laut Gerüchten aus Abgeordneten-Kreisen darum, die Fonds der Ansiedelungskommission die zur Reize gehen, zu erhöhen.

Die bedrückte Stimmung unter uns aus diesem Anlaß vermögen die Nachrichten von einer Amnestie, die am Tage der silbernen Hochzeit des Kaisers veröffentlicht werden soll, nicht zu verwischen. Diese Amnestie soll sich auf Gefängnis- oder Arreststrafen bis zu 6 Wochen und auf Geldstrafen bis 150 Mark erstrecken.

Aus Nr. 44 des Postep (Posen)

vom 24. Februar 1906.

Erin, den 20. Februar.

Man hat hier beschlossen, das Fest der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares recht feierlich zu begehen. Es wird vielleicht mancher jagen: Mögen es doch die Deutschen feiern, was geht das uns an. Recht so! Doch bitte ich nur hören zu wollen, was hier vorgeht. Also am Sonntag wurde eine Versammlung des Industrie-Vereins einberufen und hier wurde beschlossen, an dem feierlichen Fackelzuge teilzunehmen. Ein polnischer Verein wird in Gemeinschaft mit deutschen Vereinen, wie der „Kriegerverein“ und andere, gehen. Doch dies ist noch nicht alles. Der oben erwähnte Verein hat noch 10 Mark für Fackeln und die Musik bewilligt. Begreifen denn die Polen in Erin unsere traurige Lage nicht, wenn sie überhaupt noch ein Anrecht auf den Namen Polen haben? Wäre es nicht besser gewesen, diese 10 Mark für Volksbibliotheken oder zu irgend einem anderen nationalen Zwecke zu opfern und nicht zu „fackeln“? (Fackeln). Leider sind wir Polen immer unverbesserlich. Wann werden wir zur Besinnung kommen? Werden wir noch zu wenig bedrückt, daß wir ihnen noch Loyalität und unsere treue Untertanenschaft beweisen müssen?

Aus Nr. 45 des Dziennik Poznanski (Posen)

vom 25. Februar 1906:

Schildberg.

Das Gut Zalesie bei Doruchow im Kreise Schildberg in einer Größe von etwa 900 Morgen ist zum

Zwangsverkauf ausgebaut. Subhastations-Termin ist der 2. Mai. Angesichts des großen Landverlustes, den wir in letzter Zeit erlitten haben, darf die polnische Volksgesamtheit diese Nachricht nicht gleichgültig aufnehmen, sie muß sich darum bemühen, daß wenigstens jetzt Zalesie nicht in deutsche Hände übergeht. Koto-wiecko Mielzyn und so und so viel andere haben wir in letzter Zeit verloren, ungeachtet unserer Losung, die so oft und immer in Vereinen, Versammlungen und Gesellschaften ausgesprochen wird: „Nicht eine Spanne Landes geben wir freiwillig ab.“ Geben wir uns Mühe, daß auch Zalesie, welches so viele polnische Geschlechter ernährt und erhalten hat, in Zukunft unser bleibt. Denn sonst könnten ja schließlich unsere Feinde unsere Losung verhöhnen, daß wir sie nur im Munde, also theoretisch besitzen, ohne praktischen Nutzen, da wir nicht wollen oder nicht können uns zu einer einigermaßen größeren Aufopferung für unsere nationalen Ideen emporzuschwingen! Unser gegenwärtiges Hauptideal ist doch die Rettung des Landes, denn Polen ist so groß, als sich Land in polnischen Händen befindet! Ich appelliere also an das Volk!

Aus Nr. 44 des Wielkopolanin (Posen),

vom 24. Februar 1906:

Neu-Aramzig, d. 19. Februar 1906.

Ich teile euch ein erfreuliches Ereignis mit:

Nach der Ernte parzellierte der Jude E. aus Schwiebus im hiesigen Dorfe das Gut des Herrn R., eines Deutschen. Er parzellierte etwa 700 Morgen unter lauter Polen. Das Restgut hat Herr R. für sich behalten. Die Auflassung erfolgte am 16. d. Mts.

Dies war ein schwerer Kauf ohne jegliche Ernte und Saat, dabei ein so hoher Preis. Es machte einen schmerzlichen Eindruck, als die Leute, namentlich die Weiber der auf Arbeit weilenden Arbeiter, von Trauer erfüllt, sich vom Kauf zurückzogen. Der Jude, der in der Hand Verzeichnisse, ein Telegramm und einen Brief vom Landrat hielt, welcher aufforderte, den Polen nicht zu verkaufen, ließ von dem Preise nichts nach und sagte: „Kauft ihr heute nicht, wird morgen ein anderer kaufen, die Ansiedelungskommission hat die Vorhand.“ Die Furcht vor den Schwaben, der hohe Preis, die Möglichkeit, solch ein schönes Stück Land zu retten — dies alles beschäftigte die Herzen und Gemüter. Da mit einem mal meldete sich jemand: „Entweder heute oder niemals! Denn wenn wir heute nicht teuer kaufen (denn billig ist nur für andere), so werden wir es später für einen höheren Preis nicht bekommen!“ Hierauf kam ein gewisser Mut in das Volk, und mit den Worten: „Wir werden mehr arbeiten, mehr sparen und übrigens wird Gott helfen,“ — wurde gekauft und durchschnittlich 375 Mk. gezahlt, wobei man sich tröstete, daß man es jedenfalls später nicht bedauern werde, aber das Land, das so nahe an der Kirche liegt, werde man nicht erlauben sich zu entreißen. Am meisten haben hierzu Arbeiter und einige Landwirte beigetragen.

Eine schmerzliche Tatsache ist es, daß, während man so um das Land kämpfte, alle von einem Landwirte Dummköpfe genannt wurden, indem er sagte: „Wenn ihr schon so sehr dieses Land begehrt, so werde ich euch billiger verkaufen.“ Ich will noch hinzufügen, daß eben dieser Herr durch einflußreiche Personen oft zu verschiedenen Ehrenämtern in Vorschlag gebracht wird.

Euer.



## Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 21 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 17. Februar 1906:

### Noch etwas über das „geheime“ Rundschreiben des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs.

Schon zweimal hat der Pielgrzym in Sachen des geheimen Rundschreibens des Herrn Erzbischofs v. Stabilewski in Posen das Wort ergriffen, das den Geistlichen der ungeheuer großen Diözese Gnesen—Posen die Zugehörigkeit zum Verein „Straz“ verbietet. — Daß ein solches an tausend Geistliche erlassene Rundschreiben nicht „geheim“ bleiben konnte, das liegt klar auf der Hand — und es ist gewiß gar nicht mal gut, daß eine Verfügung von solcher Bedeutung als geheime Verfügung erlassen worden ist, denn „geheim“ konnte sie nicht bleiben, und eine solche „geheime“ Verfügung muß schon an sich sehr merkwürdig erscheinen. Darum erheben sich auch die Stimmen immer leidenschaftlicher dagegen und nehmen ihr jedwede Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Erzbischof dieses Rundschreiben an seine Geistlichkeit nicht gerne erlassen hat, oder etwa aus eigenem Antriebe, sondern er ist durch die Regierung dazu gezwungen worden. Wie viele Seufzer der Brust des Erzherzten entstiegen sind, vielleicht sind auch Tränen geflossen, ehe er seine Unterschrift vollzogen hat, weiß nur der, der die Seufzer der Gequälten hört und versteht und der die Tränen der Bedrückten zählt. Der Regierung wird es gewiß nicht leicht geworden sein, den Herrn Erzbischof zum Erlassen eines solchen Rundschreibens zu zwingen; man erzählt, daß der Herr Erzbischof dafür von der Regierung gefordert habe, sie solle den Pastoren den Austritt aus dem Hakatistenverein anbefehlen; er soll sogar ähnliches auch von den Beamten im Großherzogtum gesagt haben — aber vielleicht sind das nur Redereien und falsche Vermutungen. Abgesehen davon —, aber soviel steht fest, daß nur ein drohender Druck, und zwar der schlimmsten Art, den Herrn Erzbischof gezwungen hat, dieses unglückliche Rundschreiben zu erlassen.

Ich schreibe ausdrücklich „unglückliches Rundschreiben“, denn in unserm ganzen Polen wird es von niemandem anerkannt, und umsoweniger erklärt sich jemand damit einverstanden, im Gegenteil, es hat einen Entrüstungssturm und Murren hervorgerufen. Dieser Zwang der Regierung lehrt uns also, daß ihr der „Strazverein“ sehr unbequem ist, weil er die Pläne der Hakatisten aufhalten und durchkreuzen kann, und vielleicht auch die Pläne der Regierung; deshalb erscheint er der Regierung gefährlich — doch wir müssen anerkennen, daß der „Strazverein“ gut, heilsam und notwendig ist. Wenn man das Rundschreiben des Herrn Erzbischofs von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, kann man ihm keinesfalls eine Berechtigung zugestehen. Auch der Herr Erzbischof muß die bürgerlichen Rechte seiner geistlichen Brüder anerkennen, und er anerkennt sie auch; und wenn er sie anerkennt, dann gibt es keinen anderen Ausweg, dann muß er ihnen — ob er will oder nicht — die Zugehörigkeit zu Vereinen gestatten, die ihnen überhaupt gefallen, wenn sie sich nur nicht gegen die Lehre der Kirche richten. Darum bittet auch der Herr Erzbischof gewissermaßen und wünscht es, daß die Geistlichen im „Strazverein“ leitende Stellen nicht übernehmen. Die Zugehörigkeit zum „Strazverein“ direkt zu verbieten, dazu hat der Herr Erzbischof keineswegs das Recht, und ein solcher Befehl braucht die Geistlichen der Erzdiözese durchaus nicht zu verpflichten. Stellen wir

uns mal z. B. folgenden Fall vor: Herr Propst P. in G. ist Starost des „Strazvereins.“ Er wird nach Posen zitiert, um sich dem Herrn Erzbischof gegenüber zu verantworten. Auf die Frage des Herrn Erzbischofs antwortet jener Propst folgendermaßen: Meine Pfarodie ist durch den Ankauf von Vorwerken und Gütern von seiten der Ansiedelungskommission so zusammengeschmumpft, daß sie kaum  $\frac{1}{3}$  des früheren Seelenbestandes hat, und das, was verblieben ist, ist Armut und Elend. Die Kirche muß durchaus repariert werden, im Dache sind Löcher, der Turm knistert verdächtig, die Propstei ist vollständig verwahrlost, die Dächer auf den Scheunen und Ställen sind eingestürzt und das Organistenhaus muß mit Pfählen gestützt werden, damit es nicht einstürzt. Wäre der „Strazverein“ zugleich mit dem Hakatismus gegründet worden, dann würden vielleicht noch alle Besitzer auf ihren Gütern sitzen, die Wirte würden noch ihre Äcker pflügen, und niemals würde diese Armut und dieser Niedergang bei uns eingetreten sein. Ich habe schon so oft bei der Regierung, die durch den Ankauf des Patronatsgutes Patron geworden ist, beantragt, daß sie die Gebäude reparieren möchte, — und immer habe ich zur Antwort erhalten: bringet euren Teil zusammen, dann werden wir uns mit der Reparatur einverstanden erklären. Woher soll ich nun soviel Geld hernehmen? Als ich eine Aufstellung machte, wonach meine Armen 60 Prozent aufzubringen hatten, hat sich die Regierung damit nicht einverstanden erklärt, obwohl ich aus eigener Tasche 1500 Mark geben wollte — also, was soll ich jetzt tun? Meine Pflicht und Schuldigkeit ist es, mich um die Erhaltung des Restes der Parochianen zu bemühen, und weil mir der „Strazverein“ hierbei hilft, gehöre ich ihm an und ich werde ihm angehören, weil es für mich eine Lebensfrage ist; anderenfalls wäre die Existenzfrage der Pfarodie bedroht. — Was könnte ihm der Herr Erzbischof darauf erwidern? Nichts! Wenn er zufällig bei Gelde ist, möge er ihm 3000 Mark zu Reparaturen geben und ihm sagen: Gehe mit Gott, — das ist so selbstverständlich, daß es garnicht anders sein kann. — Ein anderer zitierter Propst und Mitglied oder gar Starost des „Strazvereins“ würde folgendes sagen: Nach dem Tode des Vaters teilten die Brüder das väterliche Gut in drei Teile, ohne Gericht und ohne viel Lärm, wie es guten Katholiken zukam; für den Hund haben sie eine Bude zusammengeschlagen, für die Schweine haben sie einen Stall errichtet, aber für sich können sie keine Hütte erbauen, weil der Regierungspräsident ihnen die Genehmigung dazu verweigert.

Also wir Katholiken und Polen stehen in den Augen der Regierung viel niedriger als die Tiere, denn für sie darf ein Zufluchtsort gebaut werden, aber für uns nicht; verfaule im Regen, friere im Frost, mögen deine Kinder umkommen, mögen dich Krankheiten quälen — was geht das uns an, es gibt ein Gesetz, und dieses Gesetz gestattet, den Bau (von Wohnhäusern) zu beschränken; lebe schlechter als der Hund und das Schwein! Celsissime, angesichts solcher Gesetze, da quillt das Blut in den Adern, da empört sich das Herz. Die Franzosen sagen: wenn ich weiß, daß irgend ein Gesetz zu Unrecht besteht, so habe ich die Pflicht, dagegen so lange anzukämpfen, bis es aufgehoben wird, denn anders wäre ich ein Lump! Und aus dem Grunde gehöre ich dem „Strazverein“ an, denn er bekämpft zusammen mit mir die uns zugefügten Ungerechtigkeiten, und ich erblicke in dem Auftreten in den Strazversammlungen nichts, was die Priesterwürde schmälern könnte. — Wird der Herr Erzbischof diesen von Schmerz ergriffenen Priester



vielleicht scheitern? Gewiß nicht! Er wird sich vielleicht umdrehen, um die Tränen zu trocknen, die ihm die Nührung mit Gewalt aus den Augen gepreßt hat, er wird wehmütig seufzen und sagen: Wohlan, geh schon, gehe mit Gott, denn hier ist weder der Ort noch eine Ursache zum Tadel, noch zur Drohung mit Exkommunikation, denn hinter dem armen Propst steht das ewige Recht, und das heißt: Gerechtigkeit; und angesichts dieses Rechts muß jeder, der nicht jeden Gefühls bar ist, schweigen, und er wagt es nicht, ein solches Verhalten zu tadeln. — Und in dieser oder noch schlimmeren Weise würden der größte Teil, ja alle Geistlichen sich verantworten, und was soll ihnen erwidert werden, da das Recht auf dieser Seite steht?

Und darum wäre es zweifellos hundertmal besser gewesen, wenn dieses „geheime“ Verbotsrundsreiben nie und nimmer ergangen wäre, denn sonst hätte es nicht dieses Murren und diese Entrüstung hervorgerufen, wie sie heute herrschen — **und andererseits braucht es von seiten der Geistlichkeit nicht befolgt zu werden, denn es ist wer weiß durch welche Drohungen vielleicht sogar erzwungen worden; und zur Befolgung einer solchen erzwungenen Anordnung ist niemand verpflichtet.**

Es ist nur schade, daß hier nicht der Herr Erzbischof mit voller Energie aufgetreten ist und gesagt hat: ich tue das nicht, denn es wird erfolglos sein und mein Ansehen sowie meine Würde schmälern. Schade, daß es nicht so gekommen ist, denn wer erst einmal den Weg der Konzessionen betreten hat, der rollt wer weiß wie tief herunter, — wer weiß, ob er irgend einmal Stand hält. Daß die Lage des Herrn Erzbischofs außerordentlich schwierig ist, das begreift jeder, aber unsere Augen sind auf ihn gerichtet und fordern Obhut und Schutz von ihm und Aufmunterung dazu, nicht aber, daß er uns davon zurückhält. Fast alle Gnesener Erzbischöfe haben seit der Teilung Polens traurige Zeiten durchlebt, sie haben den bitteren Leidenskelch reichlich gekostet. Der Herr Erzbischof Ignaz Krasiński mußte in Berlin ausharren und ist auch dort gestorben. Hat ihm etwa dieser Aufenthalt so gut gefallen? Ach wo, er war dort gewissermaßen mehr Gefangener. — Sein Nachfolger, Herr Erzbischof Ignaz Raczyński mußte nach den napoleonischen Kriegen aus seiner Gnesener Residenz fliehen; er flüchtete zu seinem Ordensbruder, dem Herrn Bischof Golaszewski in Przemyśl — sie waren nämlich beide Jesuiten — und hier auf dem bischöflichen Gute Brzozowo starb er in der Verbannung, und nach Jahren wurden seine Gebeine in seinem Heimatsorte Obrzyek beigesetzt. Wenn zu Zeiten seiner Nachfolger scheinbar eine größere Ruhe und eine gewisse Freiheit geherrscht hat, so darf man nicht vergessen, daß zu Zeiten der Bischöfe Thymotäus Gorzonski und Teofil Moliński — Fürst Radziwiłł Statthalter des Großherzogtums Posen war, der nach Möglichkeit bemüht war, alle Gewaltakte, Zwangsmaßnahmen und Härten zu meiden. — Dafür wurde der Herr Erzbischof Martin Dunin zur Festungshaft in Kolberg verurteilt — und sein Nachfolger, Herr Erzbischof Leo Przyluski hat es nur seinem zeitigen Tode zu verdanken, daß man ihm nicht einen Administrator mit dem Rechte der Vertretung eingesetzt und ihn beiseite geschoben hat, was schon nahe bevorstand. —

Welches Schicksal den Herrn Kardinal Mieczysław v. Ledochowski ereilt hat, wissen wir alle; er hat zwei Jahre im Ostrower Gefängnis sitzen müssen. Und der geschätzte und durchaus gerechte Herr Erzbischof Julius Dinder ist vor Kummer beinahe gestorben, denn sein gerechtes und offenes Herz konnte den Anblick der Ungerechtigkeit nicht überwinden, welche seine Diözese so vielfach erfahren hatte. — Der gegenwärtige Erz-

bischof gibt bei jedem Schritte nach; wird aber nicht bald irgend eine Forderung der Regierung gestellt werden, der gegenüber er gezwungen sein wird zu sagen: nein! das darf ich nicht tun! — Wer mag es wissen? Und was dann? Wenn sein Leben und seine ganze Gesundheit noch fernerhin erhalten bleiben, dann geht er im Falle eines Zwistes entweder nach Rom und wird Kardinal, oder aber er wird beiseite geschoben, und die Regierung wird die beiden Erzbischöfe mit dem Rechte der Vertretung dem Abt in Monte Cassino anvertrauen! Gebe es Gott, daß das nicht eintritt, **aber seien wir auch hierauf vorbereitet!** In allen Sachen kann nicht nachgegeben werden, einmal muß ein non licet — ich darf nicht — eintreten, und dann ist der Zwist fertig.

Se. Eminenz der Breslauer Herr Bischof Kopp hat in diesen Tagen den Herrn Erzbischof in Posen besucht; ist er nur zum Besuch gekommen? Gewiß nicht! Er ist derjenige, der die „Wünsche“ der Regierung bringt und der sich um ihre Durchführung und Ausführung bemüht. Was hat er dieses Mal gebracht? Es wird erzählt, daß die Posener Akademie in Bälde zu einer Universität umgewandelt werden soll, daß die Kleriker die theologischen Vorlesungen an der Universität besuchen und damit dem Einflusse des Herrn Erzbischofs entzogen werden sollen, daß das Seminar geschlossen werden soll usw. usw. Es ist selbstverständlich, daß das Ammenmärchen sind, aber warum sollte das nicht ausgeführt werden können? Heute ist alles möglich, und diese Visiten Sr. Eminenz des Herrn Kardinals versprechen nichts Gutes. Es ist dies auch ein merkwürdiger Kirchenfürst! Die jüdischen Zeitungen lachen und spotten über ihn, daß er so häufig nach Berlin reist, um wieder und immer wieder die Empfindungen der Untertanentreue, Loyalität und jeglicher Nachgiebigkeit an den Tag zu legen; für sich hat er vielleicht viel erreicht, aber den Katechumenenunterricht in polnischer Sprache hat er für die Kinder seiner Diözese nicht erlangt; und das ist doch gerade die wichtigste Sache. Und wo war dieser Kardinal und dieses Herrenhausmitglied, als vor Jahr und Tag dort ein Antrag gegen uns eingebracht wurde, wonach uns nicht einmal erlaubt ist, ein Wohnhaus auf dem gekauften Acker zu errichten? Der wackere und hochgeschätzte Graf Oppersdorf tat was er konnte, damit dieser Antrag abgelehnt werden sollte; wie schön wäre es gewesen, wenn eine so einflußreiche Person, wie es der Herr Kardinal Kopp ist, seine Diözesanen unterstützt hätte, denn das war doch eine so kirchliche, eine so gerechte Sache, daß jeder, der nicht jeden Gerechtigkeitsgefühls bar ist, sich zu ihrer Verteidigung hätte stellen müssen. — Die Schlesier versichern uns des Wohlwollens des Herrn Kardinals dermaßen — obwohl, was wahr ist, wir es nicht zu erkennen vermögen —, daß er dem hochwürdigsten Herrn Erzbischof in Posen gewiß die Versicherung von oben gebracht hat, — daß der Unterricht der polnischen Sprache und die Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache in allen Unterrichtsanstalten gesichert und daß der Hafatismus zusammengestürzt sei.

Aus Nr. 23 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 22. Februar 1906:

Zempelburg, den 15. Februar.

**(Noch einmal das Viebhabertheater. — Die unverständliche polnische Sprache auf der Kanzel.)**

Nachdem ich eingesehen habe, daß niemand die in Nr. 16 des Pielgrzym (s. Ges.-Ab. Nr. 7, S. 259)



gestellte Frage beantwortet, die das vom lutherischen Liebhabertheater in Zempelburg aufgeführte Stück betrifft, habe ich mich um einen solchen Ankündigungszettel bemüht, der die stolze Aufschrift trägt: „Wohltätigkeitsvorstellung zur Feier des 25 jährigen Stiftungsfestes des Vaterländischen Frauen-Zweigvereins zu Zempelburg am Sonntag, den 21. Januar 1906.“

Das Stück heißt: „Papa hat's erlaubt.“ Schwanck in einem Akt von Moser und Arronge.

Das ist natürlich ein unschuldiges Stück, denn in einem so kleinen Städtchen, wo die Mitspieler nicht nur auf Lutheraner als Zuschauer angewiesen sind, sondern auch auf Juden und Katholiken, kann nur ein unschuldiges Stück gespielt werden, denn unter dem Deckmantel der Unschuld versammelt sich die jüdische und katholische Welt zu lutherischen Germanisationszwecken. Wie verdorben dieses unser neuzeitiges Babylon „Zempelburg“ in seinen Anschauungen ist, ersieht man aus dem Briefe unseres Propstes, des Herrn Propstes Schwanitz, der keine Verirrung darin erblickt, daß sich sein Nefse, der bei dem Herrn Propst auf der Propstei wohnt, an der Unterstützung lutherischer Ziele beteiligt. Ich stelle hiermit die Anfrage an die Leser des Bielgrzys mit der Bitte, dem Bielgrzym innerhalb zweier Wochen freundlichst mitteilen zu wollen, ob in ihren Parochien ähnliche Sachen vorkommen, ob Verwandte der Herren Präpste, die auf der Propstei wohnen, sich als Mitwirkende bei lutherischen Liebhabertheatern beteiligen, und ob die Herren Präpste sie zu dieser Mitwirkung aufmuntern? Wenn ich innerhalb zweier Wochen im Bielgrzym keine Antwort darauf erhalte, dann wird unser Herr Propst Schwanitz mit seinen Anschauungen und mit seinem Verhalten ganz allein auf dem Zensorstuhl in unserer ganzen Diözese sitzen.

Übrigens können sich die Leser aus dem Briefe des Herrn Propstes Schwanitz überzeugen, was für Verhältnisse in unserer Parochie herrschen, wenn ein katholischer Geistlicher so von Dankbarkeit erfüllt ist gegen den lutherischen „Frauenverein“ und deren Schoßkinder, die Diakonissen, deren wir in Zempelburg 4 haben, und die die armen Katholiken unterstützen. Ich meine, daß jeder katholische Geistliche so eifrig wie möglich zu verhindern suchen muß, daß sich die Diakonissen in katholische Familien eindrängen, und hier ist gerade das Umgekehrte der Fall. Ich habe bisher auch noch nicht gehört, daß unser Propst für diese unsere Armen gesorgt haben sollte, und äußersten Falls sind sie darauf angewiesen, von lutherischer Seite Unterstützungen in Anspruch zu nehmen. Man muß im allgemeinen das berücksichtigen und schmerzlich empfinden, denn unser polnisches Volk erfährt nicht diese geistliche Obhut von seiten des Herrn Propstes, wozu es unbestreitbare Rechte hat. — Denn der Herr Propst bereitet die Kinder grundsätzlich nicht in polnischer Sprache zur Beichte vor, und wenn irgend jemand von den härteren und mutigen Naturen um Vorbereitung zu den hl. Sakramenten in polnischer Sprache bittet, dann erfolgt die Antwort: „Na, der versteht ja soviel deutsch“ und basta.

Ferner haben wir hier in Zempelburg das Glück, daß wir immer alte Geistliche zu Präpsten bekommen, die abgearbeitet zu uns kommen und sich schon um die Arbeit in der Parochie nicht kümmern können, so wie sie es wollten und selbst wünschten — weil sie keine Kräfte haben. Solche waren die Herren Präpste Frankke, Mayer und der gegenwärtige Herr Propst.

Die größte Not ist mit den Predigten! Aber ich möchte lieber darüber schweigen, denn wenn es schwer ist, mich zu verstehen, worum es sich eigentlich handelt, so ist ohne Zweifel meine angeborene Dummheit

daran schuld. Früher gab es mehr polnische Predigten, denn es war eine polnische Parochie. Die Zahl der polnischen Predigten hat der Herr Propst Schwanitz herabgesetzt; wir haben uns aber darüber nicht bei der bischöflichen Behörde beklagt, weil wir sie (die Predigten) auch so nicht verstehen. Und außerdem ist es gegenwärtig ganz gleichgültig, ob es von diesen Predigten mehr oder weniger gibt.

Angeichts dessen sagen wir uns schon lange, daß es die höchste Zeit ist, daß unser Herr Propst einen Vikar zur Hilfe bekäme, der sich aufrichtig und mit jungen Kräften der Arbeit in der Parochie für das Wohl der wirklich armen Katholiken annähme.

Und aus diesem Grunde haben wir uns in berechtigter Weise über unsern Herrn Propst zu beklagen, daß er seinem Nefsen erlaubt hat, sich an lutherischen Theateraufführungen zu beteiligen, und ferner, daß er sich nicht um einen Herrn Vikar bemüht, der polnisch spricht, denn er weiß selbst, daß er zu dem Amte eines Seelenhirten zu schwach ist. Hier braucht man dagegen eine doppelte Arbeit und einen doppelten Eifer in unseren Grenzmarken, umso mehr, weil er an unseren lutherischen Pastoren ein Beispiel hat, wie eifrig sie arbeiten und wie eifrig sie um Einführung von Gottesdiensten bemüht sind.

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 24 des Polak (Katowitz)

vom 24. Februar 1906:

### Stimmen der polnischen Presse Oberschlesiens über die bekannte Zentrumserklärung.

Die Erklärung hat wenigstens den einen Vorzug, daß sie offen ist. Wir wissen genau, was das Zentrum erstrebt, und wir werden dementsprechend verfahren. Wir möchten nur die Aufmerksamkeit auf manches Falsche richten, das in derselben enthalten ist. Die Herren Zentrumsleute schreiben, daß die großpolnische Agitation (sie denken dabei an die ganze polnische Bewegung in Oberschlesien) die Losreißung einiger Teile vom preußischen Staate anstrebt. Dieses Argument ist der hafatistischen Schmiede entliehen und vollständig falsch. Wir fragen die Herren Zentrumsleute, wer, wo und wann man den Willen zeigte, einige Teile vom preußischen Staate loszureißen? Worauf stützen sie diesen schweren Vorwurf? Ob darauf, daß wir als Polen Gleichberechtigung auf allen Gebieten verlangen? Der Staat verlangt auch von uns, daß wir alle Lasten tragen, also warum will er uns nicht dieselben Rechte zuerkennen, welche den übrigen Staatsbürgern zukommen? Weshalb erläßt er immer neue Ausnahmegeetze, die gegen uns als Polen gerichtet sind? Und die Herren Zentrumsleute, welche schwülstig den Grundsatz verkünden, daß sie es für ihre Pflicht halten, von der Regierung Achtung vor unserer Religion, vor unserer Muttersprache, vor unseren Sitten und Gebräuchen zu fordern, daß sie für uns Gerechtigkeit verlangen, wodurch haben sie diese ihre Bereitwilligkeit, unsere gerechten Forderungen zu verteidigen, gezeigt? Ist es doch allgemein bekannt, daß die Zentrumsparthei gegenwärtig im Reichstage die stärkste ist, und daß ohne ihre Unterstützung die Regierung nichts durchsetzen kann. Und doch gerade in der letzten Zeit hat man so viele dieser Ausnahmegeetze gegen uns angenommen. Zwar werden die Zentrumsleute sich damit zu verteidigen suchen, daß die Ausnahmegeetze der preußische Landtag angenommen hat, und



im Landtage sei das Zentrum noch zu schwach, um uns mit Erfolg zu verteidigen. Hierauf müßten wir antworten, daß gerade durch die Schuld der Zentrumsleute im preussischen Landtage die Berggesetz-Novelle angenommen wurde, welche eine Ausnahmeverordnung gegen uns enthält, und daß das Zentrum für diese Novelle gestimmt hat. Wer der Repräsentant des ober-schlesischen Volkes sein will, der muß dessen berechnete Interessen verteidigen. Sobald er dies nicht tut, hat er nicht das geringste Recht auf Vertrauen. Dazu stehen viele Zentrumsabgeordnete, besonders die schlesischen, in vielen wirtschaftlichen Fragen auf ganz anderem Standpunkte, als es das Wohl des polnischen Volkes erfordert. Es sind dies zum Teil Grafen, Gütenbesitzer, welche in wirtschaftlichen und Arbeiterfragen vor allem an ihre eigenen Vorteile denken und sogar Regierungsvorlagen bekämpfen, welche für das ober-schlesische Volk vorteilhaft sind. Wir erinnern nur an das Auftreten des Grafen Walleström in der Landtagskommission, welche gegenwärtig über die Knappschaffs-Klassen-Novelle verhandelt. Wertvoll ist auch das Eingeständnis der Zentrumsparthei, daß sie die gegenwärtige Regierungspolitik gegen die Polen aus dem Grunde bekämpft, weil sie ihren Zweck nicht erreicht, sondern nur die Gegensätze verschärft. Wenn also die Regierung zu ihrem Ziele (die Polen zu germanisieren) auf anderen Wegen würde gelangen wollen, könnte sie der Unterstützung seitens der Zentrumsleute sicher sein. Die Zentrumsleute gestehen dadurch ein, daß ihnen dieses Ziel sympathisch ist, und daß sie mit demselben völlig einverstanden sind. Wir sehen es zwar schon lange, daß die Zentrumsleute uns ebenfalls germanisieren wollen, denn wir blicken täglich auf diese ihre Arbeit, aber wir erkennen es an, daß sie dies wenigstens offen eingestehen. Die nachdrückliche Verteidigung unserer berechtigten Interessen seitens der Zentrumsleute hat sehr gut der Abgeordnete des Beuthener Wahlkreises, Herr Krolitz, durchschaut, und deshalb trat er aus der Zentrumsparthei aus. Daß das Zentrum es für seine Pflicht hält, auch weiter seinen Bestand zu verteidigen, können wir ihm nicht übel nehmen.

Mag es ihn verteidigen, unsere Aufgabe wird es sein, diese Mandate für die polnische Fraktion zu erobern, und die Wähler werden selbst entscheiden, wer ihr Repräsentant sein soll. Nur den einen Wunsch haben wir, daß das Zentrum sich in diesem Kampfe anständiger Mittel bediene, damit sich die Szenen vom Jahre 1903 nicht wiederholen. Ob das Zentrum es für vorteilhafter hält, sich in deutsche und polnische Wahlkreise zu organisieren oder auch in der bisherigen Weise, das geht uns wenig an. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß eine solche Teilung der Zentrumsparthei, von welcher Teilung, soweit wir es uns denken können, die Geistlichkeit sehr viel erhoffte, nichts getaugt hat. Am wichtigsten für uns ist der letzte Abschnitt, worin die Zentrumsparthei nicht wünscht, daß die ober-schlesische Geistlichkeit sich von der politischen Arbeit für sie zurückziehe. Wir glauben es gern, daß, wenn die Geistlichkeit sich zurückziehen würde, dies für das Zentrum sehr schädlich wäre, aber vorläufig wird es wohl keinen anderen Ausweg geben. Die Geistlichkeit kann als ein Stand, der in erster Linie berufen ist, die religiösen Grundsätze in den Herzen der Pfarrkinder zu erhalten und zu pflegen, ohne sich dem Verluste ihres Einflusses auszusetzen und ohne ernste Gefahr für die katholische Kirche nicht eine Politik treiben, mit welcher dieses Volk nicht einverstanden ist und welche diesem Volke unsympathisch ist. Mit einer solchen Politik muß sie notwendig brechen, wenn sie

gewissenhaft die Pflichten erfüllen will, welche der Stand ihr auferlegt. Sie kann entweder mit dem Volke gehen, oder wenigstens nicht gegen dasselbe. Mit dem Volke wird die Mehrzahl aus vielen Gründen nicht gehen wollen. Ohne von der Überzeugung zu sprechen, muß es ihnen eine große Schwierigkeit bereiten, gegenwärtig das zu tadeln, was sie bisher empfohlen haben. Andererseits dürfen wir auch nicht den Druck vergessen, welcher nicht nur seitens der Regierung, sondern wohl auch seitens ihrer Vorgesetzten auf sie ausgeübt wird. Die Breslauer Diözese ist sehr groß, und es könnte leicht der Fall eintreten, daß man Geistliche, die auf polnischem Standpunkte stehen (welcher nach Ansicht der preussischen Regierung und der Zentrumsparthei dem Staate feindlich ist), von der Arbeit für das Volk fernhalten würde, indem man sie in rein deutsche Gegenden versetzt, und dies würde uns keinen Vorteil, der Geistlichkeit selbst aber großen Schaden bringen. Zwar setzte sich die Geistlichkeit auch dann, wenn sie sich von der Politik zurückzieht, dem Verluste ihres Einflusses aus, sie wird aber wenigstens gewissenhaft ihre Standespflichten erfüllen können, und dies soll für sie das wichtigste sein. Über den Standpunkt, welchen das Zentrum gegenüber der polnischen Parthei einzunehmen gedenkt, ist in der Erklärung nicht ein Wortchen enthalten, dies bleibt also auch fernerhin unentschieden. Aber gerade diese Frage ist gegenwärtig die wichtigste. Wenn das Zentrum auch ferner uns nicht wird anerkennen wollen, wenn es auch ferner mit uns bis zum Äußersten kämpfen wird, wird es vor allem sich selbst schaden. In Bayern hat sich das Zentrum mit den Sozialdemokraten verbunden, als es sich darum handelte, gemeinsame Feinde zu besiegen, hier aber in Oberschlesien will es keine Einigkeit mit dem ober-schlesischen Volke, welches ebenso katholisch ist, welchem Unrecht geschieht, wie das Zentrum selbst anerkennt, welches bis jetzt Zentrumsabgeordnete gewählt hat. Aber warten wir noch, die Wahlen sind noch fern, vielleicht überlegen sie es sich — und schließlich kommt es doch zur Einigkeit.

Mus Nr. 42 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 22. Februar 1906:

Also das ist die Ansicht der schlesischen Zentrumsabgeordneten über das Verhältnis des Zentrums zur polnischen Sache. Diese Ansicht ist zwar noch nicht maßgebend, denn das entscheidende Wort haben die Wahlkomitees; die Eile aber, mit der die Zentrumsabgeordneten dafür sorgen, daß ihre Beschlüsse noch vor der Vertrauensmännerversammlung des Zentrums veröffentlicht werden, zeigt, daß sie durch ihre Beschlüsse auf die Entscheidung der genannten Versammlung Einfluß ausüben wollen, was ihnen sicherlich auch gelingen wird. Bezeichnend ist auch, daß sie sich auf das in der Zeit der Wahlen des Jahres 1903 veröffentlichte Programm berufen, der Zeit des rücksichtslosesten und leidenschaftlichsten Kampfes, der hier geführt wurde. Die Zentrumsabgeordneten wollen sich mit dem Gedanken an den Verlust ihrer ober-schlesischen Mandate nicht vertraut machen, sie wünschen keine Verständigung, vielmehr wollen sie mit „allen Kräften“ kämpfen. Sie erzählen zwar viel von dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der Gleichheit und versprechen gnädig, die berechtigten Interessen ihrer „Mitbürger polnischer Zunge“ zu verteidigen, jedoch nur in soweit, als deren Bestrebungen nicht an Landes-



verrat grenzen. Es ist dies ein sehr elastisches Versprechen, wenn heute die Zentrumsleute ebenso wie die Sakatisten unsere nationale Bewegung, wiewohl sich diese auf eine vollständig legale Grundlage stützt, als eine revolutionäre betrachten. Übrigens haben wir bis heute von der Zentrumshilfe nicht viel Nutzen gehabt, es sei denn so viel, daß wir schließlich anfangen, uns auf eigene Füße zu stellen. Die Zentrumsabgeordneten wollen sich ja nicht einmal auf eine Teilung der Partei in sprachlicher Beziehung einlassen, wie das eine übrigens nicht mehr große Anzahl von Gönnern der polnischen Zentrumspolitik gewünscht hat, die auch fernerhin die obererschlesische Geistlichkeit in ihren Reihen sehen wollen, damit sie auch fernerhin für die Zentrumsache tatkräftig kämpfen. Wieviel Böses eine solche zu „tatkräftige“ Kampfesart mancher Geistlichen veranlaßte, haben wir vor drei Jahren während der Wahlen gesehen, und auch die schlesischen Zentrumsabgeordneten werden sicherlich eine Wiederkehr ähnlicher Zustände nicht wünschen. Trotzdem rufen sie so eifrig zum Kampfe. Wir hegen jedoch die Hoffnung, daß schon heute der größere Teil der obererschlesischen Geistlichkeit nicht mehr seine Autorität und die der Kirche im Parteikampfe leichtsinnig aufs Spiel setzen wird. Wenn das Zentrum den Kampf durchaus will, so werden wir davor nicht zurückschrecken. Die Zentrumsabgeordneten berufen sich auf ihre angeblichen historischen Rechte, wir berufen uns auf unsere angeborenen sprachlichen und nationalen Rechte, auf unsere Verbindung mit den Polen der übrigen preussischen Landesteile. Daß das Zentrum vor Jahren durch die Kraft des polnischen Volkes seine schlesischen Mandate eroberte, ist noch kein Grund dafür, daß es diese ewig besitzen soll. Heute wünscht dieses Volk über sein Eigentum anders zu verfügen, und um dieses unser Eigentum werden wir unerschrocken, aber zugleich würdevoll und leidenschaftslos kämpfen, was wir auch von unseren Gegnern hoffen, — im Interesse der allgemeinen katholischen Sache.

Aus Nr. 44 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 24. Februar 1906:

Von der Erklärung der Zentrumsabgeordneten muß man sich eine klare Einsicht verschaffen. Die Erklärung hat eine weitgehende Bedeutung, nicht nur hinsichtlich unserer polnischen Bewegung, sondern auch hinsichtlich des von ihr auf die Geistlichen ausgeübten Druckes. Die Erklärung hatte nach unserer Überzeugung hauptsächlich den Zweck, diejenigen Geistlichen, welche bis jetzt in politischer Beziehung unter der Zentrumsstandarte gestanden, aber die Sache ernstlich betrachtet und unsere ganze Lage gerechter beurteilt haben, zu erschrecken und zu beeinflussen, damit sie sich nicht erlauben, mit der polnischen Bewegung in irgend eine Beziehung zu treten. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß sich der politische Zentrums-Generalstab in Breslau befindet. Über diesen Stab schrieben wir seinerzeit. Dieser Stab leitet schon seit Jahren die Zentrumspolitik in Oberschlesien, er gab und gibt heute noch den Geistlichen und den Zentrumsblättern Fingerzeige, und was dieser Stab verordnete, das wurde auch gewissenhaft ausgeführt. Die Mitglieder dieses Stabes sind persona gratissimae bei der Preussischen Regierung und haben „Fühlung“ mit Berlin. Berlin übt durch diesen Stab Einfluß auf den Lauf der Politik in Oberschlesien, auf die Geistlichkeit, die Zentrumskomitees u. aus. Jetzt, wo verschiedene Geistliche in

der öffentlichen Diskussion das Wort ergriffen haben, hat der mit Berlin „Fühlung“ habende politische Zentrums-Stab in Breslau es für geeignet gehalten, der Diskussion ein Ende zu machen, damit durch eine bessere und gerechtere Regelung der Verhältnisse die polnische Sache ja keinen Nutzen erhält. Aus diesen Gründen heraus erfolgte die Erklärung der Zentrumsabgeordneten. Diese Erklärung ist für die Geistlichen ein Fingerzeig, wie und was sie in der Politik tun sollen, ist ein auf sie ausgeübter Druck. Man ersieht dies auch aus den heutigen Zentrumsblättern, welche die Erklärung gut aufgefaßt und gut verstanden haben, was sie für eine Bedeutung hat. Da ist auch schon die Gleiwitzer „Volksstimme“ in einem festen, direkt derben Artikel gegen unsere polnische Bewegung aufgetreten, der sie in einer echt „schlesischen Zentrumsart“ jeden Katholizismus abspricht, die Geistlichkeit vor unserer Bewegung warnt und schließlich den KZ-Geistlichen angreift, der in der Gazeta Opolska einige ausgezeichnete Artikel über unsere Lage veröffentlichte. Das Zentrumsorgan geht sogar soweit, daß es bezweifelt, daß ein katholischer Geistlicher solche Artikel in der Gazeta Opolska veröffentlichen könnte, denn solche politische Grundsätze, wie sie dort veröffentlicht würden, widersprechen dem Amte eines Geistlichen. Ein anderes Zentrumsblatt, die bekannte Breslauer Schlesische Volkszeitung, das Leiborgan des mit Berlin „Fühlung“ habenden politischen Stabes in Breslau, erhebt in nicht minder unverschämter Weise seine Stimme gegen die polnische Bewegung und hält eine Predigt gegen diejenigen Geistlichen, die in derselben Zeitung ihr Wort für die Bildung erträglicherer Zustände einlegten. Diese Geistlichen nennt das Blatt ihre „nerwösen Freunde“, wobei es wahrscheinlich ganz besonders denjenigen Geistlichen im Auge hat, der die bekannten zwei Artikel veröffentlichte, die in so treffender Weise unsere Lage aufklärten. Und dieser Geistliche stand doch auf dem Standpunkte des Zentrums, und nur als gerechter Priester wollte er jedem den Teil geben, der ihm zukommt, also den deutschen Katholiken ihren Teil, den polnischen Katholiken ebenfalls den ihrigen. Und selbst dieser Geistliche erhielt eine Rille von dem Leiborgan des politischen Breslauer Zentrums-Stabes. Für diesen Geistlichen soll dies wahrscheinlich ein Fingerzeig sein, damit er nicht zum zweiten Male mit solchen Anträgen und Projekten hervortrete. Ein solcher Druck wird auf die Geistlichen ausgeübt, damit sie ja nicht dem polnischen Volke, wenn es sich um seine nationalen Rechte handelt, helfen, vielmehr wie bisher nur den Zentrumsleuten treue politische Dienste leisten. Damit muß unsere nationale Bewegung rechnen. Die Politik wandelt auf verschiedenen Wegen, der Druck und Einfluß auf die Geistlichkeit geschieht auf die verschiedenartigste Weise.

Wir haben nie großes Vertrauen gehabt, daß es bald dazu kommen könnte, daß ein gewisser Teil der Geistlichkeit gemeinschaftlich und geschlossen an der polnischen Bewegung teilnehmen werde. Nicht deshalb, weil es in Oberschlesien an solchen Geistlichen mangeln könnte; es sind nicht viele, aber es gibt welche. Nicht deshalb, daß diese Geistlichen der polnischen Bewegung abgeneigt wären, sondern deshalb, weil auf sie ein großer Druck ausgeübt werden würde. Mit Recht schrieb der KZ-Geistliche in der Gazeta Opolska, daß dann die Lage der Geistlichen sich so gestalten könnte, daß die der Zentrums-partei angehörenden Geistlichen den Kopf emporrecken, während die polnischen schikaniert und bedrängt würden. Diese Ansicht des KZ-Geistlichen unterschreiben wir Wort für Wort, auch



sind wir mit ihm derselben Ansicht, daß es für die Geistlichen und für unsere polnische Bewegung besser sein würde, wenn sie ihre öffentliche Tätigkeit auf ruhige Arbeit beschränkten, bei welcher sie erprießlichere und wertvollere Dienste für unsere polnische Sache leisten könnten. Geistliche, die polnischen Komitees angehören, ziehen sofort die Aufmerksamkeit auf sich, sofort beginnt die Attacke gegen sie, und das nicht nur von hofatistischen, sondern auch von Zentrumsblättern. Der mit Berlin „Fühlung“ habende politische Stab in Breslau würde ebenfalls das Seinige tun. Es ist uns allen noch im frischen Gedächtnis, was die Zentrumsleute nicht alles mit solchen polnischen Geistlichen, wie z. B. Pfarrer Skowronski und Pfarrer Pędziales, angestellt haben. Die Folge davon wäre wahrscheinlich die, daß sich die polnischen Geistlichen, wenn auch zu ihrem Leidwesen, von der „geschlossenen“ Aktion zurückziehen müßten, und da sie einmal die Augen auf sich lenkten, so würden sie auch bei ihrer stillen, geräuschlosen Mitarbeit zum Wohle unserer Sache auf größere Hindernisse und Schwierigkeiten stoßen. Am Schlusse ihres anmaßenden Artikels ruft die Schlesische Volkszeitung aus, daß sie nach Veröffentlichung der Zentrumserklärung hoffe, daß im Zentrums-lager jetzt eine erlösende Klärung der Luft, eine Stärkung der Nerven, Arbeitslust und Organisation eintreten werde. Auch wir dürfen bei unserer polnischen Bewegung das letztere nicht vergessen, denn wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, daß wir bisher mit den Zentrumsleuten scharfe Kämpfe zu bestehen hatten, die sich jetzt wahrscheinlich noch mehr verschärfen werden. Der mit Berlin „Fühlung“ habende politische Stab in Breslau hat sich durch die Erklärung der Zentrumsabgeordneten vernehmen lassen. Das ist eine neue Anregung zum Kampfe mit der polnischen Bewegung. Zu diesem Kampfe werden sie mit verdoppelter Kraft antreten, wobei sie hoffen, daß sie uns besiegen. Wir wollen in unserer polnischen Bewegung nicht so überflügelt sein, wie die Zentrumsleute. Wir sind nicht besonders stark, aber auch nicht zu schwach. Gott sei Dank, daß jetzt alle Zeitungen unter der nationalen Standarte kämpfen. Der Katolik ist gegen die Erklärung der Zentrumsabgeordneten in mannhafter Weise aufgetreten, mit der persönlichen Sicherheit und in der Überzeugung, daß er für eine gerechte Sache kämpft. Wir müssen bei unserer polnischen Bewegung alle unnötigen Phrasen vermeiden, denn eine Phrase kann höchstens von einer Abgestumpftheit des Gedankens und des Geistes zeugen, niemals aber von einer ehrlichen Begeisterung des Herzens und des Geistes. Deshalb werden wir ehrlich arbeiten und unsere Kräfte einigen, die Zeit aber wird zeigen, inwieweit die schon heute besungenen Triumphe des Zentrums Existenzberechtigung haben werden. Die polnischen Blätter haben in Sachen der Verständigung alles getan, was in ihren Kräften lag. Wenn die Zentrumsleute darauf in anmaßender Weise ihre Köpfe emporrecken, so fällt die Verantwortung für diesen Schritt auf sie selbst zurück.“

Aus Nr. 23 des Katolik (Beuten D.=C.)

vom 22. Februar 1906:

Die Erklärung der obereschlesischen Zentrums-partei bedeutet ihren Nekrolog, den Nekrolog vergangener Herrlichkeit. Aber auch nichts mehr wie ein Nekrolog! Von den unterschriebenen Abgeordneten wird aus späteren Wahlen wahrscheinlich so mancher nicht wieder von Oberschlesien nach Berlin

ziehen. Trotzdem aber haben sie nach echter Ritter-art die Zentrumsstandarte auf den Ruinen der Zentrums-partei gehißt. Die veröffentlichte Erklärung könnte man auf den Grabstein, welcher die obereschlesische Zentrums-partei bedecken wird, als Andenken an vergangene Zeiten einmeißeln. „Die Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht.“ Leider stellt sich die Ritterlichkeit der sterbenden, aber sich nicht ergebenden Garde als eine Verzweiflungstat, als eine aussichtslose Tapferkeit dar. In der gegenwärtigen Politik ist aber eine solche Ritterlichkeit durchaus unangebracht. Trotzdem geben wir ohne weiteres zu, daß die Zentrumsabgeordneten, um ihrer eigenen Partei nicht untreu zu werden, nicht anders konnten, als in ihrer Erklärung die alte Zentrumsstandarte aufzurollen. Das finden wir in der Ordnung. Etwas anderes ist es mit dem, was sie außerdem sagen, und welche Folgen diese Erklärung für Oberschlesien haben wird. Die Zentrumsleute veröffentlichten die Erklärung, ohne sich zu fragen, was in Oberschlesien vorgeht. Sie wissen scheinbar nichts von den Bemühungen, die auf verschiedenen Seiten gemacht wurden, um den Streit zum Wohle des Katholizismus zu schlichten; vor allem scheinen sie nicht zu wissen, daß gerade die Zentrums-partei ein großes Hindernis dafür ist, daß der Friede seinen Einzug in das Lager der Katholiken halte. Sie geben sich auch, weiß Gott, keine Rechenschaft darüber, daß höhere als partei-politische Interessen auf dem Spiele stehen. Namentlich verschließen sie die Augen vor der unerhörten schwierigen Lage der Geistlichkeit. „Wegen einer politischen Partei kann ich nicht in fortwährendem Zwist mit meinen Parochianen leben“ — so jagte ein gewisser obereschlesischer Pfarrer. Und das jagte dieser Geistliche gut und treffend. Was der politischen Zentrums-partei dienen kann, braucht unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mit Notwendigkeit in gleichem Maße der katholischen Sache zum Wohle gereichen. Das eben ist der Kern des Haders in Oberschlesien, daß manche das Zentrum und den Katholizismus beinahe für identische Begriffe ansehen. Weil das bis jetzt so war, sind unsere Geistlichen in eine so schwierige Lage hineingeraten. Das Zentrum hat den Katholizismus gewissermaßen in Generalpacht genommen, indessen ist es sonnenklar, daß man ein guter Katholik sein kann, ohne der Zentrums-partei anzugehören. Und das eben ist jetzt in Oberschlesien geschehen. Ein bedeutender Teil der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien ist katholisch und will weiter katholisch bleiben, er will aber nicht zur Zentrums-partei gehören. Dies Volk kann mit Recht von den Geistlichen erwarten, daß es für sie mehr wert ist als die Zentrums-partei. Dies Volk will die Geistlichen zu seinen Führern haben. Gern wird es ihren Rat befolgen, aber es protestiert gegen das Zentrum. Das eigentlich ist der Knorren in unseren Zuständen, den man bis jetzt nicht herauszuschlagen vermochte. Die Erklärung der Zentrumsabgeordneten hat diesen Knorren nicht nur nicht herausgeschlagen, sondern sie zeigte im Gegenteil deutlich, daß dieser Knorren sehr harzig ist. Durch ihr Auftreten üben die Zentrumsabgeordneten einen zwingenden Einfluß zu gunsten der Zentrums-partei auf die Geistlichen aus. Nach unserer Meinung haben sie hierzu kein Recht, denn wir wählen die Abgeordneten nicht dazu, daß sie das Volk regieren und Öl ins Feuer gießen. Die Abgeordneten sind durch den Willen der Partei im Lande gewählt, und nur diese Partei im Lande kann über interne Angelegenheiten entscheiden. Aber die Zentrumsabgeordneten gingen weiter; sie erklärten nichts mehr und nichts weniger als den Kampf



gegen zwei Fronten, den Kampf gegen die Polen und Sakatisten. Das taten sie, obwohl sie vorwiegend mit polnischen Stimmen gewählt wurden. Wir protestieren gegen ein solches Vorgehen der Abgeordneten polnischer Wahlkreise. Wir glauben, daß sie das Vertrauen ihrer polnischen Wähler zu etwas Unzulässigem mißbraucht haben. Die Erklärung der Abgeordneten ist nach unserem Dafürhalten die Sanktionierung des Kampfes gegen die polnische Partei in Oberschlesien. Überdies stellt sie ein Hindernis zur Verjöhnung der uneinigen katholischen Bürger dar. Die Abgeordneten haben sich einem bedeutenden Teil ihrer Wähler feindselig gegenübergestellt. Sie setzten sich in Gegensatz zu ihren Wünschen und Forderungen. Das Interesse ihrer Partei stellten sie über alles andere, und mit diesem Interesse wollen sie den Weg zur Einigung und zum Frieden der Wähler versperren. Deswegen verdammen wir ihre Erklärung auf das entschiedenste. Den wehenden Kampfstandarten des Zentrums können wir die Kampfstandarten der polnischen Partei entgegenstellen. Jedermann weiß, daß der Katolik alles tat, was er konnte, um beide Standarten in Frieden zu vereinen. Soll nun aber Kampf sein, so fällt die Verantwortung auf diejenigen, die ihn gewollt haben.

Aus Nr. 23 der Nowiny Raciborskie (Katibor)  
vom 24. Februar 1906:

Auf dem alten Standpunkt sollte das Zentrum nicht stehen bleiben, weil dieser alte Standpunkt dem Zentrum großen Schaden gebracht hat und gerade diesen Fehler bildet, dessen Folgen zu heilen die schlesischen Abgeordneten zusammenkamen. Diese Herren hatten wieder einmal nicht den Mut, ihre Fehler einzugestehen. Im besonderen machen wir diese Abgeordneten darauf aufmerksam: es ist nicht richtig, zu betonen, daß wir Polen uns für Untertanen Preußens halten müssen; denn die deutschen Abgeordneten sollten wissen, daß wir uns für solche immer gehalten haben, und daß die Regierung diese ihre Zweifel immer nur deswegen wiederholt, um eine moralische Basis zu antipolnischen Gesetzen zu haben. Das Zentrum sollte nicht erklären, daß es bereit ist, „das Deutschtum in der Ostmark zu fördern und zu stärken“ — denn gerade dadurch erklärt es uns den Krieg und unterstützt es die antipolnischen Bestrebungen der Regierung. Die Forderung, daß die Geistlichkeit das Zentrum unterstützen soll, ist ebenso alt wie ungerecht. Die Geistlichen deutscher Nationalität mögen nach den Deutschen schmachten, ohne die Polen zu beeinflussen, und die polnischen Geistlichen mögen die Ihrigen unterstützen. Jene „Ehrenpflicht“ der Zentrumspartei, „in Oberschlesien das zu verteidigen, was es einst erobert“ — ist keine Pflicht und keine Ehre, sondern es ist vielmehr der gewöhnliche menschliche Drang, zu besitzen — sogar etwas, was einem nicht gehört. „Die Eroberungen“ auf unserer polnischen Erde sind ein schlechtes Zeugnis für unser nationales Bewußtsein, welches, Gott sei Dank, sich gebessert hat. Mit einem Worte — das war keine Art, die Verhältnisse zu verbessern, und die Beratung der Zentrumsabgeordneten wird sicher zur Folge haben, daß sich die Herren Zentrumsleute wieder an ihrer Politik die Finger verbrennen. Wenn die Generalversammlung der Vertrauensmänner der Zentrumspartei, welche im April in Breslau stattfindet, sich her-

obigen Erklärung ebenfalls anschließt, dann werden die Zentrumsleute selbst den Untergang ihrer Partei in Oberschlesien besiegeln.

Aus Nr. 15 der Gazeta Opolska (Oppeln)  
vom 20. Februar 1906:

### In Sachen des kollektiven Auftretens der Geistlichen.

Anlässlich des Zusatzes der Redaktion in der letzten Nummer bemerke ich, was folgt:

1. Mit Recht betonten Sie, Herr Redakteur, daß bei einer kollektiven Aktion mehr als zehn Geistliche auftreten müssen. Ich fürchte nur, daß sich nicht viel mehr finden werden. Ein Beispiel: Als es sich darum handelte, einen Volksverein zu gründen, trat von denjenigen Geistlichen, die die Absicht der Gründung eines solchen Vereins unterstützten, dem Verein nach seiner Gründung keiner als Mitglied bei; man entschuldigte sich mit verschiedenen Gründen.

Das ist eine traurige kollektive Aktion der Geistlichen, und die Gründung eines Volksvereins ist nur eine Bagatelle im Vergleich zu einem öffentlichen Bekenntnisse zu unserer Volkspartei.

2. Vor zwei Jahren verpflichteten sich die Geistlichen durch öffentliche Unterschriften zugunsten der Zentrums politik; noch bei den letzten Wahlen kämpften sie hartnäckig mit der nationalen Bewegung. Ich fürchte also, sie werden jetzt der Ansicht sein, daß sie nicht plötzlich in unser Lager übergehen können, weil sie den Vorwurf des „Verrats“ auf sich laden, den die Zentrums presse gegen den Katolik erhebt, obgleich er in der letzten Broschüre seinen Schritt gut begründet und gerechtfertigt hat. Einzelnen können die Geistlichen Broschüren zu ihrer Verteidigung nicht schreiben. Viele Geistliche würden von einer kollektiven Aktion zurückschrecken, wiewohl sie Anhänger unserer Bewegung sind.

3. Bei einer kollektiven Aktion müßte man Geistliche ins „Wahlkomitee“ aufnehmen, wodurch die Beweglichkeit und Elastizität des Komitees leiden würde. Die Geistlichen können nicht immer an den Sitzungen teilnehmen, in dem Gewühl des Wahlkampfes erläßt das Wahlkomitee manchmal Aufrufe, die man im allgemeinen billigen, die aber ein Geistlicher manchmal nicht unterschreiben kann.

Etwas anderes ist es, wenn sich Komitees für die einzelnen Kreise bilden; in solchen Komitees wird die Redaktion von Aufrufen in der Hand der Geistlichen liegen, oder diese Aufrufe werden wenigstens im Einverständnis mit den Geistlichen verfaßt werden; — bis zur Bildung solcher Komitees ist es aber noch sehr weit; zunächst muß das „Wahlkomitee für Schlesien“ erst die einzelnen Wahlkreise erobern; denn daß die Zentrumsleute geneigt wären, auf friedlichem Wege untereinander die Kreise oder Bezirke zu verteilen, das glaube ich nie und nimmer.

4. Die gegenwärtige Diskussion in den Zeitungen wird nie den Frieden herbeiführen, wenngleich sie den Grund hierzu legen wird. Die Diskussion soll den Geistlichen und Zentrumsleuten die Augen öffnen, damit sie die Existenzberechtigung unserer Bewegung erkennen, damit sie das Volk nicht deswegen verfluchen, weil es nicht für einen Zentrums mann, sondern für einen Nationalen stimmt, damit sie nicht die polnischen Zeitungen bekämpfen. Langsam werden die Gegensätze sich mildern und zum Frieden führen.



Mit den Ergebnissen der bisherigen Diskussion können wir völlig zufrieden sein. Noch nie waren in Zentrumsblättern so erlösende Artikel erschienen, als gerade während dieser gründlichen Erörterung unserer Bewegung. Die Zentrumsgeistlichen haben in letzter Zeit unsere politische Lage genau geprüft und sie werden — mit wenigen Ausnahmen — zweifellos sowohl den polnischen Blättern, als auch dem Volke größere Freiheit auf dem Gebiete der Politik und der sozialen Betätigung einräumen. Die Überzeugung, daß nur die Zentrumsparthei die entsprechende Form sei, in welcher sich die politische und soziale Tätigkeit des Volkes nach außen kundgeben könne, ist gebrochen oder mindestens stark erschüttert.

5. Grundsätzlich bin ich nicht Gegner einer kollektiven Aktion, sondern mir handelt es sich nur darum, daß diese Aktion nicht das Ziel verfehle. Zählen wir zuerst unsere Kräfte, prüfen wir die Verhältnisse und die Gesinnung der Allgemeinheit der Geistlichen, und ich werde als erster zugunsten einer imponierenden, glänzenden Aktion meine Stimme abgeben.

Geistlicher S 93.

Zusatz der Redaktion: Mit den voranstehenden Ausführungen sind wir einverstanden; nur zu Punkt 2 bemerken wir, daß die Erklärung der Geistlichen vor zwei Jahren nach den letzten Vorgängen und Erfahrungen ein bindendes Engagement zugunsten der Zentrumspolitik wohl nicht bedeuten kann, wenn sogar in der Schlesischen Volkszeitung Zentrumsgeistliche mehr oder weniger deutlich die Notwendigkeit, einen solchen Weg zu suchen, der zur Verständigung mit dem Volke der nächste wäre, anerkennen.

Aus Nr. 46 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)  
vom 26. Februar 1906:

### Betrifft freiwillige Germanisierung.

Aus Oberschlesien werden uns einige Betrachtungen anlässlich des Artikels übermittelt, welchen unlängst ein ober-schlesischer Geistlicher in der Schlesischen Volkszeitung über die angebliche freiwillige Germanisierung des polnischen Volkes in Oberschlesien veröffentlicht hat. Die uns übersandten Erwägungen sind in sehr scharfem Tone geschrieben, so daß wir sie wörtlich nicht wiedergeben können. Dagegen teilen wir ihren ungefähren Inhalt mit:

Die Schlesische Volkszeitung schreibt, daß sich das polnische Volk freiwillig germanisiere. Ich frage nun, was für eine „freiwillige Germanisierung“ dies ist? „Zahlt“ (płaci) etwa das Volk für diese Germanisierung? O nein! aber die Kinder „weinen“ (placzą)! (Es kommt hier auf das Wortspiel der polnischen Ausdrücke płaci (er zahlt) und placzą (sie weinen) an)! Was die Väter sagen, das kann man nicht schreiben (Staatsanwalt!) Andere schmachten in Gefängnissen; wofür? Die Redakteure zahlen Strafen über Strafen, und sie haben schon Tausende Mark Strafe bezahlt; wofür? Führer des Volks, welche alle aus dem Volke stammen, zahlen und sitzen in Gefängnissen; wofür? Die Lehrer erhalten Prämien; wofür? Säle zu Volksversammlungen kann man nirgends erhalten; warum? In manchen Kirchen rein polnischer Parochien schleicht sich das Deutschtum ein; warum?

Die Polen in der Fremde können, obgleich ihrer bisweilen einige tausend in einer Parochie wohnen und obgleich in der Parochie gut polnisch-sprechende Geistliche vorhanden sind, häufig trotz aller Anstrengungen genügende Seelsorge in der Muttersprache nicht erlangen; warum?

Solcher Fragen gibt es sehr viele, aber schon die wenigen genügen vorläufig. Ich bitte, möge sie sich jeder gerecht Denkende gewissenhaft überlegen und sich dann fragen: Germanisiert sich das polnische Volk selbst? Und wenn es sich germanisiert, aus welchem Grunde geschieht dies? — Wer hat diese beklagenswerten Verhältnisse, in denen das polnische Volk leben muß, geschaffen?

Es schickt sich also nicht, solche Behauptungen, daß sich das polnische Volk „freiwillig“ germanisiere, aufzustellen! Wäre es, anstatt solche Dinge an ein deutsches Blatt zu schreiben, nicht besser, an ein polnisches Blatt Artikel zur Verteidigung des Volks zu schreiben und die mit der Gerechtigkeit sich nicht vertragende Germanisierung zu verurteilen?

Noch eins: Zur Förderung der Germanisierung greifen die Germanisatoren zu den mannigfachsten Mitteln. Sie bauen Kleinkinderbewahranstalten oder „szpilszule“ (Spielschulen), in denen die polnischen Kinder kein polnisches Wort hören, und in denen die polnische Sprache oft geradezu verachtet und ausdrücklich verboten wird. — In polnischen Gemeinden gründen sie ferner deutsche „ferajny“ und locken das nicht genügend aufgeklärte Volk in diese „ferajny“ hinein; um die Gründung eines polnischen Vereins kümmert sich gewöhnlich niemand. Wenn die Mehrheit des Volks polnisch ist, müßten naturgemäß zuerst und vor allem polnische Vereine entstehen. — Weiter werden in rein polnischen Gegenden „abenty“, Spiele u. a. eigens zu dem Zweck veranstaltet, um das Volk zu germanisieren; und es ist schon geschehen, daß sogar manche Geistliche solche Schauspiele in Wirtshäusern besucht und diese Germanisierung mit ihrer Anwesenheit dem unaufgeklärten Volke gegenüber sanktioniert haben.

Gehören also die vorerwähnten Angelegenheiten und viele andere ähnliche ebenfalls zur freiwilligen Germanisierung? Geht ein Vogel, welcher durch verschiedene Kunstgriffe in den Käfig gelockt wird, freiwillig hinein, und läßt er sich freiwillig mittelst Schlinge fangen?

So viel vorläufig — mehr kann ich später schreiben. Die vorerwähnten Erwägungen schreibe ich nicht so sehr für das polnische Volk, als vielmehr für manche Geistliche. Mögen sie wissen, daß das Volk auch noch zu denken versteht. Übrigens schreibe ich dies nicht, um aufzuwiegeln, sondern um die Verhältnisse zu bessern. Denn wenn diese gegenwärtigen Zustände weiter so bestehen werden, so wird es immer ärger werden, und ich weiß nicht, wie das alles noch enden wird. Schon heute ist die Erbitterung groß, sehr groß.

Ein Denker.

Aus Nr. 24 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)  
vom 27. Februar 1906:

### Aus der Stadt (Ratibor)

wird uns folgendes geschrieben:

Geehrter Herr Redakteur!

Nachdem ich in Nr. 21 der Nowiny Raciborskie den „Schlechte Friedensansichten“ überschriebenen Artikel gelesen, wunderte ich mich über die Äußerung des Zentrumsgeistlichen (Korrespondenten der Schles.



Volksztg.), daß die Polen mit der Geistlichkeit in Oberschlesien rechnen sollen. — In gewissem Sinne gebe ich dem Geistlichen-Korrespondenten recht; andererseits aber verlangt es schon die Gerechtigkeit selbst, daß auch die Geistlichkeit mehr mit dem polnischen Volke rechnen möchte, das doch in unserer Gegend die Mehrzahl bildet. Es ist also nötig, daß unsere hochwürdige Geistlichkeit mehr die Bedürfnisse, z. B. den Vorbereitungsunterricht unserer polnischen Jugend, oder die Andachten und Predigten in der Muttersprache für die überwiegende Zahl der polnischen Parochianen berücksichtigt, nicht aber fortwährend darauf sehen wollte, ob dies der Regierung in Berlin genehm sei.

Was die zweite Ansicht betrifft, daß sich das oberschlesische Volk freiwillig germanisiere, so muß ich auch dem widersprechen. Wenn und wo dies geschieht, so geschieht es höchstens unter dem Druck von oben, unter Androhung des Brotverlustes und manchmal leider auch durch das Verschulden der Geistlichkeit. Daß dem so ist, dafür haben wir zahlreiche Beweise. So wurde z. B. in einem Dorfe in der Nähe von Ratibor um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Frühandacht, d. h. eine heilige Messe für die Parochianen eingeführt (des Militärs wegen, für welches in dieser Kirche zu einer späteren Stunde eine besondere Andacht stattfindet). So war es anfangs; plötzlich aber wurde dieser Frühandacht für die Parochianen auch deutsche Predigt hinzugefügt! Niemand von den polnischen Parochianen hat doch wohl um deutsche Andacht gebeten, die Deutschkatholiken in dieser Parochie kann man aber an den Fingern zählen! Ich fragte eine Frau, die zu dieser Frühandacht ging: Verstehst ihr denn so viel deutsch, daß ihr auch die deutsche Predigt verstündet? . . . Darauf antwortete jene Frau: Ich verstehe nicht deutsch, ich gehe aber zur Andacht, und während der Predigt bete ich im Gebetbuch! —

Wie soll man sich in anbetracht dessen wundern, daß sich das oberschlesische Volk freiwillig germanisiert!! — Jene Frau besucht noch die Kirche, denn sie war es so von Jugend auf gewöhnt, — ob aber ihre Kinder oder Enkel in die Kirche gehen werden, — das ist eine große Frage!

Was die Kriegervereine, „elternabend“, und wie sie alle heißen, und schließlich was die germanisatorischen Bibliotheken anlangt, welche das oberschlesische Volk angeblich so gern aufsucht, — so könnte man davon ebenfalls viel reden. — Wie soll denn dieses Volk die „elternabend“ nicht besuchen, wenn sich in mancher Parochie auch Geistliche an ihnen beteiligen?

Wenn dagegen die hochwürdige Geistlichkeit das oberschlesische Volk mehr zur Pflege der Muttersprache anspornen würden, dann gäbe es sicherlich weniger „freiwillige Germanisierung“ und zugleich weniger Klagen über die Verwilderung der Jugend.

Es ist also nicht schön, die ganze Schuld dem polnischen Volke zuzuschreiben, während in Wirklichkeit oft Rücksichten auf Berlin überwiegen.

Aus Nr. 24 des Katolik (Beuthen D.:S.)

vom 24. Februar 1906:

An die Wiedergabe des in der Germania veröffentlichten Artikels, nach welchem angeblich katholische Geistliche von Lehrern und Landräten insgeheim beaufsichtigt und beobachtet werden, knüpft der Katolik folgende Betrachtung:

So traurig sind schon die Verhältnisse bei uns! Ein ganz beliebiger Lehrer führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Geistlichen in Schule, Kirche, im gesellschaftlichen Verkehr usw. Und die Behörde nimmt

solche „berychty“ entgegen! — Jetzt werden wohl denen die Augen aufgehen, die Lehrer als Wahlmänner und zugleich mit ihnen einen Landrat als Abgeordneten gewählt haben!

Der Minister erzählt im Landtage, daß es eine allgemeine Aufsicht oder ein Spionagesystem über Geistliche nicht gibt, sondern daß nur eine solche Aufsicht besteht, deren kein Staat entraten kann!

Dieser eine krasse Beweis müßte das schlesische Zentrum zu einer entschiedenen Interpellation und zu einem scharfen Vorgehen gegen die preußische Regierung anregen. Dabei genügen aber nicht Worte, sondern es sind Taten nötig. Wenn das schlesische Zentrum nicht sofort und jetzt den Minister dazu zwingen wird, daß er im Landtage öffentlich erklärt, er werde an alle Behörden das strenge Verbot einer solchen Beaufsichtigung der Geistlichen in Schlesien durch preußische Beamte, Lehrer usw. ergehen lassen, wenn der Minister das Verhalten des Landrats und Pleßer Abgeordneten nicht offen und scharf verurteilen wird, dann werden die Geistlichen und das Volk einen neuen Beweis dafür haben, wie das schlesische Zentrum die katholischen Geistlichen und das polnische katholische Volk in Schlesien immer weniger verteidigt.

Worte, Artikel, Privatbriefe mit Trostworten und Unterredungen bedeuten nichts angesichts der Tatsache, daß der erste beste Gendarm, Lehrer oder Landrat einen Geistlichen in seiner kirchlichen und außerkirchlichen Wirksamkeit beaufsichtigen darf.

Die schlesischen Abgeordneten mit dem Herrn Erzpriester Glowacki mögen jetzt und sofort alle gegen die Regierung und den Pleßer Landrat deswegen vorgehen, weil er gegen einen Geistlichen gerichtete Anzeigen entgegengenommen hat.

Das polnische Volk ist bereit, die Geistlichen gegen die bösen Folgen einer Beaufsichtigung dieser Art zu verteidigen, selbst wenn ein neuer Kulturkampf ausbrechen sollte.

Ein offener Kulturkampf, welcher das polnische Volk an die heilige Kirche und an die dem Volke wohlgefinnten Geistlichen noch fester ketten wird, würde besser sein, als die gegenwärtigen beklagenswerten Zustände.

Wir werden sehen, ob die mit polnischen Stimmen gewählten Zentrumsleute aus Schlesien das tun werden, was wir soeben als Forderung des katholisch-polnischen Volkes ausdrücklich erwähnt haben. Das Zentrum besitzt Kraft genug hierzu. Das polnisch-katholische Volk kann die Verfolgung der Geistlichen nicht untätig mit ansehen. Weil es hierbei den gesetzlichen und erlaubten Weg nie verlassen wird, so fordert es, daß die schlesischen Abgeordneten dieser Verfolgung endlich einmal doch ein Ziel setzen möchten.

Wir werden sehen, welche schneidigen und scharfen Reden gegen die preußische Regierung und den Pleßer Landrat die Herren Porzsch, Ballestrem usw., die die polnische Bewegung, die polnische Sprache, die Agitatoren so überaus gern bekämpfen, halten werden.

Wir werden vor allem sehen, was sie für die Geistlichen erreichen werden, welchen sie ihre Politik als einzige Rettung gegen alles Übel hinstellen und verlangen, daß die Geistlichen mit dem polnischen Volke um ihre Mandate kämpfen sollen, ohne dabei auf höhere Interessen, namentlich auf die heilige Kirche Rücksicht nehmen zu brauchen.

Aus Nr. 23 des Katolik (Beuthen D.:S.)

vom 22. Februar 1906:

Im Anschluß an die Wiedergabe eines in einem Breslauer Blatte erschienenen Artikels, in welchem die



Vernehmung polnischer Zeugen vor Gericht einer Kritik unterzogen wird, schreibt der Katolik:

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß jegliches Dringen in die Zeugen, sie möchten deutsch aussagen, obgleich sie nicht genügend deutsch sprechen können, eine große Gefahr für den Zeugen selbst, wie auch für die den Prozeß führenden Parteien in sich birgt. Wie leicht kann sich der Zeuge in der Erzählung irren, wenn er die deutsche Sprache nicht genau kennt! Und wie leicht kann infolge eines oder zweier unpassenden Worte die Aussage eine andere Bedeutung annehmen, wie sie der Wirklichkeit entspricht! Dann kann aber ein Unschuldiger ungerecht verurteilt und der Zeuge selbst wegen Meineides oder eines ähnlichen Vergehens zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn der Richter in den Zeugen dringt, daß er deutsch aussage, und wenn der Zeuge es fühlt, daß er der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist, und daß er sich hinsichtlich der Worte irrt, dann wäre es unseres Erachtens besser, wenn der Zeuge vor der Aussage ins Protokoll aufnehmen ließe, daß er auf Wunsch des Richters deutsch aussage, daß er selbst aber keine Verantwortung für etwaige Irrtümer übernehme, weil er die deutsche Sprache nicht genügend beherrsche. Diese Forderung kann der Zeuge in folgender Weise aussprechen:

„Ich bitte in das Verhandlungsprotokoll aufzunehmen, daß ich auf Verlangen des Gerichtsvorsitzenden meine Aussagen in deutscher Sprache abgebe, aber daß ich jede Verantwortung für etwaige Fehler in meinen Aussagen ablehne, weil ich der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig bin.“

Wer nicht einmal soviel deutsch versteht, um diese Forderung an das Gericht stellen zu können, der kann dies durch den Dolmetscher fordern. Gegebenenfalls kann er sich aber die voranstehenden deutschen Sätze abschreiben und vor Gericht ablesen.

Aus Nr. 43 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)

vom 22. Februar 1906:

### Betrifft den Konsum „Unitas“ in Beuthen.

Der Konsum „Unitas“ hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Dr. Hanke, sowie der Leiter des Konsums, Herr Kiepinski, erklärten die Gründe, aus denen sie die Auflösung des Konsums für angezeigt erachten. Aus ihren Worten erhellt was folgt: Der Konsum entwickelte sich gesund. Das erste Rechnungsjahr wies über 2000 Mark Reingewinn auf, wiewohl naturgemäß der Konsum im ersten Jahre, wie jeder Kaufmann, große Ausgaben zur Einrichtung und zur richtigen Zubereitungs- und des Geschäftes hatte. Das zweite Rechnungsjahr begannen wir mit guten Hoffnungen. Allein die Mitglieder, vor allem aber die Ehefrauen der Mitglieder, täuschten die Erwartungen. Weil der Konsum keine Dividende von den Waren einkäufen gewährt hatte, verloren viele Frauen die Lust und hörten auf, Waren zu kaufen. Sie vergaßen, daß fast kein Konsum im ersten Jahre Dividenden gewährt, denn dieses Jahr pflegt stets am schwersten zu sein. Sie vergaßen, daß je mehr Waren sie entnehmen, desto größer die Hoffnung ist, daß sich der Konsum wird stärken und Dividende zahlen können. Der Mangel an Verständnis für diese Sache bei den Mitgliedern und ihren Frauen hat bewirkt, daß sich der Vorstand mit dem Aufsichtsrat gesagt haben: Wenn die Mitglieder selbst nicht verstehen, daß sie sich, wenn

sie im Konsum möglichst viel kaufen, umso gewisser eine Dividende sichern, wenn ihnen das erste dividendenlose Jahr zu allem die Lust benimmt, so wäre alles vergeblich. Wenn die Leute selbst zur Befestigung eines gut begonnenen Geschäfts nicht beitragen wollen, wenn es ihnen an Ausdauer und Verständnis fehlt, so ist es besser, den Konsum eher als später aufzulösen, damit niemand Verlusten ausgesetzt würde. Und darum hat der Vorstand mit dem Aufsichtsrat die Auflösung des Konsums beschlossen.

In der Versammlung erklärten sich Stimmen dagegen, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Konsum weiter bestehen möge, allein der Vorstand erklärte, er glaube daran nicht, daß die Mitglieder, namentlich aber ihre Frauen, den Konsum genügend unterstützen werden, und darum bestehe er auf der Auflösung des Konsums, um die Mitglieder vor Verlusten zu bewahren. Gleichzeitig wurde die Versammlung davon in Kenntnis gesetzt, daß mehrere polnische Bürger zum Wohle der Sache, um die Mitglieder gegen etwaige Verluste zu schützen, freiwillig mehrere tausend Mark gleich bei der Gründung des Konsums gespendet hätten. Sie hätten dieses Geld vorgestreckt, um dem Konsum zu helfen und seine Mitglieder vor Verlusten zu bewahren. Diese Bürger sind bereit, dieses Geld dem Konsum zu schenken, wenn er sich auflöst. Wenn jedoch die Mitglieder beschließen würden, den Konsum weiter zu führen, so würden jene Bürger für weiter entstehende Verluste nicht mehr aufkommen.

Schließlich entschied sich die Mehrheit der Versammelten für die Auflösung des Konsums.

Der Katolik fügt von sich was folgt hinzu: Bei dieser Angelegenheit erwies es sich von neuem, wie überaus schwer es ist, für das Volk etwas zu tun. So wurde ein Konsum gegründet, ein Kreis von polnischen Bürgern spendet freiwillig einige tausend Mark und opfert sie für die gute Sache auf, um nur die Sache zu unterstützen, der Konsum entwickelt sich gut, er befindet sich auf gutem Wege, plötzlich aber gerät das Unternehmen ins Wanken. Warum? Weil der Konsum im ersten Jahre zwar 2000 Mk. Reingewinn hatte, eine Dividende aber nicht auszahlen konnte! Welcher Kaufmann hat denn im ersten Jahre einen Gewinn? Jedermann ist froh, wenn er im ersten Jahre die beiden Enden mit einander vereinigen kann, denn dieses erste Jahr ist gleichsam die Aussaat, die weitere Ernte aber reift erst in späteren Jahren. Und worum handelte es sich? Um einige Mark Dividende aus dem ersten Jahre. Ein Kreis von polnischen Bürgern zögerte nicht, mehrere tausend Mark zum Wohle der Mitglieder zu opfern, die Mitglieder aber besaßen nicht soviel Verständnis, einige Mark Dividende zu verschmerzen, und zwar zu keinem anderen Zweck, als zu dem, um den Konsum zu stärken und sich um so bestimmter in den weiteren Jahren eine Dividende zu sichern.

Das ist traurig. Im ersten Augenblick eine große Begeisterung bei jeder Sache, bald aber eine sehr große Abneigung! Und darum gelingen auch so wenig Dinge, denn die Leute haben weder Verständnis noch Ausdauer.

Da der Katolik dies alles wußte, warnte er im voraus, daß Konsume nicht gedeihen werden. Diese Voraussage hat sich verwirklicht, wir hätten aber lieber gewollt, wenn wir uns in unserer Auffassung getäuscht hätten. Diese Gelegenheit benützend, stellen wir fest, daß, wenn die Leute nicht mehr Ausdauer in allen Angelegenheiten gewinnen werden, nichts gelingen wird, und die ganze Arbeit am Volke und für das Volk wird nur ein Gehen aus dem Regen in die Traufe sein.



Aus Nr. 25 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 27. Februar 1906:

Zabrze.

Unter den Mitgliedern des hiesigen Konsums „Unitas“, der sich aufgelöst hat, herrscht angeblich Beunruhigung, die durch verschiedene von deutscher Seite stammende Gerüchte geschürt wird. Ein deutsches Blatt schrieb sogar, daß die Mitglieder je 20 bis 30 Mk. werden zuzahlen müssen. Uns scheint es, daß zu irgendeiner Beunruhigung kein Anlaß vorliegt. Soviel wir wissen, wird kein Mitglied des aufgelösten Konsums auch nur einen Pfennig zuzahlen, und zwar sowohl in Zabrze, wie in Lipine und Beuthen. Der Konsum hat nicht bankrott gemacht, sondern er hat sich freiwillig aufgelöst. Auf dumme deutsche Klatschgeschichten achte man daher nicht.

Aus Nr. 43 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 23. Februar 1906:

Wie den geehrten Lesern sicherlich bekannt ist, veranstaltete verflossenen Sonntag der Sokolverein in Dzieditz zum Andenken an die Helden des Januar-aufstandes eine Abendunterhaltung. Dessen eingedenk, daß wir unter dem Preußen nicht bald so etwas sehen können, eilten wir zu unseren gastlichen Brüdern, wo wir mit offenen Armen empfangen wurden. Wie lachten unsere Herzen, als sie diese strammen Sokolgestalten sahen, diese schönen Lieder und die teure Muttersprache, die man uns hier zu entreißen sucht, hörten. Vergeblich würde ich mich bemühen, diese Gefühle, unsere strahlenden Gesichter und diese Freudentränen, die uns mit Gewalt in die Augen traten, zu beschreiben. Als wir von diesen heldenhaften Ringkämpfen unserer Brüder mit dem uralten Feinde, die Deklamationen voll Feuer hörten, in dem Theaterstück „Rosciusko in Petersburg“ diese unerschütterliche Standhaftigkeit unseres unsterblichen Führers in der Gefangenschaft und seines Genossen, den Tod eines derselben sahen, da gewannen wir fürwahr unsere Muttersprache und unser teures Land desto mehr lieb. Wir haben erkannt, welchen Schatz wir besitzen, für den alle Mühen und Leiden zu ertragen es lohnt!

Für diese erhabenen Augenblicke, die uns für immer im Gedächtnis verbleiben werden, sagen wir unseren Dzieditzer Brüdern herzlichen Dank.

Jetzt noch ein Wort! Ich sah eine Reihe von Oberschlesiern aus entfernteren Gegenden, wie aus Brzesc, Stauda usw., ich sah aber niemanden aus Gwiflice, Goczalkowiz, obgleich diese Dörfer Dzieditz am nächsten liegen. Das stimmte mich traurig. Brüder Landsleute, seid ihr wirklich so verschlafen und träge, daß euch nichts wachzurufen vermag? Ich hoffe, daß die Dzieditzer Brüder in Zukunft noch manchesmal solche Abendunterhaltungen veranstalten werden; dann eilet zu ihnen, und ihr werdet es nicht bedauern.

Einer für alle.

Aus Nr. 16 des Polak (Kattowitz)

vom 1. März 1906:

### Die Angst der Zentrumsleute

um die oberschlesischen Mandate kennt keine Grenzen. Zwei Jahre trennen uns noch von den künftigen Wahlen, unser Wahlkomitee aber dachte leider noch nicht einmal an die kommenden Wahlen und schläft den Schlaf der Gerechten, sich mit dem polnischen

Spruchwort tröstend: „Auf irgend eine Weise wird es schon gehen!“ Die Zentrumsleute dagegen hören das Gras wachsen, und sie verkünden der Welt, daß das polnische Wahlkomitee schon in allen polnischen Wahlbezirken Kandidaten für die nächsten Wahlen aufgestellt habe. Die Zentrumsleute nennen sogar schon diese von unserem Komitee hierzu auserlesenen Kandidaten. Zum Amüsement unserer Leser geben wir die Namen dieser angeblichen Kandidaten wieder: Für Kattowitz-Zabrze Korfanty, Beuthen-Tarnowitz Dr. Stenslicki, Pleß-Rybnik Kowalczyk, Ratibor Damenschnieder Pentakiewicz aus Beuthen (Nacht auch tot! Bemerkung des Schriftsetzers), Oppeln Dr. Adamczewski, Gleiwitz-Lublinitz Josef Siemianowski.

Über die Einfalt der Zentrumsleute könnte man vor Lachen bersten. Herrn Pentakiewicz kennt niemand, und soviel wir wissen, ist er ein Deutscher, der mit den Polen nichts zu tun hat. Es müßte ihn denn irgend ein Konkurrent in die Kandidatenliste aufgenommen haben, um ihn in seinem Geschäft zu schädigen.

Allein nicht nur zum Amüsement der Leser veröffentlichen wir dies, sondern auch dazu, um unser Wahlkomitee zur Arbeit anzuregen. Zum Wohle der guten Sache müßte man wünschen, daß es so tätig wäre, wie es die Zentrumsblätter beschuldigen.

Aus Nr. 15 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 20. Februar 1906:

### Neuer Industrieverein.

In diesen Tagen wurde zu Oppeln ein Industrieverein (Towarzystwo Przemysłowcow) gegründet, welchem sofort 25 Mitglieder beitraten. Den Vorstand bilden 7 Mitglieder. Gewählt wurden: zum Vorsitzenden Herr Ingenieur Koraszewski, zu dessen Stellvertreter Herr St. Sychalski, zum Schriftführer Herr A. Brzezinski, zum Kassierer Herr F. Pajzkowski, zum Bibliothekar Herr Bonwolny, zu Beisitzern die Herren Duda und Bongorski. Die Versammlungen werden alle zwei Wochen stattfinden. Das Vereinsorgan ist die Gazeta Opolska.

Aus Nr. 16 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 23. Februar 1906:

### Der Industrieverein in Oppeln,

welcher sich hier am verflossenen Sonntag gebildet hat, zählt bereits etwa 30 Mitglieder. Das ist für unsere Verhältnisse eine ansehnliche Zahl, aus der man folgern darf, daß sich der Verein im Laufe der Zeit noch besser entwickeln wird. Dem Verein traten ältere und jüngere Mitglieder bei, insbesondere junge Kaufleute, die zum größten Teil noch keinem Verein angehört haben. So kann dieser Verein zu einem Brennpunkt werden, der in unserer Stadt gefehlt hat, und der ein Bindeglied und Band bisher zersplitterter Kräfte werden kann. Dem Industrieverein kann jeder Landsmann beitreten, der guten Willens ist; der Name des Vereins zieht hier weder Grenzen, noch bereitet er Hindernisse, weil fast jeder von uns in seinem Berufe ein Industrieller in seiner Art ist. Die Mitglieder des Vereins werden eine besonders wichtige und schöne Aufgabe erfüllen, wenn sie Landsleute, die ab-



gefordert und ohne jede Fühlung mit dem brüderlichen Element leben, ausfindig machen und zum Beitritt in den Industrieverein anspornen werden. Dem jungen Verein wünschen wir guten Erfolg. Glück auf!

Wir erhalten folgende Zuschrift: Nachdem ich nach meiner Rückkehr von einer mehrtägigen Reise in der Gazeta Opolska gelesen, daß ich zum Stellvertreter des Vorsitzenden im Vorstand des Industrievereins gewählt worden bin, danke ich für das mir allseitig erwiesene Vertrauen, gleichzeitig erkläre ich aber, daß ich dieses Amt nicht übernehmen kann. Dagegen werde ich mich gern als ordentliches Mitglied des Vereins eintragen lassen und mit voller Hingabe seine Entwicklung zu fördern suchen.

Oppeln, den 21. Februar 1906.

St. Spychalski.

Aus Nr. 45 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 24. Februar 1906:

### In Jenzor (Österreich)

Am Sonntag Nachmittag die Eröffnungsfeier eines neuen Hauses mit Restauration statt. Es waren nur 30 Mann erschienen, weil der Landrat in Kattowitz die über die Brenna führende Privatbrücke (der Myslowitzer Grube) bewachen ließ und Versammlungsteilnehmer durchzulassen verbot. Es waren 3 Delegierte des Volksschulvereins aus Krafau eingetroffen. Es wurde beschlossen, eine Filiale dieses Vereins zu gründen, gegen das Vorgehen des Kattowitzer Landrats zu protestieren und einen Rosciuszko-Leseverein ins Leben zu rufen.

Aus Nr. 16 der Gazeta Opolska (Oppeln).

### In Ratibor

hat sich unser Landsmann Herr Rechtsanwalt Ratajski niedergelassen, auf dessen heutige Bekanntmachung wir die geehrten Leser aufmerksam machen.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen)

vom Februar 1906:

Kattowitz.

Sonntag, den 17. Dezember 1905 hat die Generalversammlung des Turnvereins „Sokol“ stattgefunden. Die Tagesordnung lautete wie folgt:

1. Eröffnung und Verlesung des Protokolls der Monatsversammlung.
2. Wahl des Vorsitzenden und des Schriftführers.
3. Mitteilungen des Vorstandes und zwar Ausschießung von Mitgliedern.
4. Berichterstattung der einzelnen Vorstandsmitglieder.
5. Neuwahl des Vorstandes und des Rates.
6. Wahl eines Delegierten für die Gauversammlung.
7. Anträge.

Das verlesene Protokoll wurde angenommen. Zum Vorsitzenden der Generalversammlung wurde durch Zuzuf Kamerad Szyperski und zum Schriftführer Kamerad Malczewski gewählt. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Vorstand auf Grund des § 5 der Satzungen gezwungen sei, der Generalversammlung vorzuschlagen, 27 Kameraden, die seit mehr als einem Jahre keine Beiträge mehr zahlen, auszuschließen. Die Versammlung ist damit einverstanden. Aus der Berichterstattung des Schriftführers erfahren wir, daß der Verein am Jahresanfang 86 Mitglieder zählte; beigetreten waren 19 Mitglieder, ausgetreten resp. ausgeschloffen sind 49, es verbleiben für das neue Jahr 56. Es haben 9 Vorstands-, 10 Monatsversammlungen und eine Generalversammlung stattgefunden.

Die Einnahme betrug 551,66 Mark, die Ausgabe 430,80 Mark, es verbleiben 120,66 Mark. Die Schuld des Vereins beträgt 150 Mark. Der Wert des Inventars ist 388 Mark. In den Vorstand wurden zum dritten Male gewählt die Kameraden Szyperski als Vorsitzender, Malczewski als Schriftführer, neugewählt Kamerad Wolski zum Turnwart. In den Rat wurden gewählt die Kameraden: Dr. Seyda, Wigon, Rzepka, Kowalczyk II, Okulicz, Raf, Szafan und Szynkowiak. Zum Delegierten wurde Kamerad Szyperski gewählt.

„Hilf Gott“ der gemeinschaftlichen Arbeit im neuem Jahre. „Czolem“.

Malczewski, Schriftführer.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen),

vom Februar 1906:

Lipine.

Infolge Mangels eines Saales leidet unser Verein doppelt; erstens tritt nur eine geringe Zahl dem Verein bei, zweitens zahlen die Mitglieder sehr mäßig ihre Beiträge. Deshalb hat auch der Vorstand viel Arbeit, um den Verein einigermaßen aufrecht zu erhalten. Hätten die Mitglieder mehr Mut und könnten sie andererseits etwas schweigen, so würde der Verein noch besser prosperieren. In der Lage aber, in der wir uns befinden, muß man sehr vorsichtig sein. Wir haben in mehreren Prozessen gesehen, welchen Schaden die nationale Sache oft durch übermäßige Geschwätzigkeit davonträgt; ich will hier nur den letzten Prozeß der Abstinenten in Gleiwitz in Erinnerung bringen. So hat denn auch der Vorstand alle Mühe daran gewandt, um irgendwo einen Saal zu mieten, und es ist ihm wirklich gelungen, mit einem gewissen Bürger einen Kontrakt abzuschließen. Wir haben eine Versammlung einberufen, zu der eine ziemlich große Zahl Personen erschienen war, die dem Verein beitreten wollte. Doch was geschah? — Befagter Herr hat mit einemmal Hasengedanken erhalten und er wollte den Saal auf keinen Fall öffnen! Wir machten ihm Vorstellungen, daß wir die Sache dem Gericht übergeben würden, doch hat dies alles nichts geholfen. Der Herr Eigentümer hat den Saal nicht geöffnet. Es erschien der Wachtmeister Helbing mit dem Polizeiergeanten Eis zwecks Überwachung der Versammlung. Da aber die Versammlung nicht stattfinden konnte, so hat dies dem Herrn Helbing so viel Vergnügen verursacht, daß er aus großer Freude die Leute auf der Straße durcheinanderjagen zu reizen anfang. Ein Kamerad aber, der nicht zu schnell die „Flucht“ ergriff und auf dem Kopfe eine „maciejowka“ trug, fiel Herrn H. am meisten auf. Er kehrte zu ihm zurück und sagte, daß er in seiner „Hurramühe“ auch



dazu gehöre. Nachher hat sich der Herr Polizist die Sache anders überlegt: er hält ihn an und stellt ihm verschiedene Fragen, welche ihm jener Kamerad ruhig beantwortet. Herr H. ist jedoch so weit gegangen, daß er sogar um den Ort der Beschäftigung frug und er wollte den Kameraden ins Gefängnis abführen, da er ihm nicht rasch genug antwortete. Nach einigen Tagen wurde unser Kamerad aus seiner Arbeit entlassen. Nicht wahr, Kameraden, eine schöne Blume preussischer Freiheit. Ich muß noch bemerken, daß Herr Helbing sich einer besonderen Schneidigkeit gegenüber der hiesigen Bevölkerung erfreut, da nach seiner Meinung nicht alle wissen, was Gesetz und was Beamtenstolz ist, und er hat in gewisser Hinsicht Recht.

Czolem!

## Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 40 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 20. Februar 1906:

Der Vorstand und der Aufsichtsrat des **Rheinisch-westfälischen Polenbundes** hielten am 18. Februar d. J. eine Sitzung in Essen ab, um über die Frage zu beraten, wie sich der **P o l e n b u n d** gegenüber dem Verein „Straz“ zu verhalten habe. An das Präsidium des Bundes hat die „Straz“ ein Schreiben gerichtet mit der Anfrage, ob es möglich sei, die beiden Organisationen zu vereinigen. Der Bundessekretär Brejski hat auf das Schreiben der „Straz“ eine Antwort verfaßt und diese der gemeinsamen Sitzung in Form folgenden Beschlusses angetragen vorgelegt:

1. Die „Straz“ und der Polenbund müssen örtlich getrennt bleiben. Der Polenbund behält Westdeutschland bis zur Elbe und schlägt der „Straz“ vor, in Polen zu bleiben und auch die Auswanderer bis zu dem rechten Elbufer für sich zu behalten. Der „Straz“ ist es nicht gestattet, sich im Bezirk des Polenbundes zu organisieren; der Polenbund hingegen gibt das Versprechen, nicht in das Gebiet der „Straz“ einzudringen.

2. Die „Straz“ und der „Polenbund“ können gegenseitig Versammlungsredner einladen. Zur Aufklärung der Polen in der Heimat über die Verhältnisse in der Fremde werden Bundesmitglieder in den Strazversammlungen als Redner auftreten, und umgekehrt können zur Erhaltung steter Verbindung mit der Heimat Mitglieder der „Straz“ in den Versammlungen des Bundes sprechen.

3. Drucksachen, Flugschriften usw., die einem größeren Kreise der Bevölkerung zugänglich gemacht werden sollen, können die beiden Organisationen gemeinschaftlich verbreiten und die hierdurch erwachsenden Kosten müssen die beiden Organisationen sich gegenseitig ersetzen.

4. Der Verein „Straz“ soll beim Verkauf von Parzellen vermitteln zwecks Erhaltung des Grundes und Bodens in polnischen Händen, der Polenbund dagegen verspricht der „Straz“, ihr rechtshaffene polnische Käufer zuzuwiesen.

5. Zwecks Durchführung des Rechtsschutzes in politischen Prozessen wird der Polenbund die einzelnen Angelegenheiten der rechtlichen Sektion der „Straz“ überweisen und hierfür an den genannten Verein einen bestimmten Beitrag zahlen.

In der Aussprache über diese Antwort führten die einzelnen Redner zahlreiche Gründe an gegen

eine Verschmelzung beider Organisationen. Auch der Vertrauensmann der „Straz“ sprach sich gegen die Verschmelzung aus.

Aus Nr. 41 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 21. Februar 1906:

Der Selbsthilfsverein der Kaufleute und Handwerker für Westfalen und das Rheinland hielt am Montag in Essen seine Jahres-Generalversammlung ab. Die Beteiligung der Mitglieder war schwach. Weil der frühere Vereinschriftführer, Herr Anton Brejski, sein Amt vor einigen Monaten niedergelegt hatte und an seiner Stelle noch kein anderer Schriftführer gewählt worden ist, war der Bericht über die Tätigkeit des verflossenen Jahres sehr kurz und unvollkommen. Bei der Wahl des neuen Vorstandes stieß man auf unvorhergesehene Schwierigkeiten. Der Vorstand konnte nicht vollständig gewählt werden, weil sich alle weigerten, Vorstandsämter anzunehmen. Schließlich einigte man sich dahin, daß das Amt des Vorsitzenden Herr Ignaz Kwasniewski aus Bochum behielt, Herr Lorenz Franka behielt das Amt des Kassierers, zum Schriftführer wurde Herr Ignaz Zminski gewählt. Vertreter des Vorsitzenden ist Herr Johann Bloch aus Essen, Vertreter des Kassierers Herr Johann Swoboda aus Bottrop und Vertreter des Schriftführers Herr Porzysz aus Essen.

Aus Nr. 41 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 21. Februar 1906:

### Polentum.

In der am vergangenen Sonntage in Essen abgehaltenen Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats des „Polenbundes“ wurde die Gründung eines besonderen Bureaus für den „Bund“ beschlossen. Ständiger Beamter des Bureaus soll vom 1. März ab Herr Johann Wilkowski, Vorstandsmitglied, sein. Das Bureau soll sich in Bochum befinden. Sämtliche den Bund betreffende Sachen sollen daselbst erledigt werden. Ein Lokal ist noch nicht gemietet. Sobald dies geschehen ist, werden wir die nähere Adresse des Bureaus angeben.

Die Generalversammlung des Bundes soll am 4. März in Bochum oder in Essen abgehalten werden.

Aus Nr. 45 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 25. Februar 1906:

### Mangel an nationaler Würde.

Aus der Rheinprovinz wird uns geschrieben: Von Zeit zu Zeit hört man, daß dieser und jener polnische Verein während der preussischen Jubelfeste ein Vergnügen veranstaltet, und das geschieht deshalb, weil in solchen Fällen keine Lustbarkeitssteuer gezahlt zu werden braucht. Ein solches Verfahren ist jedoch streng zu verurteilen, denn es ist gegen die nationale Würde. Preussische und deutsche „Jubelfeste“ mögen die Preußen veranstalten, so viel es ihnen gefällt, einem Polen aber geziemt es nicht, sich an ihnen zu beteiligen, noch viel weniger geziemt es sich, selbst irgend welche Festlichkeiten aus Anlaß deutsch-patriotischer Feiern zu begehen.

Haben wir Polen denn einen Grund dazu, uns an solchen Tagen zu freuen, zumal die preussische Re-



gierung immer wieder neue Ausnahmegesetze gegen uns erlünnt? Ist das nicht ein Mangel an nationalem Ehrgefühl, wenn jemand preußisch-patriotische Festlichkeiten deshalb veranstaltet, um einige Mark Lustbarkeitssteuer zu ersparen?

Ich sage nur das eine: „Möge kein Pole zu den preußischen Zubelvesten gehen!“

Aus Nr. 40 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 20. Februar 1906:

Kley bei Lütgendortmund.

Gestern, Sonntag, fand in Kley eine Versammlung zwecks Gründung eines polnischen Vereines für die Landsleute aus Kley und Umgegend statt. Es meldeten sofort 24 Landsleute ihren Beitritt zum Verein an.

In den Vorstand wurden gewählt: M. Wojter, Vorsitzender, Andr. Dominiał, Stellvertreter, Ignaz Nowicki, Schriftführer, Joh. Bachorz, Vertreter, Ign. Luczewski, Kassierer, Ant. Grzybek, Bibliothekar.

Der Verein erhielt den Namen „St. Andreas-Verein in Kley.“

Liebe Landsleute in Kley und Umgegend! So haben wir denn einen polnischen Verein in Kley, der doch so notwendig war; es gibt hier genug Landsleute, so daß ein Verein existieren kann. Sammelt euch daher unter unsere Fahne, möge sich niemand von dem Vereine zurückziehen, sondern möge sich ihm jeder mit Lust und Liebe anschließen; nur wenn wir stark an Mitgliederzahl sind, können wir erfolgreich gegen die preußische Begehrlichkeit ankämpfen.

Ign. Nowicki.

(Wir wünschen dem neuen Verein in Kley ein herzliches „Glück auf“! Die Red. des Wiarus Polski.)

Aus Nr. 42 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 22. Februar 1906:

Bottrop.

Am Dienstag Abend ist in Bottrop ein Verein polnischer Kaufleute und Industrieller zwecks gegenseitiger Belehrung und Unterstützung auf dem Gebiete des Gewerbes und des Handwerks gegründet worden. In den Vorstand wurden gewählt: Franz Zagola als Vorsitzender, Joh. Deml als Schriftführer und Georg Kłosok als Kassierer.

Aus Nr. 2 des Sokół (Pojen)

vom Februar 1906:

Die Versammlung wurde von dem Gau-Vorsitzenden Kamerad Johann Baranski um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr nachmittags eröffnet. Bei Feststellung der Anwesenden hat es sich herausgestellt, daß nachstehende Vereine vertreten waren: Wanne I, Wanne II, Wattencheid, Herne, Günnigfeld, Röhlingshausen, Caterberg, Bismarck, Hüllen, Ueckendorf, Schonnebeck, Bochum, Gelsenkirchen-Vulnke, Steele und Altenbochum.

Der Vorsitzende berührte zuerst die Angelegenheit des Preises des Vereins Röhlingshausen, welchen dieser auf dem Feste in Winterswyf errungen und den die Polizei in der Versammlung in Caterberg konfisziert hatte. Es wurde beschlossen, für Röhlingshausen aus Mitteln der Gaukasse ein neues

Bild zu kaufen und das konfiszierte, welches man inzwischen zurückgehalten hat, auf dem nächsten Feste wiederholt zu verlosen.

Der Vorsitzende drückt sein Bedauern darüber aus, daß der technische Zirkel und der vorjährige Turnwart trotz mehrmaligen Bittens und mündlicher Mahnungen bis heutigen Tages dem Verbande keinen Bericht über die Turnübungen auf dem vorjährigen Feste eingereicht haben. Der stellvertretende Turnwart Kamerad Bereczynski stellt fest, daß der technische Zirkel nur auf dem Papier existiere, er habe bisher nicht einmal eine gemeinschaftliche Beratung abgehalten. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, den ehemaligen Gau-turnwart noch einmal schriftlich aufzufordern, er möge seiner Verpflichtung sofort nachkommen.

Der Vorsitzende bedauert, daß wir an die einzelnen Kameraden die durch sie errungenen Diplome noch nicht verteilen können, da die Druckerei, wo wir sie bestellt haben, uns angeführt hat. Auf Antrag des Kameraden Wilkowski beschließt die Versammlung, der Firma als letzten Lieferungstermin den 1. März l. Js. anzugeben. Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung betont der Vorsitzende, daß es Zeit wäre, an das künftige Gaufest zu denken, und er stellt den Antrag, die Versammlung möge, was den Ort und den Termin des Festes anbelangt, keinen Beschluß fassen, sondern diese Angelegenheit dem Vorstande überlassen, der die hiesigen Behörden erst um Erlaubnis fragen werde. Sollte man uns eine solche nicht bewilligen, oder nur eine beschnittene mit Einschränkungen verschönte, dann fahren wir, wie im vorigen Jahre, — nach Holland. Die Versammlung ist mit diesem Antrage einverstanden.

Der Vorsitzende empfiehlt warm die Einberufungen von Sokol-Versammlungen in den einzelnen Ortschaften. Zweck dieser Versammlungen soll sein, die dortige Allgemeinheit der Emigranten mit dem Ideen und den Zwecken des Sokolturns bekannt zu machen. Dieser Gedanke wird von dem Kameraden Tworowski aus Steele durch eine hehre patriotische Ansprache unterstützt, worin er zur Verbreitung der nationalen Bildung und zur Bekanntmachung der Sokol-Schar mit der Vergangenheit unseres Volkes ermuntert. Die Versammelten lobten diese Ansprache mit Händeklatschen. Kamerad Lukaszewski teilt mit, daß Caterberg zu diesem Zwecke bereits ein Komitee gewählt und eine Sokol-Versammlung dortselbst für den 11. Februar angesetzt habe. Kamerad Wilkowski widerlegt im weiteren Verlaufe der Verhandlungen die Behauptung des Vorsitzenden, der „Sokol“ sei eine katholische Vereinigung; er sei eine Sportvereinigung, welche in ihren Kreis einen jeden biederen Polen ohne Konfessionsunterschied aufnehmen kann. Die Ansicht des Kameraden Wilkowski wird von einigen anderen Kameraden unterstützt.

Schließlich berührt der Vorsitzende die Angelegenheit des Baues eines Turnsaales in Wanne, und er bittet um Sammlung von Beiträgen zu diesem Zwecke in den Vereinen. Kamerad Wilkowski ist dagegen, er behauptet, wir müßten erst ernst daran denken, die polnischen Häuser in Bottrop und Bochum zu erbauen, denn wir begännen viel, hätten aber bis jetzt noch nichts vollendet. Es wären noch andere Sammlungszwecke vorhanden, wie z. B. für die hungernden Landsleute im Königreich Polen und für die Waisen der im Gleiwitzer Prozeß Verurteilten usw. Kamerad Tworowski ist überhaupt dagegen, hier in der Fremde polnische Häuser zu bauen, da wir doch ewig hier nicht bleiben



würden; sobald über Polen die Sonne scheinen werde, so würden wir alles hier lassen und nach unserem lieben Vaterlande, zu unseren elterlichen Söhnen zurückkehren. Kamerad Wilkowski stellt demgegenüber fest, daß solche Häuser in einigen Ortschaften dennoch erwünscht wären, da die Vereine oft ohne Dach seien oder auf Gnade und Ungnade des oft Hand in Hand mit der Polizei gehenden Wirtes angewiesen seien.

Kamerad Eloma fordert laut einem bereits früher gefaßten Beschlusse mit 50 Pfennig Strafe diejenigen Kameraden zu belegen, die zu dem Feste in Hüten anstatt in „maciejowkas“ erschienen seien. Der Vorsitzende schlägt vor, diesmal davon noch Abstand zu nehmen; in Zukunft soll die Bestrafung rücksichtslos stattfinden.

Es wurde die Angelegenheit des Vereins Rothhausen berührt, daß Leute, die an der Spitze waren, es so weit kommen ließen, daß der Verein eingegangen ist. Kamerad Baranski spricht sein Bedauern darüber aus, daß er zweimal an den Vorsitzenden des Vereins Rothhausen Kameraden Zwilkowski geschrieben, aber keine Antwort erhalten habe.

Nach Erledigung noch einiger administrativer Angelegenheiten wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden, der den Kameraden Vorsitzenden und Turmwarten für das zahlreiche Erscheinen dankte, mit dem Sokol-Lozungswort „Czolem“ geschlossen.

Nach Absingen des Verjes „Ospaly i gnusny“ (Verschlafen und träge) trennten wir uns.

Der Vorstand des Westfälisch-Rheinländischen Gaues X des polnischen Sokol-Verbandes im deutschen Reiche.

Johann Baranski, Vorsitzender des Gaues X.  
Johann Rwiattowski, Gau-Schriftwart.

## Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 17 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)  
vom 28. Februar 1906:

### Berlin-Moabit.

Sonntag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr wird im Lokale der Brauerei Pagenhofer, Turmstraße 25, eine

### polnische Volksversammlung

stattfinden.

Auf der Tagesordnung steht: „Die gegenwärtige Lage des polnischen Volkes.“ Diskussion.

Die Agitations-Kommission  
der P. P. S.

## Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 82 des Slowo Polskie (Lemberg)  
vom 19. Februar 1906:

### Deutschland am Vorabend des Krieges.

Die Augen ganz Europas und der ganzen Welt sind auf die Gefahr gerichtet, welche Deutschland bildet. Die Absichten Kaiser Wilhelms, von welchem eigentlich alles abhängt, sind unbekannt und geheimnisvoll. „Der Kaiser ist unberechenbar,“ sagen die Deutschen. Niemand weiß es, was er denkt und was er beschließt. Alle befürchten jedoch, daß die allernächste Zukunft trübe sein wird, weil die Lage Deutschlands, trotz ungeheurer günstiger

Verhältnisse, ungünstig ist. Im Bereich der äußeren Politik gibt es zu viele Versuchungen und sich anbietende ausgezeichnete Gelegenheiten zu Abenteuer und in dem der inneren zu viele Explosivstoffe.

Das innere Gleichgewicht des deutschen Lebens ist erschüttert, und der Abgrund zwischen dem Staatsorganismus und dem sozialen Organismus einerseits und den neuen Idealen andererseits wird immer größer. Die Sozialdemokratie erhebt immer stolzer ihr Haupt und blickt immer dreister dem preussischen Adler in die Augen. Von den sieben Millionen deutscher Wähler sind drei Millionen Sozialdemokraten. Binnen kurzem — sagen sie — werden wir die Mehrheit haben. Die deutschen Revisionisten hoffen, daß dann die Hohenzollern durch die Macht der Tatsache gezwungen sein werden, mit ihrem ganzen Apparate des Junkertums und des Militarismus und des Kämpfenden, die Ruhe Europas ewig bedrohenden Patriotismus zu kapitulieren. Diese Hoffnung ist durch den dauernden Zuwachs der deutschen Sozialdemokratie derartig begründet, daß diese in den letzten Jahren den Gedanken an eine Revolution aufgegeben hatte und letzterer eine allmähliche Evolution vorzog. Erst die russischen Ereignisse regten ihn wieder an, indem sie leidenschaftliche Zwistigkeiten über die Möglichkeit und Möglichkeit eines allgemeinen politischen Streiks unter den Sozialdemokraten wachriefen. Mit Bebel an der Spitze entstand eine mächtige Partei der Tat, welche den politischen Streik anerkennt, obwohl sie eine Menge äußerst vorsichtiger Vorbehalte und Bedingungen annimmt.

Der Hauptstab der Sozialdemokratie in der Redaktion des Vorwärts erfuhr unlängst eine gründliche Reorganisation: aus der Redaktion wurden allzu gemäßigte Elemente der sogenannten idealen Sozialdemokraten entfernt. Die Anhänger Bebels verzichteten nach wie vor auf Revolution und Gewalttaten, sogar auf gefährliche Straßenkundgebungen. So wurde auf die geplante Heerschau der sozialdemokratischen Armee am Sonntag, dem Jahrestage des Petersburger Januar-Blutbades, verzichtet und zwar wegen der drohenden Haltung der Regierung, welche die Truppen zusammengezogen, sogar scharfe Patronen verteilt und in den Plakaten den Trepowschen Ton angeschlagen hatte. Das kalte Blut und die Überlegung der sozialistischen Anführer, sowie die staunenswerte Disziplin in den Reihen raubten der Regierung die Möglichkeit eines leichten Triumphes. Die Regierung beurteilt denn auch, trotz des Widerrufs der Demonstration, gebührend die Kräfte des um so gefährlicheren, weil besonnenen und vorsichtigen Gegners.

In den Auslassungen und Reden der preussischen Regierungsmitglieder, bei dem Kaiser selbst anfangend, gibt es zur Genüge Beweise dafür, daß in diesen Kreisen die Furcht vor der Sozialdemokratie zunimmt. Des Kaisers porte parole, Reichskanzler v. Bülow, erklärte am 9. Dezember v. J. feierlichst, daß er es nie und nimmer zugeben würde, daß die deutsche Nation in das Joch der Sozialdemokratie gerate. Rosadowsky tröstete in diesen Tagen, allerdings in ziemlich leeren Worten, den Reichstag, daß die Sozialdemokraten dort niemals die Mehrheit erhalten würden. Auf einem Zunkerballe in Berlin erklärte v. Bülow, daß die Rettung vor der Sozialdemokratie in der bäuerlichen Landwirtschaft bestehe, welche er denn auch, so lange er am Ruder der Regierung stehen werde, mit allen Mitteln als das Gegengewicht unterstützen würde.

Auf dem Parteitage in Jena hat Bebel zweifellos übertrieben, indem er erklärte, daß drei Jünstel



des deutschen Heeres Sozialdemokraten seien. Es ist dies jedoch eine geschickte Übertreibung; er kann sie stets damit begründen, daß er nicht die Armee auf dem Friedensfuß, sondern die auf dem Kriegsfuß im Sinne hatte. In der Armee auf dem Friedensfuß, welche sich fast ausschließlich aus sehr jungen Leuten zusammensetzt, kann es höchstens 30 v. H. Sozialdemokraten geben, wobei nicht außer acht gelassen werden darf, daß die sozialistischen Anführer selbst, angesichts der bekannten strengen Disziplin in der preußischen Armee, den Rekruten empfehlen, während ihrer Dienstzeit die Sozialdemokratie zu vergessen. Auf diese Weise wird während der Militärdienstzeit die Soldatenkrankheit nach innen getrieben und die Armee befindet sich während des Friedens vollständig in der Hand der Regierung.

Das wissen die Sozialdemokraten, aber auch die Regierung weiß es recht gut, welche es klar einsieht, daß diese Krankheit dereinst, wenn der geeignete Augenblick gekommen sein wird, mit unwiderstehlicher, elementarer Gewalt ausbrechen wird.

Allmählich, aber um so unaufhaltbarer unterliegt die deutsche Armee samt ihrem inneren Organismus und den preußischen geschichtlichen Überlieferungen der Zersetzung. In vielen deutschen sozialistischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß Deutschland im Falle eines Krieges mit Frankreich eine Niederlage erleiden werde. Die sozialdemokratische Presse erklärt ausdrücklich, daß der deutsche Arbeiter sich nicht mit Begeisterung für den Junkerstaat schlagen könne. Ohne Begeisterung jedoch könnte unmöglich gesiegt werden, wenn der Gegner diese Begeisterung besitze. Und es könnte doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Franzosen, erneut angegriffen, die ihrer Rasse eigene Kriegsbegeisterung entfalten würden.

Diese pessimistischen Kriegsprophezeiungen sind eine neue Erscheinung in Deutschland und haben als solche vor allen Dingen eine symptomatische Bedeutung. Ihrem meritorischen Werte ist eine große Bedeutung nicht beizumessen, weil die Hitzköpfe meist bereits in der Gegenwart das sehen, was erst eine Kata morgana der Zukunft bildet.

Die Vertreter anderer, gemäßigterer deutscher Lager sehen auch die Sache viel gemäßigter an. „Der stramme Zug Deutschlands hält noch an“, behaupten sie, und die Franzosen reichten für Deutschland nur „pour la bonne bouche . . .“. Der Zersetzungsprozeß geht in Deutschland schon lange vor sich und nicht allein die Sozialdemokraten halten ihn aufrecht. Die Deutschen bereichern sich. Die deutsche Industrie schafft Luxus- und Vergnügungsgegenstände in jeder Gestalt und zu allen Preisen. Die Verweichlichung ist groß und jedem zugänglich. Das Leben auf großem Fuß — früher in Deutschland unbekannt — erstreckt sich heute auf immer breitere Kreise. Der sich früher mit einem elenden Gehältnen begnügende und Wunder von Fleiß, Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit verrichtende preußische Beamte strebt heute nach immer neuen und höheren Gehaltszulagen, aber auch diese reichen ihm nicht; er gerät in Schulden und sucht nach ungeheuerlichen Einnahmequellen. Schon jetzt kann man in Preußen vieles kaufen, an das man früher nicht einmal im Traume denken durfte. Die preußischen Gerichte sind unter dem Drucke der Karrierenreiterei und des Bürokratismus in ihren Grundfesten erschüttert (polnische Prozesse). Das alte Spartanertum geht abhanden . . . aber heute genügt es noch, um jeden Feind Deutschlands zu schlagen. Der Schwund der preußischen Militärmacht kann nicht so plötzlich erfolgen.

Sogar die antimilitärischen Drohungen der Sozialdemokraten nehmen die gemäßigten, aber ihre Nation gehörig kennenden Deutschen nicht so tragisch. Sie verweisen nicht mit Unrecht auf die besondere Färbung der nördlichen deutschen Sozialdemokratie. Hat ja doch Bebel dem Reichstage sein Ehrenwort gegeben, daß im Falle einer Deutschland drohenden Gefahr alle Sozialdemokraten, Greise und er, Bebel, nicht ausgenommen, zu den Waffen greifen und bis zum letzten Atemzuge jede handvoll deutscher Erde verteidigen würden. Bebel sprach zwar von einem Defensivkriege, aber welchen Krieg wird die Regierung nicht als einen defensiven hinstellen wissen?

Man darf überhaupt nicht vergessen, daß ein großer Teil der deutschen Sozialdemokratie mit dem einen Fuße auf dem Grunde der Bourgeois-Ideale steht. Die Anführer des Bebel'schen Typs erklären sich offenbar aus taktischen Gründen damit einverstanden. Es handelt sich darum, daß der außerordentlich schnelle sozialdemokratische Stimmenzuwachs in Deutschland bis zu einem gewissen Grade die Folge der Unzufriedenheit der breiten Volksmengen aus den sogenannten „liberalen Parteien“ ist, welche tatsächlich zu veraltet und zu konjunktiv sind. Die fortschrittliche Bewegung der Gesellschaft tritt in der Weise in die Erscheinung, daß viele Bürger ihre Stimmen den Sozialdemokraten geben, denen sie noch nicht mit Leib und Seele ergeben sind. Diese unsicheren Faktoren huldigen dem allgemeindeutschen Militärpatriotismus, womit so hoch entwickelte und reife praktische Politiker und sozialistische Taktiker, wie Bebel und andere, rechnen. Unter den Anführern theoretischen Autorentums (den west- und süddeutschen Sozialisten) herrscht auch die Überzeugung, daß bis zu Bebel's Tode eine wirklich wesentliche Veränderung in der sozialdemokratischen Partei nicht eintreten werde.

Die Sozialdemokraten werden also, wenn die Militärkapelle aufspielt, heute noch ebenso antanzen, wie das alte Militärpferd, wenn es das bekannte Hornsignal hört. In der deutschen Nation stecken noch zu viel Chauvinismus und von der alten Schule eingeimpfte Erbgangsideale, um sie heute schon vor allem als eine Friedensnation betrachten zu können. Was nach fünf oder zehn Jahren geschehen wird, das ist eine andere Sache. Heute weiß jedoch die deutsche Regierung, daß sie auf die Armee rechnen kann und sie wird sich sicherlich dieses fürchterlichen Schwertes bedienen, bevor es in der Scheide vollständig stumpf geworden.

Der Krieg hängt in der Luft. Wir können überzeugt sein, daß Deutschland nicht zulassen wird, daß Rußland seinen veralteten Organismus in ruhiger Weise umformt und seine Militärmacht erneuert, es wird nicht zugeben, daß die Franzosen auf russische Hilfe im Falle eines deutschen Angriffs rechnen können, für die sie eine so teure Prämie bezahlten.

Dies ist eine Ansicht, welche heute von allen Politikern der ganzen Welt übereinstimmend geteilt wird. Unter anderen kommt Cheradame in seinem neuerdings erschienenen Buche: „Le monde et la guerre russo-japonaise“, die Folgen dieses Krieges analysierend, zu der Überzeugung, daß der deutsche Heerführer die furchtbare, mit so viel Mühe und Geduld erbaute Militärmaschine Deutschlands noch einmal in Bewegung setzen werde, bevor sie gebrauchsunfähig wird, was angesichts der das innere deutsche Leben durchziehenden Strömungen in sehr naher Zukunft erfolgen muß.

Ob er die noch nicht gänzliche Beherrschung der deutschen Armee seitens der Sozialdemokratie wird



den erwarteten Krieg nicht nur nicht hinauschieben, sondern im Gegenteil ihn noch beschleunigen. Die heute noch ausführbaren annektierenden Pläne Deutschlands werden morgen unausführbar werden. Der deutsch-preussische praktische Absolutismus und das „Gottesgnadentum“ Wilhelm II. befinden sich, anlässlich der russischen Ereignisse, in großer Gefahr. Der russische Depotismus, in welchem Wilhelm II. einen so fürsorglichen Beschützer hatte, wird aufhören, ihn mit seiner Macht zu beschirmen, und er wird jetzt der letzte Vertreter des Militärabsolutismus in Europa sein. Er muß sich durchaus mit einem Glorienchein neuer Siege, Errungenschaften und Triumphe des deutschen Imperialismus umgeben, wenn die bis jetzt gegen ihn gerichteten Pfeile ihm keinen Schaden zufügen sollen.

Auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands verlangt diese Triumphe dringend. Heute ist sie zwar noch glänzend, nichtdestoweniger steht sie am Vorabend des großen Bedürfnisses neuer Absatzgebiete und der Verbreiterung der Staatsgrenzen durch Annektierung fruchtbarer und an Rohstoffen reichhaltigerer Gebiete.

Die Macht der deutschen Armee ist Dank der Schwäche Rußlands an seiner Westgrenze zu unerhörten Dimensionen angewachsen. Fünf zum Schutze gegen Rußland bestimmte Armee-korps können jetzt im Ru an die Westgrenze gegen Frankreich geworfen werden. Mittel-Europa mit seinen für Deutschland erwünschten Landstraßen nach Triest, Fiume und nach dem nahen Osten liegt heute Deutschland zu Füßen. Die Deutschen Österreichs drücken unumwunden ihre Bereitwilligkeit aus, mit dem Deutschen Reiche eine Zollunion einzugehen, das heißt, Österreich dem Deutschen Reiche vollständig einzuverleiben. Wann wird Deutschland eine günstigere Zeit zur Verwirklichung seiner Träume erleben? Soll das Deutschland der Hohenzollern das Schwinden seiner beispiellosen, unvergleichlichen Kriegsmacht sich ruhig mit ansehen, indem es sich mit dem, unter den obwaltenden Verhältnissen unvermeidlichen Untergange seines Handels und seiner Industrie und mit dem Ruin seines gesellschaftlichen und staatlichen Organismus einverstanden erklärt?

Wenn es so kommt, dann geschieht es sicherlich nicht mit dem Willen Wilhelm II., sondern infolge unüberwindlicher Hindernisse. Wenn England die deutsche Flotte und die Küsten Deutschlands früher erreichen sollte, als dieses sich entschlossen hat, von den neuen Errungenschaften in Österreich oder in Rußland Besitz zu ergreifen, vielleicht würde dann die bis aufs äußerste gespannte Eroberungsenergie Deutschlands einem Rückgange unterliegen. Außer England aber sehen wir keine andere Macht, welche Deutschland unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen könnte. Aber auch in England haben zur Zeit Faktoren die Oberhand gewonnen, welche von nichts so weit entfernt sind, als von der Schnelligkeit und Kühnheit im Handeln. Auch hier hat ein glückliches Los Deutschland geholfen und ihm gestattet, den günstigen Augenblick in vollster Kriegsbereitschaft weiter abzuwarten . . . —

Aus Nr. 72 des *Slowo Polski* (Lemberg)

vom 13. Februar 1906:

### **Betrifft das Los der Gleiwitzer Verurteilten.**

Der Aufruf des Professors Rehman (vergl. Nr. 51/52 des „Gesamtüberblicks über die polnische

Tagesliteratur“ vom 3. Januar 1906, Seite 1469. Anm. d. Red.) hat die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Los der Familien der zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilten Personen gelenkt.

Obwohl angesichts der wichtigen, zur Zeit im Königreich Polen sich abspielenden geschichtlichen Ereignisse die schlesische Sache etwas mehr in den Hintergrund getreten ist, dürfen wir nichtsdestoweniger die Bedeutung eines derartigen Prozesses nicht außer acht lassen, in welchem auf der Anklagebank die wahren Opferpriester und Apostel aus dem Volke Platz genommen, welche trotz des jahrhundertelangen Einflusses der deutschen Kultur heute zu Märtyrern des polnischen Gedankens werden. Es handelt sich hier nicht nur um die materielle Unterstützung, sondern auch um den sittlichen Einfluß. Wenn in einer so beweismenswerten Lage die Gesellschaft den Familien der Verurteilten, welche nicht nur dem Hungertode, sondern auch dem bissenigen Hohne der Preußen ausgesetzt sind, nicht zu Hilfe eilt, dann können die Unrecht leidenden schlesischen Familien über die Notwendigkeit, für die polnische Idee Opfer zu bringen, in Zweifel geraten.

Möge das Volk also fühlen, daß ganz Polen auf seiner Seite steht, daß es in dem Meere des Deutschtums nicht vereinzelt und verlassen dasteht, daß für seine große Liebe und seine vielen Opfer auch ihm etwas gebührt.

Zu diesem Zwecke hat eine Anzahl die große Tragweite dieser Sache kennender Personen beschlossen, ein Komitee zu gründen, welches den Zweck haben soll, Beiträge für den Lebensunterhalt der zahlreichen Familien der Verurteilten zu sammeln.

Als erstes Mittel wurde die Notwendigkeit der Veranstaltung von Vorlesungen über Preussisch-Schlesien anerkannt. Es ist dies eine der ältesten, aber zuerst losgerissenen Provinzen Polens, welche in jüngster Zeit sich mit einer geradezu elementaren Macht dem vor kurzem noch unbekannten polnischen Vaterlande zuwendet.

Informationen über die Vorlesungen werden wir seinerzeit veröffentlichen und wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Bevölkerung sie nicht nur hinsichtlich des Inhalts, sondern auch des Zweckes wegen unterstützen wird.

Aus Nr. 76 des *Dziennik Polski* (Lemberg)

vom 16. Februar 1906:

### **Was kann Rußland den Polen geben?**

Eine derartige Frage stellt das in Petersburg erscheinende *Slowo* (das Wort) auf und beantwortet sie in folgender Weise:

1. „Wir räumen Polen das Recht zu einer umfangreicheren örtlichen Selbstverwaltung mit der Befugnis ein, Bezirkstage zur Entscheidung besonderer allgemeiner Angelegenheiten abzuhalten. Die Grenzen und Befugnisse der städtischen Selbstverwaltung und der Bezirkstage müßten durch eine besondere, vom Landtage bestätigte Gesetzgebung näher bestimmt werden.“

2. Da das Königreich Polen dem Organismus des russischen Reiches einverleibt ist, so hat jeder Staatsbürger das Recht, im Bereich des Königreichs zu leben, zu arbeiten, zu lernen und Ämter zu bekleiden, sowie jeder Pole berechtigt ist, im Kaiserreich sich niederzulassen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß die russische Sprache tatsächlich von den Rechten der Amtssprache Gebrauch mache, das



heißt, daß sie möglichst breite örtliche Bevölkerungsschichten kennen. Die Polen selbst sind von der Notwendigkeit der Kenntnis der Amtssprache wohl durchdrungen; die Bauern bedienen sich ihrer gern und noch vor kurzem brüsteten sie sich mit deren Kenntnis. Erst in letzter Zeit fing unter dem Einfluß der gemeinsamen Agitation der Geistlichkeit und der Intelligenz, welche stets gegen die russische Sprache feindlich gesinnt waren, auch die Landbevölkerung an, sie schlechter zu behandeln.

Wir wollen deshalb annehmen, daß der Unterricht in den niederen Schulen in der örtlichen Sprache stattfinden müßte, aber auch in ihnen müßte durchaus die russische Sprache gelehrt werden. In den Mittelschulen, in Gymnasien usw. könnte der Unterricht in den unteren Klassen ebenfalls in der örtlichen Sprache erteilt werden, wobei der russische Sprachunterricht mit der Maßgabe Platz greifen müßte, daß schon von der 3.—4. Gymnasialklasse an alle Gegenstände in der russischen Sprache erteilt werden, mit Ausnahme natürlich der Religion, der polnischen Sprache, der polnischen Literatur und Geschichte, die in polnischer Sprache gelehrt werden könnten.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß jeder gebildete Staatsbürger verpflichtet ist, die Amtssprache zu kennen und sie vollständig zu beherrschen, nehmen wir an, daß der Unterricht in den höheren Lehranstalten in russischer Sprache stattfinden müßte, weil diese Anstalten nicht nur das Königreich Polen, sondern auch das ganze Reich bedienen und nicht nur den Polen, sondern auch allen anderen Staatsbürgern zugänglich sein müßten. An der Universität kann — wie dies in der Absicht des Warschauer Universitäts-Kollegiums liegt — eine polnische Unterabteilung bestehen, in welcher sämtliche Gegenstände in polnischer Sprache gelehrt werden könnten.

3. Die Gerichte müßten in der Sprache verhandeln, welche die Sprache der interessierten Parteien ist, d. h. in den meisten Fällen polnisch und fakultativ in der russischen Sprache, wenn eine der Parteien erklärt, daß sie der örtlichen Sprache nicht mächtig ist. Das ganze Gerichtsverfahren muß unbedingt beiden Parteien zugänglich sein. Bei den Friedensgerichten ist dies tatsächlich auch jetzt der Fall, aber dies darf nicht von dem Gutdünken des Richters abhängen, sondern muß gesetzlich bestimmt sein.

4. Über die Finanz- und Zollpolitik des Landes entscheidet die Zentralbehörde — der Landtag. Bei den repräsentativen Anstalten, bei der örtlichen Selbstverwaltung, der Freiheit des Wortes und der Presse wird das Landesinteresse zweifellos entsprechend gesichert werden.

5. Alle Bureauarbeiten in den Anstalten, welche der Kontrolle der Zentralbehörden unterliegen, so wie der amtliche Schriftwechsel des Kaiserreichs müssen in der Amtssprache geführt werden. Für örtliche Bedürfnisse können gleichzeitig Texte in örtlicher Sprache vorhanden sein, der Urtext jedoch muß in der Staatssprache redigiert sein. Der Staat hat das Recht, die Kenntnis der russischen Sprache, als derjenigen, welcher sich die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bedient, zu verlangen, aber er kann es nicht allen Bürgern zur Pflicht machen, daß sie die polnische Sprache beherrschen."

Nach der Ansicht des Slowo ist dies das Maximum der Zugeständnisse, welche die Russen, ohne Nachteil des Staates, den Polen gewähren können. Alle weiteren Zugeständnisse wären schon eine Beeinträchtigung und Verminderung der Rechte und der Würde der russischen Bürger. Am bequem-

sten wäre — so schließt das Slowo — die vollständige Trennung Polens von Rußland, unter Schaffung einer Zoll- und Reichsgrenze und Betrachtung aller in dem Königreich geborenen Polen als Ausländer. Der letztere Vorschlag sieht wie eine Drohung aus, welche die Polen bestimmen soll, sich damit zu begnügen, was das Petersburger Blatt ihnen als das Höchstmäß von Zugeständnissen von russischer Seite anbietet.

Aus Nr. 48 der Gazeta Polska (Warschau)

vom 19. Februar 1906:

### Die Wahlversammlung des „Nationalen Bundes“ und der Überfall der Sozialisten.

Gestern fand im Saal der Bürgerressource eine Wahlversammlung statt, die von dem „Nationalen Bund“ einberufen worden war.

Diese Versammlung wird den Zuhörern stets im Gedächtnis bleiben, nicht nur des Inhalts der politischen Ausführungen wegen, die in ihr zum Ausdruck gebracht worden waren, sondern auch aus dem Grunde, weil die Sozialisten Gewalttaten verübten und, nachdem sie in den Saal eingedrungen waren, die Beratenden auseinander treiben wollten.

Im Saale waren 800 Personen anwesend.

Die Versammlung eröffnete Dr. Rycklinski. Zum Vorsitzenden wurde Herr Edmund Jankowski gewählt, der zu Beisitzern die Herren Geisler, Eduard Lilpop, Leppert, Ingenieur Marzewski, Rat Zaluski, Dr. Zawadzki und Michael Woroniecki berief.

Als Erster betrat die Rednertribüne der Redakteur unserer Zeitung, Herr Johann Gadowski.

Den Inhalt seiner Rede bildete eine Charakteristik unserer politischen Bestrebungen und Parteiprogramme in ihrem Verhältnis zu den Forderungen des konstitutionellen Lebens, dessen Schwelle wir ja gerade mit Hilfe der Wahlen zur gesetzgebenden Körperschaft überschreiten sollen.

Der Redner ist der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, die große Abrechnung mit dem politischen Gewissen zu halten und die Parteiprogramme einer Revision zu unterziehen.

Die Konstitution stellt uns einem gesetzlich geregelten Leben gegenüber.

Nun aber ist es eine Frage, ob in diese gesetzlich geregelten Zustände, ohne Schädigung der Interessen der Nation, alle bisherigen Lösungen und Parteiprogramme übertragen werden können.

Der Redner charakterisiert nun in Kürze diese Lösungen und Programme und kommt schließlich, trotzdem er sich bemüht, alles von der besten Seite aufzufassen, zu der Überzeugung, daß dies ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Der Redner betont drei Forderungen, die jetzt die Beachtung des Publikums in Anspruch nehmen müßten.

Die erste Forderung ist die, daß in den gesetzlich geregelten Zuständen, die jetzt beginnen sollen, der Kampf um das Recht nur auf gesetzlicher Grundlage geführt werden darf.

Die zweite Forderung ist die, daß unser Kampf um das Recht ein nationaler und kein Klassenkampf sein darf.

Die dritte Forderung ist die, daß der nationale Gedanke bei den Bestrebungen, die Idee des nationalen und bürgerlichen Rechtes zu verwirklichen, keine reaktionären Ziele verfolgen kann oder verfolgen darf, sondern daß er danach streben muß, die Reform des bürgerlichen Lebens weiter zu entwickeln und besser zu gestalten.



Daher dürfen sich auch jetzt die Menschen nicht nach alten Parteischablonen gruppieren, sondern nach den neuzeitigen Ideen; daher müssen sie auch im Sinne der richtig aufgefaßten Forderungen der Jetztzeit die alten verbrauchten Parteiformeln umändern.

Es handelt sich nicht darum, die Parteirichtungen aufzulösen, denn dies ist unmöglich; es handelt sich darum, zu verhüten, daß durch einen schlecht geleiteten Kampf der einen Gruppe mit der andern das politische Leben der Nation sich in selbstmörderischer Weise selbst verzehrt und seine Energie erschöpft.

Man muß für die Arbeiten der Parteien solche Bedingungen schaffen, daß sie vielmehr ihre Lebensfähigkeit entwickeln können, daß sie uns überhaupt kulturelle und politische Vorteile bieten können.

Und hierzu ebnen die vorher erwähnten Forderungen den Weg.

Wenn jeder, der um das Recht kämpft, auf gesetzlichem Boden stehen wird, wenn gleichzeitig dieser Kampf ein nationaler und kein Klassenkampf sein wird, wenn man zur Vervollkommenung der Lebensform und der Lebensbedingungen schreiten wird, dann werden unter diesen grundsätzlichen Bedingungen die Parteiuunterschiede nicht Gift für das nationale Leben sein, sondern der Beginn seiner Entwicklung.

Diese Forderungen können, ja müssen sogar die Grundlage zur Verständigung in der Wahlsache bieten.

\* \* \*

Bevor die vorstehende Rede beendet war, erging sich eine Episode, die die Nerven der Versammelten erschütterte.

Unter dem Schall von Schüssen, unter dem Klirren zerbrochener Spiegel und Lampen drangen einige Sozialisten, überwiegend Juden, in den Saal. Die Versammelten erhoben sich von ihren Sitzen, wandten sich der Ausgangstür zu, von wo der Lärm herüber schallte, bewahrten jedoch vollkommene Ruhe.

Die Ruhestörer forderten mit großer Frechheit von den Beratern, sofort auseinanderzugehen. Die Bande bemühte sich, sich einen Weg von der Tür bis in die Tiefe des Saales zu bahnen und einigen Ruhestörern gelang es auch, sich bis zum Tische des Präsidenten durchzudrängen.

Vergebens bemühten sich die Anwesenden, sie zum Rückzug zu bewegen. Die Frechheit der Bande wuchs mit jedem Augenblick. Als aber diese Herren begannen, Revolver und Messer aus der Tasche hervorzuholen, da wußte das Publikum auch was es zu tun hatte. Es war klar, daß man Gewalttaten gegenüber stand, denen man entweder erliegen, oder die man mit der Kraft der Faust zurückweisen mußte. Und man schlug die Gewalttaten mit Hülfe der Faust zurück.

Die frechen Menschen wurden mit Gewalt entfernt. In dem Handgemenge, zu dem es jetzt kam, wurden mehrere Personen im Saale verletzt, hierunter der verehrte Direktor des Museums für Industrie und Landwirtschaft, Herr Josef Leski. Herr Leski sah, daß einer von den Ruhestörern den Revolver gegen ihn anschlug, und ergriff diesen bei der Hand; inzwischen schlug aber ein zweiter Kerl Herrn Leski und verletzte ihn am Auge.

Jetzt antworteten die Besucher der Versammlung ebenfalls mit Schlägen und viele von der Bande wurden ebenfalls verletzt, manche trugen sogar bedenkliche Verletzungen davon.

Nachdem dieser bedauernswerte Vorfall vorübergegangen war, nahm das Publikum, das seine Ruhe und Kaltblütigkeit nicht verloren hatte, von neuem seine Plätze ein und der Redakteur Gadowski fuhr in seiner

Rede, die er eine Zeit lang hatte unterbrechen müssen, fort.

Aber nach kurzer Zeit trat wieder eine Unterbrechung ein.

Der Präsident wurde benachrichtigt, daß infolge dieses Überfalls vor das Gebäude der Ressource die bewaffnete Macht angerückt käme. Es wurde die Frage gestellt, ob man „unter dem Schutze der Bajonette“ weiter beraten sollte.

Diese Anfrage war sehr unangebracht gestellt, denn die Bajonette waren zunächst ganz überflüssig. Denn schon in jenem Augenblick berieten wir unter dem Schutze unserer eigenen Energie. Mit feurigen Worten protestierte Dr. Benni gegen die Unterbrechung der Versammlung und die Versammelten beschloßen einstimmig, ohne Rücksicht auf die polizeilichen Anordnungen auf der Straße weiter zu beraten.

Es hätte den Anarchisten die Arbeit ganz ungeheuer erleichtert, wenn sich die Wahlversammlung, die den sozialistischen Revolvern nicht gewichen war, beim Anblick eines Polizei- oder Militärpostens aufgelöst hätte.

Von diesem Augenblick an wurde der Verlauf der Verhandlungen bis zum Schlusse nicht mehr gestört.

\* \* \*

Nach dem Redakteur Gadowski betrat Graf Adam Krasinski die Rednertribüne. In seiner prächtigen Rede führte er eine Reihe treffender und tief durchdachter Gedanken aus in bezug auf unser Verlangen nach der Autonomie; er sprach ferner über die Bedingungen und Aussichten dieses Verlangens in Verbindung mit der Umgestaltung der politischen Formen, die sich gegenwärtig im ganzen Reiche vollzieht.

Weiter charakterisierte der Ingenieur Kossiet den Standpunkt des Nationalen Bundes gegenüber den industriellen und sozialen Angelegenheiten. Er betonte besonders, daß der „Nationale Bund“ die Handlungsweise und die Taktik der Sozialisten verwerfe, daß er dagegen die Forderungen einer sozialen Reform annehme, die in dem Sinne aufzufassen seien, daß das Gesetz den Arbeiter gegen Unrecht und Ausbeutung schützen und ihm gesetzliche Verteidigungsmittel gewähren solle. Der Ingenieur Kossiet sprach ebenfalls davon, daß die autonome Form auch zur Entwicklung unserer Industrie und zur Regelung der Arbeiterverhältnisse beitragen würde.

Hierauf sprachen die Herren Buszczynski und Dr. Rychliński über Wahlangelegenheiten. Beide Redner legten das Hauptgewicht auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit den verschiedenen Parteien und den keiner Partei angehörenden Leuten und zwar noch vor den Wahlen.

Dr. Rychliński erinnerte an die Anstrengungen, die schon in dieser Beziehung gemacht wären, die aber bis jetzt noch kein Resultat ergeben hätten.

Er sprach auch davon, die Idee einer Einigung nicht aufzugeben, diese einzig gesunde und unter den gegebenen Verhältnissen auch durchaus notwendige Idee, die ihren Ausdruck in der Schaffung gemischter Komitees in Warschau und im ganzen Lande finden mußte.

In diesem Sinne stellte Dr. Rychliński folgenden Antrag, der auch angenommen wurde:

„Es muß ein bürgerliches Wahlkomitee gebildet werden, das sich aus den Vertretern der 12 Wahlkreise Warschaws zusammensetzt, aus den Delegierten der nationalen Parteien und aus ehrenhaften, keiner Partei angehörenden Männern. Man muß sich mit den Vertretern der Wahlorganisationen in der Provinz verständigen und Listen von jenen Kandidaten auf-



stellen, für welche zu stimmen sich die Wähler schon verpflichtet haben."

Weiter sprach Pastor Machlajd darüber, wie ein Abgeordneter unter diesen schwierigen Verhältnissen beschaffen sein müßte, unter Verhältnissen, die großen Verstand und große Seelenstärke erfordern werden.

Der Fürst Severin Czetwertynski machte auf einen sehr wichtigen Umstand aufmerksam, nämlich darauf, daß, wenn man in den Dörfern sich nicht vor der Wahl verständigte, es dort zu einer Wahlagitation schlimmster Art kommen würde, sobald verschiedene Kandidaten auftreten würden. Das Volk verstehe noch nichts von den Schattierungen und Feinheiten der verschiedenen Programme. Ob ein Kandidat etwas mehr oder weniger fortschrittlich ist, ist dem Landbewohner völlig gleichgültig. Wie muß man also zu ihm gegen einen ungeeigneten Kandidaten sprechen? — Man muß so sprechen, daß der einfache Mann es verstehen kann; man muß sagen, daß der Kandidat ein schlechter Mensch ist, ein schlechter Pole, oder geradezu ein Söldling der Regierung. Dies würde indessen zunächst den Gemütern der Leute Falschheit einflößen, dann politisches Gift und schließlich würden hieraus nur die Sozialisten mit leichter Mühe Vorteile ziehen.

Der folgende Redner, Herr Martens, empfahl die Veranstaltung von Wahlversammlungen mit Beteiligung der Arbeiter. Herr Rechtsanwalt Zielinski erklärte, daß auch die Veranstalter der gegenwärtigen Versammlung die gleiche Absicht hätten und diese auch in Kürze in die Tat umsetzen würden.

Der letzte Redner war Fürst Mathias Radziwill, der noch einmal betonte, daß der „Rationale Bund“ die Verkörperung des liberalen Gedankens wäre, daß er den Odem seines aufrichtigen Liberalismus allen Verhältnissen des politischen und sozialen Lebens einflößen möchte und daß er dieses Ziel beharrlich verfolgen würde.

Hiermit endete diese Versammlung, die wir dann verließen, wobei wir zwischen den Trümmern von zerschmetterten Spiegeln und zerbrochenen Stühlen hindurchgehen mußten.

Die Wahlversammlung nahm folgende allgemeine Resolution an:

„Die am 18. Februar 1906 im Saale der Bürgerressource versammelten Wähler erklären, daß:

1. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus unter der Lösung der Autonomie des Königreichs Polen stattfinden müssen, unter Anerkennung des Grundsatzes der Solidarität der polnischen Fraktion,
2. daß es notwendig ist, sich vor der Wahl mit den Parteien und parteilosen Leuten über die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten zu verständigen;
3. daß man zur Erreichung der möglichsten Einigkeit im Handeln der verschiedenen Parteien beachten muß:
  - a) daß unser Kampf um nationale und bürgerliche Rechte auf gesetzlicher Grundlage geführt werden muß.
  - b) daß man im Kampfe um das Recht auf nationaler Grundlage stehen muß und daß man keinen Klassenkampf führen darf.
  - c) daß der nationale Geist danach streben wird und auch streben muß, alle Lebensformen und Lebensverhältnisse zu verbessern und zu vervollkommen, und daß er nicht etwa auf dem alten Standpunkt stehen bleiben wird.“

Die Versammlung endete um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr nachm.

Aus Nr. 50 des „Naród Polski“ (Chicago, Ill.)

vom 13. Dezember 1905:

## An die polnischen Herzen!

Brüder Landsleute und Bundesbrüder! Indem wir uns auf den einstimmigen Beschluß berufen, der in der letzten Sitzung des Hauptvorstandes unserer Organisation gefaßt wurde, die am 6. d. M. stattfand, und indem wir zugleich die Pflicht erfüllen, die uns durch unser Gewissen und durch das Gefühl der Brüderlichkeit mit den Landsleuten, die in unserm herzlich geliebten Vaterlande wohnen, geboten wird, senden wir heute an eure Adresse den nachstehenden Aufruf, der aus polnischem Herzen kommend, auch auf polnische Herzen treffen möge, sie mit Mitleid mit den leidenden Brüdern erfüllen und rühren und die besten Resultate zeitigen möge.

Wie stets, so handelt es sich auch heute um unser Vaterland, um unsere Nation. Ihr wißt aus Briefen und Zeitungen, daß in dem Vaterlande und besonders in dem Teile, der sich in russischem Besitz befindet, ein derart gräßliches Elend herrscht, daß es nur schlecht beschrieben werden kann. Infolgedessen leiden unsere Brüder dort Hunger und bei der gegenwärtig in Polen herrschenden strengen Kälte sterben die Familien, die weder mit Nahrungsmitteln, noch mit warmer Kleidung versehen sind, buchstäblich vor Kälte und Hunger.

Ihre Ernährer, ihre Männer und Väter gingen zahlreich in dem letzten Kriege zu Grunde oder sie kommen jetzt noch in den unaufhörlichen Unruhen um, wie solche die gegenwärtige Revolution in Rußland und in Polen mit sich bringt. Es gibt weder Arbeit noch Verdienst, denn überall wird gestreift und dazu morden noch die Moskowiter unsere Brüder, deren Blut auf den Straßen unserer Städte und Dörfer geflossen ist. Zehntausende von Witwen und Waisen beklagen im Elend deren Tod, selbst zum Hungertode verurteilt, wenn wir ihnen nicht möglichst bald zu Hülfe kommen.

Helfen wir ihnen also. Im Heimatlande hat sich ein bürgerliches Rettungskomitee gebildet, an dessen Spitze Heinrich Sienkiewicz steht, und das die ganze polnische Gesamtheit und alle polnischen Herzen, wo sie sich auch immer befinden mögen, zur schnellsten Hülfe aufgefordert hat. Zeigen wir Brüdern, daß es solche auch hier jenseits des Ozeans gibt. Beeilen wir uns, den Landsleuten zu helfen, die im Vaterlande so gräßliches Elend erleiden, spenden wir gerne Gaben für sie, denn auf die Art werden wir beweisen, daß wir uns zum Polentum bekennen und zur Gemeinsamkeit unserer Abstammung mit denen, die in Polen zurückgeblieben sind.

Alle polnisch-amerikanischen Organisationen sammeln schon Spenden für die Hungrigen im Königreich, also darf auch die polnisch-römisch-katholische Vereinigung nicht zurück bleiben, sondern sie wird auch auf diesem Gebiet die ihr zukommende erste Stelle erobern und wie schon so oft auch jetzt einen vollen Beweis ihrer wahren Liebe zum Vaterlande geben.

Bemerkung: Alle Gaben müssen möglichst umgehend an den Generalsekretär Herrn T. Krolak, 494 Noble St. Chicago Ill. gesandt werden. Die Quittungen werden allwöchentlich in unserm Organ veröffentlicht werden. Wir bitten alle zur polnisch-römisch-katholischen Vereinigung gehörenden Vereine in den nächsten Sitzungen diesen Aufruf zur Verlesung zu bringen und seinem



Sinne entsprechend gleich von seinen Mitgliedern Gaben erheben zu wollen.

Mit brüderlichem Gruß

Der Vorstand der polnisch-römisch-katholischen Vereinigung in Amerika.

Leon Szopinski, Vorsitzender, Johann Jozwiak, Vicepräsident, Geistlicher, W. Zapala, Vicepräsident für den Staat Illinois, Thomas Krolit, Generalsekretär, Theodor Ostrowski, Kassierer, Geistlicher Fr. M. Wojtalowicz, Prediger, Geistlicher St. Nawrocki, Hilfsprediger, Geistlicher Fr. Kusin, Hilfsprediger, Karl H. Wachtel,

Redakteur, J. J. Belinski, Rechtsanwalt,

J. J. Nowakowski, dirigierender Arzt.

Joseph Czerminski,

Waw. Follmer,

Stephan Gruczi,

W. J. Jozwiakowski,

Stan. Adamkiewicz,

Stan. Behnke,

Ratsmänner.

Chicago Ill, 7. Dezember 1905.

Aus Nr. 3 der Gazeta Katolicka (Chicago)

dom 18. Januar 1906:

### Der Jahrestag des Januaraufstandes.

Der Monat Januar ist für die polnische Nation ein einziger großer Jahrestag, ein Gedenktag, eine Erinnerung an wichtige und berühmte geschichtliche Ereignisse, so auch an Ereignisse wie in jenem Jahre 1863, als sich unser Vaterland zu neuem Leben aufrichtete, um aufs neue der Welt zu zeigen, daß es noch nicht verloren ist.

Das Datum, das wir als Überschrift angewendet haben und das mit blutigen Buchstaben in unsere Geschichte eingetragen ist, wird für das polnische Volk Jahrhunderte hindurch eine unermesslich weittragende Bedeutung haben. Und je weiter wir uns von jenem denkwürdigen Jahre entfernen, desto mehr wird seine Bedeutung in unsern Augen wachsen und realer werden. Die, welche die Schöpfer und Teilnehmer des geschichtlichen Aktes waren, der unter jenem Datum eingetragen ist, sind entweder tot, oder nähern sich, das Haupt mit grauem Haare bedeckt, dem Ende ihres Lebens. Die nach ihnen geborenen Nachkommen sind herangewachsen gleichsam auf einem Schlachtfeld, sind genährt mit ihren Idealen inmitten der allgemeinen Knebelung nach der erlittenen Niederlage, und sie sind seit einem Jahrhundert die ersten, die nicht mit ihrem Blut ihre Schuld an das Vaterland abgezahlt haben. Jetzt wächst schon ein neues Geschlecht heran, dessen Zukunft noch in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt ist.

Das Jahr 1863 schaffte immerhin eine Änderung, nicht in unsern Bestrebungen und Zielen, aber in der Art und Weise des Kampfes und in der Wahl des Weges. Unter dem Druck eines entsetzlichen Programms und seiner noch viel entsetzlicheren Folgen erstarb der nationale Geist für eine Weile und sank in sich zusammen. An Stelle des Programms bewaffneter Aufstände und romantischer Lofungen begann man den Gedanken einer wirtschaftlichen Wiedergeburt des Landes zu pflegen und die grundsätzliche Überlegung bei der Abschätzung eines jeden Schrittes auf dem Wege der nationalen Wiedergeburt. Aber dann wieder gab es soviel Überlegung, daß die Befürchtung eintrat, man könnte in ihr ertrinken.

Das Unglück war ein umso größeres, als gleichzeitig in dem russischen und dem preussischen Anteil die nationale Bedrückung wuchs und von Jahr zu Jahr mächtiger wurde. Das Gehirn unserer mächtigen Feinde erjann immer neue und immer teuflischere

Mittel aus, den nationalen Geist zu töten, ihm den Glauben an die Möglichkeit einer Wiedergeburt zu entreißen.

Wir haben eine neue Schule durchgemacht, in der die physischen Leiden mit noch viel schlimmeren moralischen Schlägen Hand in Hand gingen. Aber in dieser Schule härtete sich, wie das Eisen im Feuer, unser Geist, er schöpfte Kraft, und wurde widerstandsfähig gegen alle Schläge. Und wenn wir heute über unsere Kräfte Rechenschaft ablegen sollten, dann würde es sich herausstellen, daß wir aus diesem Kampfe, der gegen uns auf jedem Gebiet geführt wird und zwar unter Anwendung der wildesten ja geradezu barbarischen Mittel, als Sieger hervorgehen würden. Hierin liegt nicht nur der Beweis für die große Lebensfähigkeit unserer Nation, sondern zugleich auch die sicherste Bürgschaft für ihre völlige Wiedergeburt und zwar in naher Zukunft.

Aus dieser harten über alle Maßen schmerzlichen Schule haben wir die unbezahlbare Lehre gezogen, daß wir nur auf uns ganz allein rechnen können und rechnen dürfen, auf unsere eigenen Kräfte, auf unsere eigene Arbeit. Und aus dieser Lehre ist die zweite zu ziehen, daß in der Vermehrung dieser Kräfte, in dem unaufhörlichen Wecken derselben und des Selbstvertrauens das Programm der nationalen Wiedergeburt enthalten ist, und daß wir uns bei dieser Arbeit alle um das nationale Banner sammeln müssen, um das Banner, das uns die braven unbefleckten Krieger des Jahres 1863/64 vorangetragen haben.

Die Herzen hoch, die Seelen hoch!

An unserm Horizont beginnt die Morgenröte zu dämmern, die uns die baldige Erlösung verkündet. Möglicherweise ist der so heiß ersehnte Augenblick nahe, der heilige und große Augenblick, für den schon so viel polnisches Blut geflossen ist, für den wir schon seit einem Jahrhundert so viel erlitten und erduldet haben.

Möge uns dieser Augenblick nicht uneinig und unvorbereitet treffen, sondern einig in der Liebe zu unserer gemeinsamen Mutter und bereit, zu ihren Füßen die größten Opfer darzubringen.

Aus Nr. 3 der Gazeta Katolicka (Chicago)

dom 18. Januar 1906:

### Die polnische Volksversammlung in Saginaw, Mich.

Die in Saginaw, Mich. und Umgegend ansässigen Polen, die in einer polnischen Versammlung am 31. Dezember 1905 in der Kirchspielhalle zum heiligen Rosenkranz anwesend waren, haben folgende Resolution angenommen:

„Wir Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika drücken vor allen Dingen dem Sternenbanner der Republik unsere Loyalität aus, weil es uns Gastfreundschaft, Brot, Unterkunft, vollkommene Gewissens- und Redefreiheit gewährt hat. Wir erklären feierlichst, daß wir bereit sind, zur Verteidigung der Vereinigten Staaten nach dem Muster unserer Helden Kosciuszko und Pulaski unsere Habe, unser Blut, ja sogar unser Leben hinzugeben. Und da uns die Vereinigten Staaten in ihrem Edelmut gestatten auch fernerhin Polen zu bleiben, erklären wir uns solidarisch mit unserm geliebten Vaterland Polen, das, seit Jahrhunderten geknebelt, um seine unverjährten Rechte und um seine Freiheit kämpft.

Deshalb protestieren wir auch angesichts der ganzen Welt und besonders angesichts der die Freiheit liebenden Bürger der Vereinigten Staaten von Nord-



Amerika feierlichst gegen die Barbarei und gegen das zum Himmel nach Rache schreiende Unrecht, das die russische Regierung unsern Landsleuten auf ihrem eigenen Grund und Boden zugefügt hat und noch zufügt, indem sie ihnen die Gewissensfreiheit sowie ihre Sprache raubt, indem sie ihnen, mit einem Worte gesagt, alle Menschenrechte nimmt; sie vergießt das Blut von Tausenden unserer Brüder mit Hilfe ihrer niederträchtigen elenden Kosaken, die es nur verstehen, über Wehrlose herzufallen. Und aus welchem Grunde geschieht dies alles? O Graus! Nur aus dem Grunde, weil die Polen sich hartnäckig der ihnen naturgemäß zustehenden Rechte erinnern. Das ist der Lohn dieses barbarischen Beamtenstandes für die Helden des letzten unglücklichen Krieges mit Japan, in welchem über 40 Prozent Polen heldenmütig (nach eigenem Geständnis der Russen) gekämpft haben.

Wir drücken dem russischen Beamtenstaate unsere größte Verachtung und Entrüstung aus wegen seines niederträchtigen und gemeinen Verhaltens gegenüber unsern Brüdern, die, infolge der Macht dieser europäischen Räuber, das Unglück hatten unter ihre Herrschaft zu kommen.

Die gleiche, wenn nicht noch größere Verachtung und Entrüstung gebührt der preussischen Regierung, die, geblendet von den drei Buchstaben H. R. T., den Polen nicht nur ihre angestammten Rechte vorenthält, sondern sogar unablässig den Zaren und seine Beamten aufsetzt, mit den Polen wenn möglich noch brutaler und niederträchtiger umzugehen.

Ewige Schande über jene Regierungen, die, nachdem sie wie Räuber Polen verteilt hatten, durch ihre Könige geschworen hatten, die Sprache, die Religion und die nationalen Sitten zu achten, trotzdem gegenwärtig diese Schwüre mit Füßen treten, die Sprache in der Schule, ja sogar in der Kirche verbieten, die Polen mit Hilfe von Ausnahmegesetzen von ihrem eigenen Grund und Boden vertreiben, die polnischen Kinder wegen des Gebrauchs ihrer eigenen Muttersprache mißhandeln, die polnischen Redakteure, die die Gebräuche ihres Volkes verteidigen, zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilen, die durch ihre Übermacht, durch Geld und Hinterlist sich um die Wette bemühen, dieses arme Polen totzuschlagen, das sich doch nach Leben und nach Freiheit sehnt.

Wir drücken der russischen Regierung auch noch deshalb unsere größte Verachtung und Entrüstung aus, weil sie mit Hilfe des nach Blut lechzenden Pöbels und des Beamtentums Tausende unschuldiger Juden abschlachtet, sie ihres Vermögens beraubt und an den Bettelstab bringt.

Wir drücken dagegen unsere höchste Achtung unsern Landsleuten aus, die trotz aller Verfolgungen und der ein Jahrhundert währenden Leiden im Geiste nicht gefallen sind, sondern treu und ausdauernd um ihr Recht kämpfen, die zum Ärger der Feinde das nationale Banner hochhalten und kühn im Namen der ganzen polnischen Nation sich auf legalem Wege um die Autonomie oder Selbstverwaltung des Königreichs Polen bemühen, auf welche wir ein Recht haben, wenn auch nur aus dem Grunde, weil wir Menschen sind, die mindestens ebenso, wenn nicht mehr, zivilisiert sind wie jene.

Vereinigen wir uns mit unserm hervorragendsten Romanschriftsteller Heinrich Sienkiewicz, der in seinem Briefe an die russischen Komitees, der von 30000 der einflußreichsten polnischen Mitbürger unterschrieben war, erklärt hat, daß wir keine Revolution und kein Blutvergießen wollen, daß wir auch nicht daran denken, uns von Rußland abzutrennen, sondern daß wir nur mit ihm in brüderlicher Eintracht leben wollen. Wir verlangen weiter unsere nationalen Rechte, Gewissensfreiheit, die Freiheit des Gebrauchs der polnischen Sprache in der Kirche, der Schule und vor Gericht, die Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts, wir wünschen, daß die Blüte unserer Jugend nicht in die weiten Steppen Sibiriens vertrieben wird, daß sie ihrer Militärdienstpflicht im eigenen Lande nachkommen kann. Mit einem Worte, wir verlangen alles das, wodurch ein Volk lebt, atmet und zur Blüte kommt.

Deshalb drücken wir auch jenem großen Bruchteil des russischen Volkes unsere allergrößte Dankbarkeit aus, jenem Teile, der mit der despotischen Regierung einen Kampf auf Leben und Tod führt und auf dessen Banner sich die Losung befindet: „Für unsere und eure Freiheit.“ Möchte doch unser Herrgott euch geliebte Brüder den herrlichsten Sieg über das Barbarentum davontragen lassen. Möchten doch Rußland und Polen möglichst bald frei dastehen.

Weil nun die Leiden, die euch geliebte Brüder zugefügt werden, auch uns schmerzlich treffen, da wir uns als Söhne derselben geliebten armen Mutter Polen fühlen, haben wir beschlossen, euch moralisch und materiell zu Hilfe zu kommen.

Wir wissen, daß Tausende von euch infolge der fieberhaften Regierungsform ihre Habe und ihre Arbeit verloren haben; Tausende wurden des Vaters oder des Sohnes beraubt, die um ein Stückchen Brot gearbeitet haben; jetzt müssen sie die Hände ausstrecken und um eine Gabe bitten. Deshalb wollen wir, eure Brüder, die wir wohl arm aber frei auf dieser Erde Washingtons leben, gerne mit euch nach unserm Vermögen teilen.

Gleichzeitig wenden wir uns an euch, wackere Brüder des freien Amerika, mit der Bitte um moralische und materielle Hilfe für die arme polnische Nation. Wir wissen, daß die Stimme einer 80 Millionen zählenden Nation mit ihrem heldenmütigen, die Freiheit liebenden Präsidenten Roosevelt an der Spitze, eine gewaltige Stimme ist. Wir wissen, daß euer Edelmut und eure Hochherzigkeit auf der ganzen Weltkugel berühmt sind.

Wir hegen deshalb die unerschütterliche Hoffnung, daß unser Ruf eure Herzen treffen und nicht ungehört verhallen wird. Helfet also durch Wort und Tat einer Nation die Freiheit zu gewinnen, deren Söhne auch einst für eure Freiheit gekämpft haben.

Mit derselben Losung und mit derselben Bitte wenden wir uns an alle zivilisierten Nationen, weil wir wissen, daß es keine Schande ist um Hilfe zu bitten und den Bedrückten zu Hilfe zu kommen, sondern eine hochherzige Tat.

Beschlossen in Saginaw in der Volksversammlung der Polen in der Rosenkranzhalle am 31. Dezember 1905.